



83. Sitzung

Mittwoch, 9. April 2014

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Antje Möller und Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg

Inhalt:

Mitteilung der Präsidentin
Abwicklung der Tagesordnung

6197

Aktuelle Stunde

6197

GRÜNE Fraktion:

Netze-Deal: Schlechtes Handwerk oder Vorsatz? SPD gefährdet Umsetzung des Volksentscheids

Jens Kerstan GRÜNE 6197, 6204, 6209
Dr. Andreas Dressel SPD 6198, 6210
Birgit Stöver CDU 6199, 6206, 6207
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP 6200, 6208
Dora Heyenn DIE LINKE 6201, 6208, 6210
Dr. Walter Scheuerl fraktionslos 6202
Dr. Peter Tschentscher, Senator 6203
Dr. Monika Schaal SPD 6205
Dr. Wieland Schinnenburg FDP 6210
Dietrich Wersich CDU 6211

Fraktion DIE LINKE:

Behördlicher Lärmterror in Wilhelmsburg: Kommt der Senat langsam zur Vernunft? Auch die SAGA-MieterInnen müssen vor Lärm geschützt werden!

(Fortführung am 10.04.2014)

SPD-Fraktion:

Erneuerbare Energien: EEG-Novelle gutes Signal für den Norden!

(Fortführung am 10.04.2014)

CDU-Fraktion:

In Sorge um Hamburg – Hamburgs Zukunft als Wissensmetropole erfordert Politikwechsel für exzellente Wissenschaft

(Fortführung am 10.04.2014)

FDP-Fraktion:

In Sorge um Hamburg: SPD-Senat gefährdet den Wissenschaftsstandort und damit Hamburgs Zukunft

(Fortführung am 10.04.2014)

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Rechtslage anerkennen – Aufenthaltsrecht für "Lampedusa in Hamburg" erteilen

– Drs 20/11276 –

6212

Christiane Schneider DIE LINKE 6212, 6220

Dr. Martin Schäfer SPD	6213	Senatsmitteilung:	
Kai Voet van Vormizeele CDU	6214, 6221	Demografie-Konzept Hamburg	
Antje Möller GRÜNE	6215, 6221	2030: Mehr. Älter. Vielfältiger.	
Martina Kaesbach FDP	6216	– Drs 20/11107 –	6237
Michael Neumann, Senator	6218		
Beschlüsse	6221	Beschluss	6237
Antrag der SPD-Fraktion:		Große Anfrage der CDU-Fraktion:	
Hamburgs Backsteinerbe be- wahren!		Grundwasserschwankungen und Trinkwasserförderung	
– Drs 20/11146 –	6221	– Drs 20/10670 –	6237
dazu		Beschlüsse	6237
Antrag der FDP-Fraktion:		Antrag der GRÜNEN Fraktion:	
Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden mit Backsteinfassade		Handlungsfähigkeit der Bezirke bewahren	
– Drs 20/11449 –	6222	– Drs 20/11295 –	6237
sowie		dazu	
Antrag der CDU-Fraktion:		Antrag der FDP-Fraktion:	
In Sorge um Hamburg: Ham- burgs Backsteinerbe bewahren – Vorbild Hamburg		Personalbedarfe der Bezirke gründlich ermitteln – Aufga- benkritik und Effizienzsteige- rung einbeziehen	
– Drs 20/11458 –	6222	– Drs 20/11450 –	6237
Dirk Kienscherf SPD	6222	sowie	
Jörg Hamann CDU	6223, 6228	Antrag der SPD-Fraktion:	
Andreas C. Wankum CDU	6224	Verlässliche Rahmenbedingun- gen für die Bezirke – gerade in finanzpolitisch schwierigen Zeiten	
Olaf Duge GRÜNE	6225	– Drs 20/11457 –	6237
Katja Suding FDP	6226	Dr. Till Steffen GRÜNE	6237
Heike Sudmann DIE LINKE	6227	Frank Schmitt SPD	6239
Beschlüsse	6229	Dennis Gladiator CDU	6241
Antrag der CDU-Fraktion:		Dr. Kurt Duwe FDP	6243
Schneller ans Ziel – durch le- bendige und zielführende Bür- gerbeteiligung		Tim Golke DIE LINKE	6243
– Drs 20/11062 –	6229	Jens Kerstan GRÜNE	6244
Klaus-Peter Hesse CDU	6229, 6236	Beschlüsse	6245
Dirk Kienscherf SPD	6229	Antrag der FDP-Fraktion:	
Martina Koeppen SPD	6231, 6233	Verschlüsselung der Kommu- nikation in Behörden der Frei- en und Hansestadt Hamburg sicherstellen	
Dr. Till Steffen GRÜNE	6232	– Drs 20/11300 –	6245
Dr. Kurt Duwe FDP	6234		
Heike Sudmann DIE LINKE	6234		
Beschlüsse	6237		

dazu

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

**Datenverkehr innerhalb der
Hamburger Verwaltung und mit
den Bürgerinnen und Bürgern
durch Verschlüsselung sicher
er machen!**

– Drs 20/11442 –

6245

Beschluss

6245

Beginn: 15.02 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Wir kommen heute gleich zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind wie immer fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der GRÜNEN Fraktion

Netze-Deal: Schlechtes Handwerk oder Vorsatz? SPD gefährdet Umsetzung des Volksentscheids

von der FDP-Fraktion

In Sorge um Hamburg: SPD-Senat gefährdet den Wissenschaftsstandort und damit Hamburgs Zukunft

von der Fraktion DIE LINKE

Behördlicher Lärmterror in Wilhelmsburg: Kommt der Senat langsam zur Vernunft? Auch die SAGA-MieterInnen müssen vor Lärm geschützt werden!

von der SPD-Fraktion

Erneuerbare Energien: EEG-Novelle gutes Signal für den Norden!

und schließlich von der CDU-Fraktion

In Sorge um Hamburg – Hamburgs Zukunft als Wissensmetropole erfordert Politikwechsel für exzellente Wissenschaft

Die Fraktionen sind übereingekommen, das zweite und fünfte Thema gemeinsam debattieren zu wollen. Ich rufe zunächst das erste Thema auf, angemeldet von der GRÜNEN Fraktion, und das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir konnten eben die Präsentation des Verkehrssenators für einen U-Bahn-Bau in der Zukunft verfolgen.

(Beifall bei der SPD)

Sie waren anscheinend nicht da, viel Konkretes haben wir nicht gehört. Wenn ich diesem Senat einen Rat geben könnte,

(Zurufe von der SPD: Ja!)

dann wäre das folgender: Führen Sie erst einmal das Projekt zur Umsetzung des Volksentscheids für die Netze handwerklich anständig zu Ende,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das tun wir!)

bevor Sie sich mit irgendwelchen Zukunftsplänen im Jahr 2025 beschäftigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider steht die Umsetzung des Volksentscheids im wichtigsten Bereich der Energienetze auf der Kippe,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nichts da!)

denn anders, als wir am 15. Januar alle gedacht haben, als der Bürgermeister seine Pläne umgesetzt hatte, ist es keineswegs so, dass der Vollzug des Volksentscheids auf einem guten Weg ist. Auf Nachfrage an den Senat und nach genauerer Prüfung der Verträge muss man feststellen, dass der Volksentscheid im wichtigsten Bereich der Energienetze, der Fernwärme, fünf Jahre lang gegen den Willen des Volkes nicht umgesetzt werden kann. Daran trägt ausschließlich dieser Bürgermeister die Schuld und niemand sonst, und das ist ein Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Problem besteht nicht darin, dass Sie die Verträge handwerklich schlecht ausgehandelt haben, sondern es liegt viel weiter zurück. Es liegt in Ihrem Beteiligungskauf aus dem Jahr 2011, mit dem Sie versucht haben, Fakten zu schaffen, um die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Entscheidung beim Volksentscheid zu beeinflussen. Damals haben Sie gesagt, diese Beteiligung würde keinerlei Einschränkungen für einen erfolgreichen Volksentscheid bedeuten. Heute haben wir aus der Antwort des Senats auf unsere Schriftliche Kleine Anfrage gelernt, dass das nicht die ganze Wahrheit ist, sondern im Gegenteil kann der Senat durch diese 25 Prozent im Jahr 2014, selbst wenn Vattenfall verkaufen würde, das Netz nicht kaufen, ohne einen dreistelligen Millionenbetrag zusätzlich draufzulegen. Das ist ganz schlechtes Handwerk.

(Beifall bei den GRÜNEN – Gabi Dobusch SPD: Handwerk können wir!)

Da stellt sich doch eine Frage, Herr Bürgermeister: Kannten Sie damals, als Sie diese Verträge geschlossen haben, das Umwandlungsgesetz nicht? Haben Ihre für Millionenbeträge angeheuerten Berater Sie nicht darauf hingewiesen, dass dieses Unternehmen, wenn Sie sich mit 25 Prozent daran beteiligen, sieben Jahre lang nicht noch einmal umstrukturiert werden darf, ohne dass dann Hunderte Millionen an zusätzlichen Belastungen auf den Steuerzahler zukommen? Hat Ihnen das niemand gesagt, Herr Bürgermeister, oder war es Ihnen egal? Da stellt sich wirklich die Frage, ob das schlechte Handwerk war oder der Vorsatz, dann doch den Volksentscheid in einem zentralen Punkt ins Leere laufen zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darauf erwarten wir heute auch eine Antwort.

Dann kommt ein weiterer Punkt. Ohne dass wir danach gefragt haben, hat der Senat selbst gesagt, dass es im Jahr 2019 überhaupt kein Selbstgänger sei, dass der Senat die Fernwärme kaufen könne,

(Jens Kerstan)

denn er müsse nach der Haushaltsordnung prüfen, ob dieser Kauf zulässig sei. Und zulässig ist er nur dann, wenn der Wert des Unternehmens im Jahr 2018 nicht unter den Mindestpreis auf Grundlage der Bewertung im Jahr 2011 fällt. Die Antwort der Finanzbehörde, warum dieser Fall nicht eintreten könne, ist wirklich sehr interessant. Haben wir es wirklich richtig verstanden, dass der SPD-Senat sagt, wenn sie das Fernwärmenetz kaufen wollten, dann dürften sie dieses Netz nicht mehr klimafreundlich umbauen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Werthaltig und klimafreundlich ist kein Widerspruch!)

dann dürften sie es auch nicht bürgergerecht umbauen und keine sozialverträglichen Preise nehmen, weil der Wert des Unternehmens dann sinken und unter den Mindestpreis fallen würde und die Stadt es nach der Haushaltsordnung nicht mehr kaufen dürfte? Wenn man es einmal übersetzt, dann haben Sie nach Ihrer eigenen Aussage Verträge geschlossen, die zwingend voraussetzen, dass die Erfüllung des inhaltlichen Auftrags des Volksentscheids, das Netz klimafreundlich umzubauen und die Preise sozialverträglich zu gestalten, nicht mehr möglich ist. Das ist wiederum entweder schlechtes Handwerk oder der Vorsatz, dass sich trotz des Rückkaufs des Netzes energiepolitisch nichts ändert.

(Glocke)

– Ich komme zum Schluss.

Das wäre ein Skandal und dazu verlangen wir heute Antworten. Die Bürgerinnen und Bürger, die dafür gestimmt haben, brauchen Ihre Antwort, dass das nicht eintreten darf. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eines vorweg: Der Volksentscheid Netze gilt, er wird von uns Punkt für Punkt umgesetzt, und zwar auch in der nächsten Wahlperiode 2018/2019. Es wird von uns kein Wackeln geben.

(Beifall bei der SPD)

Dabei reicht schon ein einfacher Blick in unsere Verfassung. In Artikel 50 Absatz 4a steht:

"Ein Volksentscheid über eine andere Vorlage bindet Bürgerschaft und Senat."

Deshalb an Sie, Frau Heyenn, schon einmal der Hinweis, dass wir kein eigenes Gesetz brauchen, um das abzusichern, sondern das steht schon in unserer Verfassung. Daher gilt: Die Kaufoption für die Fernwärme wird 2018/2019 ausgeübt, daran besteht für uns keinerlei Zweifel.

(Beifall bei der SPD)

Uns angesichts der Fortschritte, die wir in kürzester Zeit erzielt haben – uns gehört das Stromnetz schon, das vielleicht einmal kurz zur Erinnerung –, jetzt mangelnden Umsetzungswillen vorzuwerfen, wie Sie es eben wieder gemacht haben, ist schlicht und ergreifend eine Unverschämtheit gegenüber der Mehrheit des Hauses und gegenüber dem Senat, der das mit auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der SPD – Dietrich Wersich CDU: Majestätsbeleidigung!)

Dann zum Vorwurf, das sei handwerklich schlecht gemacht: Da muss man einfach nur schauen, was Sie in Ihrer Regierungszeit zum Thema Netze hinbekommen haben. Prüfaufträge über Prüfaufträge, nichts haben Sie hinbekommen. Wenn das Volk Ihnen in Ihrer Position jetzt beim Volksentscheid nicht zur Hilfe gekommen wäre, dann wäre gar nichts passiert.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Jetzt noch mal zur Sache, Andreas!)

Deshalb fällt dieser Vorwurf, das sei handwerklich schlecht gemacht, voll auf Sie zurück.

(Beifall bei der SPD)

Dann die Spekulation zu der Frage, ob wir unter den Mindestpreis absinken, was vielleicht ein Verstoß gegen die LHO wäre und dann könnten wir gar nicht kaufen. Was wollen Sie denn hier herbeireden? Da stellt sich die Frage, ob Sie das Fernwärmenetz kaufen wollen, um es herunterzuschrotten, zu filetieren, in Einzelteile zu zerlegen und zu demontieren, damit es dann nichts mehr wert ist. Das intendieren Sie offenbar damit. Das wollen wir nicht. Wir wollen es kaufen, um es zu erhalten, um es klimaverträglich weiterzuentwickeln und CO₂-Einsparungen zu bewirken, damit wir in diesem Bereich von der Kohle wegkommen. Das alles ist unser Vorsatz, und das ist auch das, was mit dem Volksentscheid intendiert wird. Deswegen zielt auch der Vorwurf, dass das Fernwärmenetz dann wertlos wäre und wir es nicht kaufen könnten, absolut ins Leere, Herr Kerstan.

(Beifall bei der SPD)

Das werden wir auch mit dem Wärmekonzept, das wir im Ausschuss vereinbart haben und das der Senat jetzt auf Basis der Anträge, die es dazu gibt, erarbeitet, unter Beweis stellen, und das werden wir auch miteinander diskutieren. Die Werthaltigkeit des Fernwärmenetzes und eine Klimaverträglichkeit sind kein Widerspruch, sondern bedingen sich gegenseitig. Deshalb ist das der richtige Weg für die Fernwärme in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Dann noch zum Thema, inwieweit der 25-Prozent-Deal ein Fehler gewesen ist. Die Wahrheit ist doch, dass wir ohne diese strategische Beteiligung in der

(Dr. Andreas Dressel)

Kürze der Zeit überhaupt keine Verständigung mit Vattenfall hinbekommen hätten.

(Dietrich Wersich CDU: Ha, ha, ha! Es war von Beginn also geplant! Deswegen haben Sie auch heimlich Hurra geschrien!)

Es war die strategische Beteiligung, die eine Basis dafür geschaffen hat, so schnell im Kooperationswege zu einer Verständigung zu kommen, die gut ist für die Energiewende in Hamburg, gut für die Steuerzahler und gut für diese Stadt. Deswegen war das eine gute Entscheidung.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist Ihre Kritik sehr unehrlich, denn Sie wollen uns quasi auf den umgekehrten Weg bringen, dass man alles gar nicht so schnell hätte hinbekommen müssen. Aber eines ist doch klar: Vattenfall hat gesagt, sie verkauften es nur im Paket, das heißt, dass nur eine Paketlösung möglich war. Wenn man sagt, zu den Bedingungen mache man das nicht, dann hätten wir uns als Newcomer ins Konzessionsverfahren begeben, und es hätte sein können, dass wir die Stromnetzkonzeption nicht erhalten. Ich hätte einmal sehen wollen, was Sie hier gesagt hätten, wenn es so gekommen wäre. Und die andere Variante bei der Fernwärme: Jahrelange Gerichtsverfahren um die Endschaftsklausel wären die Folge gewesen. Ihr Konzept hätte zu einem Leerlaufen des Volksentscheids geführt – auf volles Risiko zu setzen und nachher vor Gericht im Konzessionsverfahren leer auszugehen. Da hätte ich einmal sehen wollen, wie Sie das Ihren Anhängern beim Volksentscheid erklärt hätten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist diese Kritik absurd, und sie verlässt auch ein bisschen den gemeinsamen Umsetzungspfad nach dem 22. September. Darum möchte ich Sie wirklich auffordern, zur gemeinsamen Arbeit im Umweltausschuss zurückzukehren und Ihre Vorwürfe zu überprüfen. Ansonsten wollen wir weitermachen mit der Umsetzung des Volksentscheids. Das Gasnetz ist das nächste, dazu laufen die Gespräche. Wir hoffen, dass wir auch dort einen kooperativen Zuerwerb hinbekommen. Diese absurde Kritik zeigt aber auch, wie gut es ist, dass ein SPD-Senat regiert, der diesen Volksentscheid umsetzt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Stöver das Wort.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine beiden Vorredner haben schon munter ihre Argumente ausgetauscht. Die GRÜNEN stellen fest, dass der Kauf des Fernwärmenetzes fraglich ist. Herr Kerstan, willkommen in der Realität. Diese Erkenntnis ist nicht neu, und sie

wird auch dadurch nicht aktueller, dass Sie eine vermeintlich neue finanzpolitische Kinke herausgearbeitet haben. Dass diese Aussage es auf die erste Seite des "Hamburger Abendblatts" geschafft hat, finde ich schon erstaunlich. Die GRÜNEN fragen, ob es Absicht oder schlechtes Handwerk sei. Herr Dressel, diese Frage werden Sie sich schon gefallen lassen müssen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die habe ich ja beantwortet!)

So absurd, wie Sie es darstellen, ist sie nun wirklich nicht. Ich erinnere nur an die Pressekonferenz zum Netze-Deal am 15. Januar. Übrigens haben Sie, Herr Kerstan, den Deal damals über den grünen Klee gelobt. Sie waren ganz begeistert, und es war ein Meilenstein für Sie; heute ist das anders.

(Beifall bei der CDU – Sören Schumacher SPD: Es ist Wahlkampf!)

Wir waren damals schon misstrauisch, und das hätten Sie auch sein können, Herr Kerstan und die GRÜNEN. Wir haben damals schon nachgefragt, warum es so schnell sein muss. Es ist für uns eine überhastete Entscheidung gewesen. Man hätte sie auch anders und nach der Überprüfung mehrerer Faktoren sicherer treffen können.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann sagen Sie doch mal, welche! Wie denn?)

Wir waren schon stutzig, dass Sie eine Salamtaktik bei der Vereinbarung verfolgt haben, und zwar auch in Bezug auf das zeitliche Auseinanderziehen der Umsetzung der einzelnen Geschäftsfelder. Sie haben es heute schon gesagt, Herr Dr. Dressel, dass der Kauf des Stromnetzes jetzt und gleich passiert – das Stromnetz gehört der Stadt auch schon –, aber das wurde gefeiert, als wäre der Volksentscheid damit endgültig umgesetzt, und das ist definitiv nicht der Fall. Herr Dressel, Sie haben auch das Gasnetz noch einmal angesprochen. In der Pressekonferenz wurde darüber nicht gesprochen

(Dr. Andreas Dressel SPD: Darüber laufen die Gespräche noch!)

im Gegensatz zur Fernwärme, worüber sehr viel gesagt wurde. Bisher besteht halt immer noch kein Mindestkaufpreis. Warum auch? Der Vertrag läuft offensichtlich noch. Er läuft noch gut, und bei E.ON wird vielleicht von Ihrer Seite kein Widerstand erwartet. Ob das nicht eine Milchmädchenrechnung ist, wird sich erst noch erweisen.

(Beifall bei der CDU)

Die Reihenfolge habe ich natürlich nicht zufällig gewählt. Zum Fernwärmenetz ist in der Pressekonferenz am 15. Januar eine Kaufoption angekündigt worden. Das Wort Option besagt schon, dass man kaufen kann, aber nicht muss, das ist per definitionem so. Dann haben Sie noch eine Option in Form

(Birgit Stöver)

von zwei Varianten dargestellt, einmal mit dem hochmodernen Gaskraftwerk oder eben auch ohne dieses hochmoderne Gaskraftwerk. Es bedarf in der Tat keines weiteren Beweises, dass der Senat sich hier ein Ausstiegstürchen offenhalten wollte.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dressel, heute ist es nicht ganz so heftig abgelaufen, aber die ersten Reaktionen und die Heftigkeit des Dementis der SPD – Sie sprechen von Frechheit und einer Absurdität – haben mich doch sehr erstaunt. Ich finde auch Ihre Reaktion unverhältnismäßig heftig,

(*Ksenija Bekeris SPD*: Das war angemessen!)

und das spricht doch für sich. Fühlen Sie sich etwa doch ertappt?

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Dann möchte ich noch etwas ganz Ernsthaftes mit tiefer Sorge ...

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das ist ja ganz was Neues! – *Dr. Martin Schäfer SPD*: Endlich!)

– Herr Kienscherf, auch wenn Sie das jetzt lächerlich finden, ich finde es nicht lächerlich. Dies ist ein sehr ernstes Thema.

Mich treibt tiefe Sorge um das Wohl der Stadt um, weil mir immer häufiger auffällt – an Ihrer Reaktion sehe ich, dass Sie das scheinbar nicht berührt –,

(Beifall bei der CDU)

wie planlos und vollkommen ideenlos dieser Senat agiert.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Das müssen Sie sagen! HSH Nordbank, Elbphilharmonie und Sonstiges!)

Meine Damen und Herren! Das fällt definitiv nicht nur bei diesem Thema, aber – wir sprechen heute über den Energie- und Wärmebereich – insbesondere bei diesem Thema auf. Einmal haben wir den teuren Kauf der Energienetze. Herr Dressel und liebe SPD, Sie sagen, es ist ein Zwang, der Volksentscheid hat Sie dazu verpflichtet, aber es gibt auch andere Formen, und es muss nicht übereilt und ohne Prüfung anderer Formen die Umsetzung erfolgen. Jetzt wollen Sie auch noch Müllverbrennungsanlagen kaufen. Hamburg hat scheinbar das Geld dafür, und das ist mir unbegreiflich.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Wir erklären Ihnen das mal in Ruhe!)

Das alles geschieht ohne Konzept. Sagen Sie doch erst einmal, was Sie im Wärmebereich überhaupt wollen. Sie wollen sich in Wahlkampfzeiten bei jedem lieb Kind machen, Sie wollen allen gefallen, Sie wollen nicht anecken und Sie lassen sich alle Optionen offen. Das ergibt ein desolates Bild

und führt zu nichts. Ich bin tief in Sorge um unsere Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In einem Punkt gebe ich in dieser Debatte dem Kollegen Kerstan recht, aber wirklich nur in einem Punkt.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Das reicht auch schon!)

Das Verhandlungsergebnis des Senats in Sachen Fernwärme ist in der Tat handwerklich schlecht. Die FDP hat dieses Ergebnis in der Debatte, die wir im Februar über die Fernwärme geführt haben, als grottenschlecht bezeichnet und als einen schlechten Deal für die Stadt. Wir haben das zu einem Zeitpunkt getan, als Frau Fegebank für die GRÜNEN noch Ergebniseadressen in Richtung Senat sandte.

(Beifall bei *Martina Kaesbach FDP* – *Katharina Fegebank GRÜNE*: Oh!)

Ich zitiere:

"Hut ab, wir haben nicht damit gerechnet, dass die Einigung mit Vattenfall so schnell und geräuschlos über die Bühne geht."

– Zitatende.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das war doch nur ehrlich!)

Die GRÜNEN haben die vergangenen zwei Monate offensichtlich dazu genutzt, sich etwas tiefer in die Materie einzuarbeiten. Das war gut investierte Zeit. Jetzt heißt es in Sachen Fernwärme-Deal von den GRÜNEN nicht mehr Hut ab, sondern schlechtes Handwerk. Das kommt der Realität schon wesentlich näher,

(Beifall bei *Dietrich Wersich CDU*)

aber dieser Erkenntnisprozess hat bei Ihnen doch ziemlich lange gedauert. Aber besser spät als nie, herzlichen Glückwunsch zur Ankunft in der Realität.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Im Übrigen ist das Verhalten der GRÜNEN und von Ihnen, Herr Kerstan, schon ein Stück aus dem Tollhaus. Erst unterstützen Sie vehement den wirtschaftlich unsinnigen Netzzrückkauf, und jetzt beklagen Sie die Folgen.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Jetzt wird's absurd!)

Was hat Vattenfall überhaupt in eine solch starke Verhandlungsposition gebracht? Natürlich der Aus-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

gang des Volksentscheids und der dadurch entstandene Zeitdruck beim Konzessionsverfahren Stromnetze. Es war doch sonnenklar, dass Vattenfall diesen Zeitdruck bei den Stromnetzen als Hebel nutzen wird, um in Sachen Fernwärme ein optimales Ergebnis herauszuholen. Das muss übrigens auch den Befürwortern des Volksentscheids genauso klar gewesen sein wie dem Senat. Aber dann, Herr Kerstan, ist es schon ein Stück weit scheinheilig, erst den Volksentscheid massiv zu unterstützen und später die völlig absehbaren Folgen zu beklagen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Aber Vattenfall hat in Sachen Fernwärme nicht nur den Zeitdruck bei der Stromnetzkonzeption ausgenutzt, sondern auch die Plan- und Konzeptionslosigkeit des Senats, denn für den Fall eines erfolgreichen Volksentscheids war diese Verhandlungssituation, in der wir uns jetzt befinden, völlig absehbar. Der Senat war aber offensichtlich nicht vorbereitet. Er hatte keinen Plan B.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir hatten im Gegensatz zu Frau Goetsch einen Plan B!)

Was ist dabei herausgekommen? Nun hat der Senat mit Vattenfall einen Vertrag geschlossen, der in der Tat zulasten der Stadt geht. Wenn der Senat 2018 seine Kaufoption für die Wärmegesellschaft ausübt, was sein erklärter politischer Wille ist, dann soll der Kaufpreis durch einen Wirtschaftsprüfer nach dem Unternehmenswert ermittelt werden. Das klingt fair, stimmt nur leider nicht, denn der Senat und Vattenfall haben einen Mindestkaufpreis vereinbart. Es wird also durch die Unternehmensbewertung in Wahrheit nicht der Kaufpreis ermittelt, sondern allenfalls, was noch oben draufkommt. Aber wenn das Unternehmen 2018 weniger wert sein sollte, dann gilt der Mindestpreis. Und dass genau das eintreten könnte, dafür gibt es gute Gründe: höhere Investitionen etwa in eine Dezentralisierung der Fernwärmeversorgung, schärferer Wettbewerb oder neue gesetzliche Regelungen. Mit anderen Worten: Der Wert der Wärmegesellschaft kann sinken, der Kaufpreis aber nicht. Das ist kein fairer Deal für die Stadt. Das ist Politik nach dem sozialdemokratischen Motto "Teurer geht immer, billiger nimmer".

(Beifall bei der FDP)

Es ist auch schwer mit der Haushaltsordnung in Übereinstimmung zu bringen, wenn der Kaufpreis, den die Stadt zahlen soll, höher ist als der Wert der Beteiligung, den die Stadt dafür zahlt. Das hat offensichtlich auch der Senat bemerkt, denn er stellt die Ausübung der Kaufoption – Herr Kerstan und Frau Stöver haben darauf hingewiesen – jetzt unter Bedingungen. Die Kaufoption setze voraus, dass es sich um einen – ich zitiere aus der Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage –

"... zulässigen Schritt handeln würde. Der Senat muss zum Beispiel prüfen, ob den nach der Landeshaushaltsordnung zu beachtenden Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit Genüge getan wird."

Meine Damen und Herren! Wenn ich Befürworter des Volksentscheids wäre, was ich bekanntlich nicht bin, dann würde ich schon sehr genau hinschauen, ob sich der Senat hier in Wahrheit nicht aus dem Ergebnis des Volksentscheids verabschieden wird.

(Jens Kerstan GRÜNE: Haben wir doch gemacht! Deshalb haben wir das angemeldet!)

Diese Befürchtung ist berechtigt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt Frau Heyenn das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor circa einem halben Jahr war der Volksentscheid für die hundertprozentige Rekommunalisierung der Energienetze erfolgreich. Und wenn man schon davon spricht, dass ein gutes Gesamtkonzept gelungen ist, um die Überführung in öffentliches Eigentum auf den Weg zu bringen, dann ging dies von den Hamburgern und Hamburgerinnen aus und nicht vom SPD-Senat, Herr Dressel.

(Beifall bei der LINKEN – Dietrich Wersich CDU: Ist da ein Unterschied?)

Es bleibt dabei, Frau Stöver, dieser Volksentscheid war ein Meilenstein. Richtig ist, dass die SPD schnell den Schalter umgelegt hat,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Um 360 Grad!)

um die Umsetzung des Volksentscheids zu betreiben. Das habe ich immer gesagt. Aber Sie waren auch im Wort. Sie haben auf meine Schriftlichen Kleinen Anfragen und auch auf Fragen im Ausschuss vor dem 22. September 2013 klipp und klar gesagt, dass dieser Senat eine sofortige Rückabwicklung für Stromnetze, Gasnetze und Fernwärmenetze umsetzen wird, es würden lediglich Notarkosten anfallen. Ich hoffe, dass mein Versprecher mit den 360 Grad sich nicht im Nachhinein noch als Wahrheit herausstellt.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Was nämlich die Umsetzung im Bereich Fernwärme anbetrifft, sind wir ausgesprochen skeptisch, und wir sind sehr irritiert, dass der Senat lediglich eine Kaufoption zum Jahr 2019 ausgehandelt hat. Bis 2018 bleibt die HGV an der Vattenfall Wärme Hamburg GmbH mit 25,1 Prozent beteiligt. Die Initiative "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" ist ebenfalls zu dem Ergebnis gekommen, dass es erhebliche Schwachpunkte in dem Vertragswerk gibt.

(Dora Heyenn)

Insbesondere die Tatsache, dass ein Mindestpreis garantiert wurde, wird von der Initiative problematisiert. Dazu Manfred Braasch wörtlich – ich zitiere –:

"HGV und Senat haben in diesem Punkt erkennbar schlecht verhandelt und gefährden damit die Umsetzung des Volksentscheides."

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Was eigentlich genau?*)

In der Antwort auf eine Anfrage der GRÜNEN, Herr Kerstan hat es eben ausgeführt, teilte der Hamburger Senat mit, der Kauf der Fernwärme setze im Sinne des Volksentscheids eine Senatsentscheidung darüber voraus, ob es sich dabei um einen zulässigen Schritt handeln würde. Der Senat muss also prüfen, ob nach der Landeshaushaltsordnung der Rückkauf wirtschaftlich ist und den Grundsätzen der Sparsamkeit Genüge getan wird. Das ist erklärungsbedürftig und muss abgeklärt werden.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Deshalb sitzen wir hier!*)

Höchst problematisch ist aus unserer Sicht, dass die Rückkaufoption keineswegs verbindlich gesichert ist. Auf Seite 12 der Drucksache 20/10666 heißt es:

"Eine Ausübung des Optionsrechts muss die HGV bis zum 1. November 2017 gegenüber Vattenfall schriftlich erklären."

Und der nächste Satz lautet:

"Die Abgabe der Ausübungsankündigung verpflichtet die HGV nicht zur Ausübung der Call-Option Wärme. Sie setzt nur den vereinbarten Prozess zur Vorbereitung der Bewertung und Kaufpreisermittlung in Gang."

Das macht uns skeptisch. Hinzu kommt die ergänzende Vereinbarung, dass, falls ein Gas- und Dampfkraftwerk das alte Heizkraftwerk in Wedel ersetzt, dieses am 31. August 2018 in Betrieb gehen soll. Es ist schon sportlich zu glauben, dass so ein neues Kraftwerk wirklich pünktlich fertig ist. Wenn ich es richtig sehe, hat Moorburg einen Bauverzug von ungefähr zwei Jahren. Der Haken dabei ist noch, dass ein mindestens dreimonatiger Regelbetrieb Voraussetzung für den Rückkauf ist, und sollte der Termin sich verschieben, verschiebt sich auch der Rückkauf des Fernwärmenetzes. Eine Verschiebung der hundertprozentigen Rekommunalisierung der Fernwärme ins Jahr 2019 ist schon keine ordentliche Umsetzung des Volksentscheids. Aber sollte fahrlässig ein Rückkauf der Fernwärme verhindert werden, dann ist das eindeutig ein Verstoß gegen die Landesverfassung, und das werden wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag zur Umsetzung des Volksentscheids im Bereich Fernwärmenetze eingereicht, die Drucksache 20/11054. Mit einer neu zu schaffenden gesetzlichen Regelung soll sichergestellt werden, dass die Verbindlichkeit des Volksentscheids zur Fernwärme gesichert ist, egal wann welcher Senat entscheidet. Die SPD erklärt über Ihren Fraktionsvorsitzenden – ich zitiere aus der Presseerklärung –:

"Der Volksentscheid gilt und wird von uns Punkt für Punkt umgesetzt – und zwar auch 2018."

Und weiter:

"Die Kaufoption wird ausgeübt, daran gibt es für uns Sozialdemokraten keinen Zweifel."

(*Dietrich Wersich CDU: Das ist eine Option!*)

Jetzt haben die Sozialdemokraten Gelegenheit, diese Zweifel zu zerstreuen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Habe ich doch gerade gemacht!*)

indem Sie dem Antrag der Fraktion DIE LINKE "Rückkauf des Fernwärmenetzes durch eine gesetzliche Regelung sicherstellen" zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn es Ihnen zu peinlich ist, einem Antrag der LINKEN zuzustimmen, dann lade ich Sie ein, mit uns einen gemeinsamen Antrag zu stellen.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Auch nicht besser!*)

Aber ein Ausstiegstürchen dürfen Sie sich mit dieser Regelung nicht offenhalten, sonst bleiben die Zweifel, sonst werden sie in der Stadt weiter diskutiert, und wir werden Ihnen keine Ruhe lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun der Abgeordnete Dr. Scheuerl.

Dr. Walter Scheuerl fraktionslos:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin wieder einmal überrascht, mit welcher Hektik in diesem Hohen Haus, aber auch seitens des Senats mit Volksentscheiden und Volksinitiativen umgegangen wird. Ich möchte noch einmal daran erinnern, was die Vorlagefrage im Volksentscheid gewesen ist. Die Vorlagefrage im Volksentscheid hat den Senat nicht verpflichtet, das Eigentum an den Netzen zu erwerben, sondern sie hat Senat und Bürgerschaft lediglich verpflichtet, alle notwendigen und zulässigen Schritte zu unternehmen, um die Vollverstaatlichung durchzuführen. Es geht nur um notwendige und zulässige Schritte, das ist immer wieder andiskutiert, aber offenbar schnell vergessen worden. So hat denn auch Dr. Dressel noch in der Nacht des Volksentscheids die Zusage

(Dr. Walter Scheuerl)

aus dem Ärmel geschüttelt, dass die SPD das alles umsetzen werde.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir haben einen Plan B!)

Dann wurde, wie es im Senatsbericht zu lesen ist, unter großem Zeitdruck verhandelt – wir alle wissen, dass Zeitdruck ein schlechter Berater bei Verhandlungen ist –, der Vertrag über den Zukauf von 74,9 Prozent der Anteile an den Stromnetzen geschlossen und die Kaufoption für die Fernwärme unterzeichnet.

Dazu eines, und das geht in Ihre Richtung, Herr Kerstan: Es ist völlig richtig, dass dieser Vertrag vom Januar keine Umsetzung des Volksentscheids war, denn der Volksentscheid wollte eine Verstaatlichung in 2015. Wir alle wissen, dass selbst der Erwerb der Stromnetze in 2014 mit der Konzessionsentscheidung schon wieder obsolet werden kann.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir haben ihn sogar übererfüllt!)

Der Erwerb einer Kaufoption, die in 2018 mit Wirkung für 2019 ausgeübt werden soll, ist natürlich auch keine Umsetzung einer Vorlagefrage, die sagt, wir hätten gern in 2015 das staatliche Eigentum – weit gefehlt. Natürlich ist das keine Umsetzung des Volksentscheids.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie hätten Sie es denn gemacht, Herr Dr. Scheuerl?)

Wichtig ist an dieser Stelle, dass die Vorlagefrage unter drei gewichtigen Vorbehalten steht. Senat und SPD laufen der Vorlagefrage davon und meinen, sie müssten das schnell umsetzen. Und die GRÜNEN, die LINKE und die Initiative, die den Vertrag erst gelobt haben und jetzt merken, dass doch nicht alles so schön ist, wollen es dennoch. Die Vorlagefrage steht unter dem Vorbehalt der Zulässigkeit, und das bedeutet kein Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung, kein Verstoß gegen das Kartellrecht und kein Verstoß gegen das Energiewirtschaftsgesetz. Das heißt, wir brauchen ein diskriminierungsfreies, wirksames Konzessionsverfahren mit einer lauterer Entscheidung am Ende. Und wenn es dann am Ende eben nicht das staatliche Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg über die HGV ist, dann ist das so. Das ist dann eine Angelegenheit der Initiatoren und ihrer Vorlagefrage, die ins Leere gelaufen ist. Sie haben es versucht, aber das Schlimmste, was an dieser Stelle passieren könnte, ist, dass der Senat sich rechtmäßig verhalten würde – ich spreche bewusst im Konjunktiv – und der Wille von immerhin 428 000 Hamburgerinnen und Hamburgern, die mit Nein gestimmt haben, sich am Ende durchsetzt. Schlimmes, Frau Heyenn, gar ein Verfassungsbruch droht an der Stelle überhaupt nicht.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Doch!)

Wir sollten eines bedenken, und da haben wir alle eine Verantwortung: Wenn es um die Inhalte geht, dann wünschen wir uns doch alle ein gutes, effizientes, kostengünstiges Fernwärmenetz für Hamburg. Wir sollten aufhören, blind der unbestimmten, verfassungsrechtlich bedenklichen und teils irreführenden Vorlagefrage des Volksentscheids hinterherzulaufen, sondern uns einmal Gedanken darüber machen, wie wir das Fernwärmenetz von Hamburg optimieren können.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Sie haben es immer noch nicht verwunden!)

Dazu gehört unter anderem die längst überfällige Anbindung des Kohlekraftwerks Moorburg ans Fernwärmenetz, weil wir dann das Kohlekraftwerk Moorburg effizient nutzen und die Fernwärmeversorgung sicherstellen können. – Vielen Dank.

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält nun Herr Senator Dr. Tschentscher.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Scheuerl, es ist zwar formal richtig, was Sie aus den zulässigen Schritten herleiten, aber ich kann Ihnen versichern, dass der Senat nicht nur formal irgendetwas abarbeiten will, sondern wir haben den Volksentscheid so verstanden, wie er gemeint ist, und das nehmen wir sehr ernst und setzen es konsequent um. Die Stadt soll in den vollständigen Besitz aller drei Energienetze kommen, und zwar unverzüglich, das heißt, so schnell wie möglich. Aber – und jetzt kommt es – das ist beim Fernwärmenetz deutlich schwieriger als bei Strom und Gas.

(Beifall bei der SPD)

Die 25-Prozent-Beteiligung am Hamburger Fernwärmenetz, Herr Kerstan, ist ein Schritt, der die im Volksentscheid gewünschte 100-Prozent-Beteiligung keineswegs erschwert, sondern der sie beschleunigt und erleichtert hat. Weil Ihnen nach wochenlangem Aktenstudium kein vernünftiger Vorwurf eingefallen ist, bemühen Sie nun komplizierte steuerrechtliche Regelungen, um eine Scheinlogik aufzubauen, die an dem Kernproblem komplett vorbeigeht.

(Beifall bei der SPD)

Das Kernproblem bestand nämlich darin, dass es für die Fernwärme kein Konzessionsverfahren gibt, Vattenfall die Fernwärme nicht verkaufen wollte und – jetzt kommt der entscheidende Punkt – wir keinen gesicherten Rechtsanspruch auf den vollständigen Rückkauf des Fernwärmenetzes hatten. Wir hatten eine Endschaftsregelung, die hoch strittig war und für die wir viele Jahre vor Gericht hätten klagen müssen.

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

(Jens Kerstan GRÜNE: Und die jetzt weg ist!)

Deshalb hat der Senat nie behauptet, dass es einfach sei, das Fernwärmenetz zu erwerben. In dieser auf lange Sicht relativ schwierigen bis aussichtslosen Lage habe wir eine gute Verhandlungslösung erreicht, und zwar nicht nur für den 25-Prozent-Kauf, sondern auch für den vollständigen Rückkauf, der im Volksentscheid eine Mehrheit gefunden hat.

(Beifall bei der SPD)

Das Ergebnis wurde so verhandelt, dass beide Seiten ein großes Interesse an dem Ausbau und der Modernisierung der Fernwärmeversorgung haben müssen. Dabei geht es um viele kaufmännische und technische Fragen, übrigens auch um viele, viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dazu gehört aus unserer Sicht im Sinne einer guten umweltpolitischen Lösung auch ein modernes Innovationskraftwerk, dessen Bau einen erheblichen Einfluss auf den vereinbarten Mindestpreis hat. Dass es diese Mindestpreise gibt, ist nicht überraschend. Dass die Mindestpreise trotz der gerade erstellten Wertgutachten so niedrig sind, ist ein bemerkenswerter Verhandlungserfolg für die Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit unseren Verträgen im Interesse des Volksentscheids eine höchst unsichere Rechtsposition in eine sichere Option gewandelt. Das kann man nur infrage stellen, indem man unzutreffende juristische Vorstellungen verbreitet. Mich erinnert das sehr an den grünen Kurs bei der Genehmigung des Kohlekraftwerks Moorburg, Herr Kerstan: erst mit großer Kraftmeierei Ankündigungen in die Welt setzen und dann vor Gericht auf ganzer Linie scheitern. Mit dieser Strategie wäre die Stadt in zehn Jahren noch nicht im Besitz der Energienetze.

(Beifall bei der SPD)

Damit es in der Debatte keine Missverständnisse gibt: Der Senat ist entschlossen, die Option zum 100-Prozent-Erwerb des Fernwärmenetzes umzusetzen. Dazu gibt es mit dem Volksentscheid eine rechtliche und politische Verpflichtung und mit den jetzt verhandelten Verträgen auch einen sicheren und wirtschaftlich vernünftigen Weg. Wir werden dafür sorgen, dass die Fernwärme in Hamburg im Interesse der Energiewende ausgebaut wird und wir in den Besitz eines modernen, umweltfreundlichen und werthaltigen Unternehmens kommen, ganz im Sinne der Landeshaushaltsordnung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält erneut Herr Kerstan.

Jens Kerstan GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Antworten sowohl von Fraktionschef Dressel als auch von Finanzsenator Tschentscher auf die Fragen, die ich an diesem Pult gestellt habe, sind bemerkenswert. In der Sache sagen Sie gar nichts, antworten aber mit großer Empörung und persönlichen Angriffen. Da kann man nur eines sagen: Anscheinend haben wir einen sehr wunden Punkt getroffen.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Gabi Dobusch SPD: Bitte?*)

Es ist ja nicht so, dass wir in irgendwelchen Anfragen Unterstellungen geäußert hätten,

(Zurufe von der SPD: Nein!)

– nein, überhaupt nicht –, sondern der Senat hat mit Sachverhalten geantwortet, nach denen wir gar nicht gefragt haben, und das zitiere ich. Und wenn das völlig absurde Aussagen sind, Herr Dressel, dann ist das ein Vorwurf an Ihren eigenen Senat, denn die Fragen, die ich gestellt habe, ergeben sich aus den Antworten Ihrer Senatoren. Es ist schon sehr bemerkenswert, wie empört Sie darauf reagieren.

Ich will zum entscheidenden Punkt kommen. Wir sind uns anscheinend einig, dass die 25,1-Prozent-Beteiligung, die der Senat 2011 erworben hat, zur Folge hat, dass, wenn die Stadt vor 2019 kaufen würde, zusätzlich dreistellige Millionenbeträge entrichtet werden müssten, und dass das der Senat nicht zahlen will. Das ist der einzige Grund, warum die Stadt den Volksentscheid im Jahr 2014 nicht umsetzt. So ist es der Antwort des Senats zu entnehmen. Das haben weder Herr Dressel noch Herr Tschentscher dementiert, dann scheint es wohl zu stimmen. Wenn der Volksentscheid bei diesem Kernstück der Energiewende also erst in fünf Jahren umgesetzt wird, dann war das ein schwerer handwerklicher Fehler dieses Senats, wenn nicht sogar Absicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt: Selbst wenn es gelingt, im Jahr 2019 die Option zu ziehen, gibt es die Aussage Ihres Sprechers, Herr Tschentscher. Herr Stricker hat in seiner Antwort auf meine Frage gesagt, es gäbe eigentlich nur eine Situation, in der der Wert des Unternehmens unter den Mindestpreis sinken könne, und zwar, wenn die grünen Konzepte eines Fernwärmegesetzes umgesetzt würden. Wir haben jetzt einfach den zweiten Satz des Volksentscheids in Gesetzesform gegossen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber verschrotten steht nicht im Volksentscheid!)

Der zweite Satz ist nämlich genauso verbindlich wie der erste. Der erste Satz verlangt den Erwerb von 100 Prozent der Netze als Eigentum, der zweite klimafreundliche und sozialverträgliche Fernwärmeversorgung. Wir haben in ein Gesetz geschrie-

(Jens Kerstan)

ben, was man dafür tun muss. Und die Aussage dieses Senats ist: Wenn man das tun würde, dann würde der Wert des Unternehmens unter den Mindestpreis sinken und dann verbiete die Landeshaushaltsordnung einen Kauf. Auch das ist in der Sache hier mit keinem Wort dementiert worden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ich habe doch dazu etwas gesagt!)

Das scheint die Aufregung sowohl bei Herrn Dressel als auch bei Herrn Tschentscher vielleicht ein Stück weit zu erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist auch vollkommen logisch. Im Fernwärmebereich erzielt Vattenfall in manchen Jahren 100 Millionen Euro Gewinn, weil sie ein uraltes Kohlekraftwerk in Wedel betreiben und aus den Kunden soviel Geld rausholen wie nur möglich. Das ist der Ertragswert, der dem Kaufpreis zugrunde liegt. Und wenn die Stadt den Volksentscheid umsetzt, wie die Bürgerinnen und Bürger es wollen – da soll auch Klimaschutz gemacht werden und aus den Kunden, die einem Monopol ausgeliefert sind, nicht der letzte Cent herausgepresst werden –, dann sinkt der Ertragswert. Darum ist die Aussage des Sprechers der Finanzbehörde sehr folgerichtig. Wir haben einen so hohen Mindestpreis vereinbart, dass wir keinen Klimaschutz und keine sozialverträgliche Preisgestaltung mehr betreiben können, ohne dass das Unternehmen an Wert verliert. Dieser Vertrag sorgt dafür, dass der zweite Satz des Volksentscheids, der Klimaschutz und sozialverträgliche Preise zwingend fordert, nicht umgesetzt wird, wie das Volk es will. Ganz schlechtes Handwerk, meine Damen und Herren,

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn dieser Vertrag kann dafür sorgen, dass im Energiebereich einfach alles beim Alten bleibt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nein!)

In Ihrer Antwort auf meine Frage, wie der Senat das Netz denn nun sozialverträglich und klimafreundlich umbauen wolle, gibt es einzig und allein den Verweis auf Ihre energiepolitische Vereinbarung, die im Volksentscheid keine Mehrheit gefunden hat, sondern abgewählt wurde.

(Dr. Monika Schaal SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Auch da hat dieser Senat keinen Plan.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb erfüllt es uns mit Sorge, dass dieser Senat jetzt auch noch Müllverbrennungsanlagen kaufen will – 34 Prozent der Fernwärme wird durch Verbrennung von Müll erzeugt –, sodass Hamburg in Zukunft noch nicht einmal diese Müllverbrennungsanlagen abschalten kann.

(Glocke)

Auch das ist ein Indiz – ich komme zum Schluss –, dass dieser Senat nicht bereit ist, das Fernwärmenetz klimafreundlich und sozialverträglich umzubauen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich verstehe die GRÜNEN jetzt wirklich langsam überhaupt nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Erst fanden Sie die Übernahme des Stromnetzes prima, weil damit unsere Chancen im Konzessionsverfahren enorm gestiegen sind, und jetzt stellen Sie sich hin und geißeln die Modalitäten der Fernwärmeübernahme. Sie haben auch im Januar schon gewusst, dass die Fernwärme nicht gleich zu haben sein wird, und Sie haben gewusst, dass Vattenfall die Fernwärme nicht verkaufen wollte. Vor diesem Hintergrund ist das, was erreicht wurde, ein großer Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Bei Ihrer Argumentation habe ich den Verdacht, dass Sie sich langsam auf die Seite derjenigen schlagen, die schon immer gegen den Volksentscheid und seine Umsetzung waren. Wir haben es von Herrn Scheuerl gehört, von Frau Stöver und von Herrn Kluth;

(Dietrich Wersich CDU: Also Sie waren es nicht! Sie sind nicht schuld! Sie waren nie dumm!)

da reihen Sie sich offensichtlich nahtlos ein.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben schon sehr früh angefangen mit Ihrer Kritik, indem Sie den Kaufpreis für die Fernwärme für zu hoch erklärten. Dem konnte man nicht folgen, denn wenn Sie wirklich einmal nachgerechnet hätten, dann wären Sie bei dem Preis für 25,1 Prozent mal vier auf 1,3 Milliarden Euro gekommen. Der Mindestpreis liegt bei 950 Millionen Euro. Was ist daran schlecht?

(Beifall bei der SPD)

Ob bei einer für 2018 abschließend vereinbarten Unternehmensbewertung der Rückkaufpreis unter den Mindestpreis fällt, ist doch rein spekulativ. Die GRÜNEN haben nicht ein einziges Argument genannt, das diese These vom vermeintlichen Werteverfall belegen würde. Bei wirtschaftlich vernünftigem Handeln dieses Unternehmens, an dem die Stadt immer noch mit 25,1 Prozent beteiligt ist, ist ein Werteverfall nicht zu erwarten. Dafür kann ich Ihnen fünf Gründe nennen.

(Dr. Monika Schaal)

(Olaf Ohlsen CDU: Ein Grund reicht!)

Erstens: Im Kaufvertrag wurde vereinbart, dass für 2014 bis 2018 Instandhaltungsinvestitionen umgesetzt werden.

Zweitens: Die Stadt und Vattenfall haben schon im letzten Jahr 24 Millionen Euro in die Instandhaltung und den Ausbau des Fernwärmenetzes investiert. Das Netz ist, vor allen Dingen durch Nachverdichtung in der Innenstadt, um rund 7,5 Kilometer auf insgesamt 812 Kilometer gewachsen.

Drittens: Es konnten Neukunden hinzugewonnen werden wie zum Beispiel XFEL in Bahrenfeld und die Berufliche Medienschule Hamburg-Wandsbek.

Viertens: Für die kommenden Jahre ist ein weiteres Wachstum des Netzes von 10 Kilometern pro Jahr geplant. Von wegen planlos – so viel zu dem, Frau Stöver.

Fünftens: Der bevorstehende Bau des Heizkraftwerks Haferweg in Altona wird vorbereitet; die Baustelle wird bereits eingerüstet.

(Olaf Ohlsen CDU: Genau!)

Unter diesen Umständen wird der Kauf auch eine Prüfung nach der Landeshaushaltsordnung – die, wie Sie wissen, immer durchgeführt werden muss – bestehen. All das haben Sie in Ihrer Philippika gegen den Erwerb der Fernwärme einfach ausgeblendet.

(Beifall bei der SPD – Dr. Andreas Dressel SPD: Stimmt, stimmt, stimmt!)

Herr Kerstan, man merkt die Absicht und man ist verstimmt, schließlich ist 2015 Bürgerschaftswahl. Allein mit Spekulationen aber können Sie keinen Blumentopf gewinnen.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig ist aber, dass auch die GRÜNEN wieder auf den Boden der Tatsachen zurückkommen und wir uns gemeinsam um das künftige Fernwärme-konzept kümmern. Wir brauchen ein Konzept, damit die Fernwärme klimafreundlicher wird. Das werden wir diskutieren, und zwar nicht nur unter uns, sondern auch mit Experten. Dabei geht es dann auch um die Frage, welchen Beitrag Müllverbrennungsanlagen zur Wärmeversorgung leisten könnten. Der reflexhafte Protest der GRÜNEN gegen die aktuell stattfindende Sondierung der Stadtreinigung zum Rückkauf von zwei Müllverbrennungsanlagen bringt uns nicht weiter. Das ist nicht anrühlich, da läuft auch keine Recyclingoffensive. Wenn mehr als ein Drittel der bisherigen Verbrennungskapazitäten abgeschaltet wird und die Stadt die verbleibenden Anlagen in eigener Hand hat, dann können wir als Stadt über die Stadtreinigung den Einsatz der Müllverbrennung besser steuern. Wenn dieser Deal gelingen würde, und das hoffe ich, dann können wir auch darüber sachlich reden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Stöver hat das Wort.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Noch einmal: Ich bin wirklich erstaunt über die Heftigkeit, mit der die SPD-Fraktion reagiert.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wir sind beim Thema Fernwärme angekommen. Sie sagen, das sei so ungleich kompliziert, aber so kompliziert ist es doch nun auch nicht. Ehrlich gesagt sind in diesem Punkt der Senat und die SPD das Problem.

(Beifall bei der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Das haben Sie bei den Omega-Geschäften auch geglaubt!)

Die SPD und der Senat könnten jetzt schon für Sicherheit und Klarheit sorgen, was die Fernwärme angeht, und zwar mit einem Konzept, wie es mit der Fernwärmeversorgung ab 2018/2019 weitergehen soll. Aber der Senat ist nicht entscheidungsfreudig. Damit lassen Sie die Bürgerinnen und Bürger im Westen im Unklaren.

(In einer der Senatslogen wird ein Transparent entrollt – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Entschuldigen Sie die Unterbrechung, Frau Stöver.

(Anhaltende Zurufe von der Loge: Kein Mensch ist illegal! Bleiberecht überall!)

Meine Damen und Herren! Bitte unterlassen Sie diese Bekundungen. Wenn Sie mit Ihrer Störung fortfahren, muss ich die Sitzung unterbrechen. Sie machen sich dann möglicherweise strafbar.

(Das Transparent wird nicht entfernt, die Zurufe hören nicht auf – Glocke)

Ich unterbreche die Sitzung. Ich bitte die anwesenden Polizistinnen und Polizisten, die Personalien festzustellen und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 15.54 Uhr

Wiederbeginn: 16.06 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Wir wollen unsere Aktuelle Stunde fortsetzen.

Wir hatten eine Unterbrechung von 13 Minuten, die wir hinten anhängen. Ich schlage vor, dass Frau Stöver mit ihrem Wortbeitrag noch einmal beginnt, damit wir wieder im Thema sind.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der SPD und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos –

(Präsidentin Carola Veit)

Gabi Dobusch SPD: Mit dieser letzten Bemerkung noch mal einsteigen!

Birgit Stöver CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Danke schön für die erneute Worterteilung. Nach dieser Unterbrechung müssen wir uns, glaube ich, tatsächlich alle noch einmal sammeln und überlegen, dass das Thema, das eben unzulässigerweise kommentiert wurde, gar nicht unser Thema ist.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Wir hatten Senator Tschentscher am Rednerpult, der ausgeführt hat, dass die Fernwärme aufgrund der nicht vorhandenen Regulierung ungleich komplizierter ist. Ich hatte schon ausgeführt, dass ich nach wie vor über die meiner Meinung nach unverhältnismäßig heftige Reaktion der SPD-Fraktion erstaunt bin.

(Dietrich Wersich CDU: Majestätsbeleidigung!)

Ich neige nicht dazu, mich zu wiederholen, aber das Thema ist doch so wichtig, dass wir bei der Fernwärme noch einmal ankommen sollten. Vielleicht wird es auch ein bisschen ruhiger im Plenum, dann kann ich besser verstanden werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ich möchte trotzdem noch einmal sagen, dass es nicht daran liegt, dass der Rückkauf des Fernwärmenetzes ungleich komplizierter ist. Wir können uns gern darauf einigen, dass es ein nicht regulierter Bereich ist. Das Problem ist aber, dass der Senat nicht entscheidungsfreudig ist. Das Problem ist also definitiv der Senat und die SPD-Fraktion, die keine Entscheidungen treffen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte das gern noch einmal erläutern. Wir haben im Ausschuss am 20. Februar sehr viel und intensiv darüber gesprochen, dass man den Hamburger Westen wirklich nicht im Unklaren lassen sollte, dass man hier eine Sicherheit schaffen kann, und zwar ganz einfach. Man kann Vorentscheidungen fällen, und damit ist dann auch sichergestellt, dass danach die Stadt Hamburg das Fernwärmenetz übernimmt, und zwar geht es um die Entscheidung, ob wir das hochmoderne Gaskraftwerk bauen oder nicht bauen. Im Moment drückt sich der Senat vor einer Entscheidung und verschiebt sie auf den Energieversorger, der solle doch entscheiden. Aber ein Energieversorger wird sich nicht dazu entscheiden, jetzt ein Gaskraftwerk zu bauen, wenn nicht garantiert ist, dass die Stadt dieses Gaskraftwerk übernimmt.

Es geht um die Entscheidung, ob Wedel nun ein hochmodernes Gaskraftwerk, "ein Innovationskraftwerk", wie Sie es nennen, bekommen soll

oder ob das uralte Heizkraftwerk aus den Sechzigerjahren mit der Technologie aus den Zwanzigerjahren weiterhin zu viel CO₂ im Hamburger Westen in die Luft blasen soll. Ich finde das interessant, denn für Müllverbrennungsanlagen oder für Entscheidungen, die Kitagebühren für die ersten fünf Stunden für Kinder von ein bis sechs Jahren zu erlassen, ist Geld da.

(Dirk Kienscherf SPD: Für Schulen, für bessere Straßen! Überall ist Geld da!)

Das hat damit auch etwas zu tun, Frau Dr. Schaal, denn Sie haben nicht den Mut, eine Entscheidung für ein Gaskraftwerk in Wedel zu fällen und damit die Sicherheit der Fernwärmeversorgung im Hamburger Westen zu erhöhen.

(Beifall bei der CDU)

Keine Entscheidung des Senats ist es, dieses Gaskraftwerk im Moment sicherzustellen, und damit ist auch keine Entscheidung darüber getroffen, ob das Fernwärmenetz 2018/2019 wirklich gekauft wird. Ich wiederhole: Der Senat verschiebt seine Verantwortung, und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei *Dietrich Wersich* CDU)

– Herzlichen Dank, Herr Wersich.

Ich habe es in meinem ersten Beitrag schon gesagt. Sie haben weder ein Konzept, wohin Sie mit der Fernwärme wollen, noch haben Sie überhaupt einen Plan. Wollen Sie denn nun ein Gaskraftwerk, wollen Sie die Fernwärmeversorgung zentral lösen oder wollen Sie es dezentral? Sie wollen sich im Moment bei jedem anbietern, bei den Naturschutzverbänden, bei den GRÜNEN, bei allen eigentlich,

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Mit uns nicht!)

aber das ist Wahlkampfgeplänkel.

(Dirk Kienscherf SPD: Im Gegensatz zu Ihnen!)

Sie wollen sich einfach ein Türchen offenhalten und bloß keine Entscheidung treffen.

(Beifall bei *Dietrich Wersich* CDU)

Das wird Ihnen auf die Füße fallen; soweit darf es nicht kommen. Ich wiederhole noch einmal: Es bereitet mir wirklich tiefe Sorge, dass Sie all das auf dem Rücken der Fernwärmekunden austragen und diese im Unklaren gelassen werden. Im Ernstfall müssen die Bürger in Hamburgs Westen in Mänteln in ihren Wohnungen sitzen und frieren. So weit darf es nicht kommen.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Senator Tschentscher, Herr Dressel, Frau Schaal, wenn man Ihnen zugehört hat, dann konnte man den Eindruck gewinnen, Sie seien tatsächlich der Auffassung, der Senat hätte mit Vattenfall eine gute und für die Stadt vorteilhafte Vereinbarung getroffen.

(*Christiane Blömeke GRÜNE*: Das finden Sie komisch?)

Im Ernst, das glauben Sie doch selbst nicht. Ich glaube, dieser Eindruck leidet an einer erheblichen Verkleisterung der Realität. Daher will ich Ihnen den einen oder anderen Grund nennen, warum diese Vereinbarung keine gute Vereinbarung für die Stadt ist.

(Beifall bei der FDP und bei *Dietrich Wersich CDU*)

Erster Punkt: das GuD-Kraftwerk. Nach der ursprünglichen Vereinbarung vom November 2011 war Vattenfall, zwar unter dem Vorbehalt der Wirtschaftlichkeit, aber immerhin, verpflichtet, das GuD-Kraftwerk zu bauen. Das ist nun in weite Ferne gerückt, denn die Gesellschafter haben vereinbart, bis Ende 2015 endgültig zu entscheiden. Was aber bedeutet das? Das stärkt doch noch einmal die Verhandlungsposition von Vattenfall. Und warum? Weil die Betriebsgenehmigung des alten Heizkraftwerks in Wedel abläuft. Ob das mit der alternativ gedachten Ertüchtigung klappt, steht meiner Einschätzung nach in den Sternen, weil das weder der Senat noch Vattenfall zu entscheiden hat, sondern allein die zuständige Genehmigungsbehörde in Schleswig-Holstein. Der Senat bringt sich also mit dieser Vereinbarung erneut in eine Drucksituation. Das kann in einer Verhandlung nur von Nachteil sein.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Punkt: Was ist der offizielle Grund für den Abschluss eines Optionsvertrags, also nicht eines Kaufvertrags? Der Grund wird genannt: Die steuerlichen Folgen einer Rückabwicklung der Beteiligung an der Vattenfall Wärme GmbH vor 2018 nach dem Umwandlungssteuergesetz sind offensichtlich bei den ursprünglichen Beteiligungsverträgen nicht bedacht worden. Folge: Bei einer Rückabwicklung sollen Steuerzahlungen in dreistelliger Millionenhöhe drohen. Das ist eindeutig schlechtes Handwerk. Es stellt sich die Frage, wer den Senat eigentlich beraten hat. Hat der Senat schon Beratungshonorare zurückgefordert oder Schadensersatz geltend gemacht? Oder hat der Senat in Wahrheit das Risiko genau gekannt, aber verschwiegen, die Augen zugemacht und darauf gehofft, dass die Sache mit dem Volksentscheid schon gutgehen würde? Ich glaube, viele Aspekte sprechen dafür, dass es genau so ist.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Punkt: Warum hat es der Senat versäumt, mit Vattenfall eine Öffnung der Fernwärmenetze zu vereinbaren, um dezentral Energie einzuspeisen und dort zu speichern, etwa Prozesswärme aus Industrie- und Produktionsbetrieben? Warum war das mit E.ON Hanse möglich, aber nicht mit Vattenfall? Das wäre klimafreundlich gewesen, das wäre innovativ gewesen und es hätte den Wettbewerb gestärkt.

Vierter Punkt: Warum hat der Senat für dieses magerer Verhandlungsergebnis dann auch noch einseitig und völlig unabhängig von der Ausübung des Optionsrechts auf seine Rechte aus der Endschafftsklausel nach dem alten Konzessionsvertrag von 1994 verzichtet, also einem der zentralen Hebel zur Umsetzung des Volksentscheids? Auch diese Frage ist bislang nicht beantwortet worden.

Meine Damen und Herren! Diese Vereinbarung mit Vattenfall ist genau wie die gesamte Politik von Frau Senatorin Blankau in Sachen Fernwärme. Sie ist ohne Plan und Konzept, sie ist unambitioniert und bedeutet Durchwurschteln vom Anfang bis zum Ende. Diese Behandlung des Themas Fernwärme durch den Senat ist völlig unangemessen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Das ist bei einer wichtigen Aufgabe wie der funktionierenden Wärmeversorgung für alle Hamburgerinnen und Hamburger – ich wiederhole es an dieser Stelle noch einmal – völlig unangemessen. Gutes Regieren sieht jedenfalls anders aus. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Dr. Schaal und Herr Dr. Dressel, Sie können zuhören und Sie können lesen. Wenn Sie so tun, als sei die Rekommunalisierung der Fernwärme völlig sicher, dann ist das wie Singen im Walde. Sie wissen ganz genau, dass die Verträge keineswegs eindeutig sind. Sie wissen auch, wenn Sie den Vertrag lesen und wenn Sie die Argumente, die dagegen sprechen, hören, dass es Raum für sehr unterschiedliche Interpretationen gibt und dass dort Tür und Tor geöffnet sind, vor allem auch für andere Senate. Das ist doch das besondere Problem, dass die Rekommunalisierung so weit hinausgeschoben wurde, dass dieser Senat das nicht mehr machen kann, sondern es wird ein anderer Senat machen. Wie der aussieht, das weiß niemand von uns, das wissen auch Sie nicht. Daher müssen wir besonders und doppelt aufpassen.

(Beifall bei der LINKEN)

(Dora Heyenn)

Herr Tschentscher, Sie haben sich mit Ihren Vokabeln ein bisschen verraten. Sie sprechen von Bemühen, Sie würden alles tun und es sei alles auf dem Weg. Sie sagen aber nicht ein einziges Mal, dass der Senat verbindlich die Fernwärme in die Rekommunalisierung überführen werde.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hat er doch gesagt! Er ist fest entschlossen, es zu tun! –

Arno Münster SPD: Das hat er doch gesagt!)

– Nein, er hat gesagt, dass es mit dem Fernwärmenetz besonders schwierig sei, es in die öffentliche Hand zu bringen.

Aber gerade wenn es schwierig ist, dann muss man es besonders deutlich formulieren. Dann kann man nicht mit einer Option kommen und auch noch mit einem Vertrag, in dem eindeutig steht, dass man die Option nicht umsetzen müsse. Daher ist die Sache überhaupt noch nicht klar. Wenn man im Gegenzug die Planung für die Moorburg-Trasse offenlässt und die Endschaftsregelung einkassiert, im Grunde vor Vattenfall einen Kniefall macht, dann ist das doppelt gefährlich.

Wir plädieren noch einmal an Sie: Stellen Sie Verbindlichkeit her, stimmen Sie unserem Antrag zu. Sagen Sie den Menschen in der Stadt, dass dieser Volksentscheid umgesetzt wird und dieser Senat und diese Bürgerschaft alles dafür tun werden, damit jetzt schon klar ist, dass rekommunalisiert wird. Das ist im Moment nicht der Fall.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Kerstan hat das Wort.

Jens Kerstan GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Frau Dr. Schaal, Sie haben versucht, Argumente zu entkräften, die ich gar nicht gebracht habe.

(Dr. Monika Schaal SPD: Ja, eben!)

Ich sage es noch einmal deutlich: Wir glauben nicht, dass der Wert der Fernwärmegesellschaft unter den Mindestpreis rutschen könnte, weil das Netz in einem so schlechten Zustand ist, oder dass Vattenfall bis zum Jahr 2019 keine Instandhaltungsinvestitionen im Netz vornimmt, sondern der Volksentscheid schreibt der Wärmegesellschaft vor, ihr Geschäftsmodell zu ändern, das heißt, nicht mehr klimaschädlich zu produzieren und nicht mehr das Maximum aus den Kunden herauszupressen. Das reduziert den Gewinn, dann sinkt der Ertragswert, und normalerweise sinkt dann ein Kaufpreis, der auf der Grundlage eines Ertragswerts gebildet wird.

Unsere Sorge ist – und das war meine Frage –, ob das heißt, dass man jetzt nicht mehr so ehrgeizig beim Klimaschutz sein darf? Heißt das, dass man das Netz nicht mehr für Wettbewerb öffnen darf?

Heißt das, dass man bei der Preisspanne, die man dort nimmt, von 30 Prozent Umsatzrendite nicht mehr heruntergehen kann, ohne dass dann der Mindestpreis gerissen wird und wir Probleme mit der Landeshaushaltsordnung bekommen? Darauf könnte man einmal inhaltlich antworten. Sie reden davon, Sie würden doch Instandhaltungsinvestitionen machen, dazu hätten Sie sich verpflichtet.

(Dr. Monika Schaal SPD: Reden wir über Wärmekonzepte oder nicht?)

Das ist leider keine Antwort auf die Frage, um die es hier geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was uns weiterhin mit Sorge erfüllt, ist, dass auch mehrere Monate, nachdem dieser Senat gekauft hat, er noch immer keine Ahnung hat, was er mit den Netzen machen will. Deshalb lautet unsere Aufforderung an Sie: Hören Sie auf, Fakten zu schaffen, bevor es ein Wärmenetz für die Fernwärmegesellschaft gibt. Deshalb kritisieren wir die Gespräche oder den Deal, den die Stadtreinigung mit Vattenfall in Bezug auf die Müllverbrennungsanlagen machen wird.

Die Fernwärme im großen Netz unserer Stadt wird zu 34 Prozent durch Müllverbrennung produziert. Das ist umweltpolitisch Wahnsinn, das ist Unsinn nicht nur deshalb, weil die Recycling-Quote niedrig ist, sondern es ist auch fernwärmetechnisch Unsinn. Das müsste man ändern. Wenn Sie nun Vattenfall die Müllverbrennungsanlagen abkaufen, bevor es ein Wärmekonzept gibt, so, wie bei den 25 Prozent, die der Bürgermeister gekauft hat, dann bedeutet das, dass man später bestimmte Dinge nicht mehr machen kann. Deshalb sagen wir: Hören Sie endlich auf, Fakten zu schaffen, bevor es ein Konzept gibt, wie man den Volksentscheid vollständig umsetzt, nicht nur in Bezug auf das Eigentum, sondern auch in Bezug auf die Strategie des Klimaschutzes und einer sozialverträglichen Preisgestaltung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das müssen wir einfach in den nächsten Monaten leisten. Darum beunruhigt es uns, was wir vom Senat mitgeteilt bekommen, nämlich, dass man ehrgeizige Klimaschutzprojekte wie ein Fernwärmegesetz sein lassen sollte, weil das der Gesellschaft die Geschäftsgrundlage entziehe. Es beunruhigt uns auch, wenn wir lesen, dass Vattenfall Müllverbrennungsanlagen abgekauft werden. Wenn wir hier zu einem inhaltlichen Diskurs kommen könnten...

(Dietrich Wersich CDU: Das kommt, wenn man selbst beteiligt ist! Dann kann man eben die Regeln nicht so einfach machen!)

– Das ist der Punkt.

(Jens Kerstan)

Es reicht nicht, dass Sie voranpreschen, ohne zu wissen, wo es hingeht. Wir brauchen ein Konzept, und das brauchen wir gemeinsam. Bis dahin sollten Sie aufhören, Fakten zu schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich gar nicht vor, mich zu der Debatte zu äußern, aber wenn man Herrn Kerstan nun dreimal anhören muss – ein GRÜNER in Reinkultur, der uns immer wieder demonstriert, wie es nicht geht –, dann habe ich doch das Bedürfnis, hierzu Stellung zu nehmen.

Herr Kerstan, als ich 1984 in Münster studierte, gab es auch die Grünen. Wir hatten dort Diskussionen über Straßenprojekte. Dann kam jemand von den Grünen und sagte, pass einmal auf, das muss so und so sein. Dann sagten sämtliche Fachleute im Stadtrat von Münster, das gehe aber technisch nicht. Die Antwort des Grünen: Ich will es aber trotzdem. Das ist eine Art und Weise, wie man Politik nicht machen kann.

(Beifall bei der FDP)

Sie verbreiten Parolen und bauen Feindbilder auf. Gerade eben habe ich wieder gehört, Vattenfall wolle die Kunden auspressen. Was haben Sie denn für ein verkramptes Verhältnis zum Bemühen von Unternehmen, Gewinn zu machen? Voriges Jahr hatten wir die Autos, die sind bei Ihnen auch böse, und der Fleischverzehr ebenso. Solche simplen Parolen können doch nicht Basis von politischer Argumentation sein und schon gar nicht dann, wenn man ernst genommen werden will und das umsetzen will. So geht es nicht.

(Beifall bei der FDP)

Ihr Problem bei diesem Volksentscheid ist doch, dass Sie mit ähnlichen Parolen gerade eben eine Mehrheit zusammenpolemisiert haben, und nun stehen Sie vor der großen Frage, wie es umgesetzt werden soll. Ich bin der Letzte, der der Meinung ist, die SPD und der Senat hätten im Bereich Netze alles richtig gemacht. Die 25,1 Prozent sehe ich immer noch als einen Fehler. Aber jetzt anzukommen und den Senat unter Druck zu setzen, weil der Verhandlungspartner weiß, dass sie nun etwas machen und wirklich kaufen müssen, und dann zu beklagen, dass die Konditionen nicht perfekt seien, ist erstens unseriös und zeigt zweitens, dass Sie keine Ahnung vom normalen Wirtschaftsleben haben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Herr Kerstan, seien Sie jetzt einfach brav. Wenn der Fall eintreten sollte, dann können Sie noch einmal darüber nachdenken. Wer selbst zwei Monate lang eigentlich zufrieden ist und den Senat belobt für das, was er gemacht hat, nun aber nach längerer Zeit den Vertrag einmal sorgfältig gelesen hat und feststellt, da könnte vielleicht ein Problem enthalten sein – entschuldigen Sie, Herr Kerstan –, der macht sich einfach lächerlich. Vergessen Sie diese Debatte, lassen Sie den Senat arbeiten bei allen Mängeln, die er gemacht hat, und uns nicht auf Parolen vertrauen. Nächstes Mal lassen Sie die Parolen weg und machen eine sachgebotene Politik. Dann würden die Netze nicht für teures Geld gekauft werden müssen, was Sie verursacht haben. Beklagen Sie sich nicht über Fehler, die Sie selbst ausgelöst haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Herr Dr. Dressel das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu einzelnen Punkten will ich noch kurz etwas sagen. Frau Heyenn hat es vorhin erwähnt. In Artikel 50 Absatz 4a unserer Verfassung steht – ich schaue noch einmal nach, denn es ist immer gut, wenn man den Wortlaut unserer Verfassung im Kopf hat –:

(Finn-Ole Ritter FDP: Versteht! Oder auch versteht!)

"Ein Volksentscheid über eine andere Vorlage bindet Bürgerschaft und Senat."

Der Volksentscheid gilt, Punkt. Wir brauchen kein Ausführungsgesetz dafür, dass wir die Fernwärme rekommunalisieren, sondern er gilt kraft Verfassung unmittelbar jetzt, für die nächsten Senate und für die übernächsten – Punkt, aus, Ende.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Man muss daran nicht herumdeuteln.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin recht dankbar, dass der Kollege Kerstan sich ein paarmal gemeldet hat, um deutlich zu machen, um was es ihm eigentlich geht.

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Heyenn?

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Heyenn darf gern eine Zwischenfrage stellen.

Zwischenfrage von Dora Heyenn DIE LINKE:* Ich würde Ihnen gern glauben. Was mich stutzig macht, ist, dass im Vertrag steht, dass es eine Op-

(Dora Heyenn)

tion gibt, dass die angemeldet werden kann, diese Option aber nicht umgesetzt werden muss. Ich hätte gern gewusst, warum das im Vertrag steht, wenn alles so klar ist. Das könnte man doch streichen beziehungsweise ganz klar sagen, dass auf jeden Fall rekommunalisiert wird.

Dr. Andreas Dressel SPD (fortfahrend): Entscheidend ist, was man tut. Und entscheidend ist der politische Maßstab, an dem wir das messen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das hochrangigste, was wir in Hamburg nun einmal haben, ist unsere Verfassung. Der Senator hat ganz klar gesagt, dass der Senat fest entschlossen ist, die Option zu ziehen. Wir haben es als Regierungsfraktion gesagt, und die Verfassung hat es eindeutig festgeschrieben. Mehr Klarheit muss man nicht herstellen; das müsste Ihnen eigentlich auch reichen.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Dr. Dressel, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage von Herrn Wersich?

Dr. Andreas Dressel SPD: Eigentlich wollte ich auf den Kollegen Kerstan eingehen, aber gern auch Kollege Wersich. Bitte schön.

Zwischenfrage von Dietrich Wersich CDU: Mich interessiert einfach, Herr Kollege Dressel, seit wann Ihnen denn klar ist, dass dieser Volksentscheid so klar formuliert ist, dass sich alle Folgen, so wie Sie sie gerade genannt haben, zwangsläufig daraus ergeben. Zumindest bis zum Abstimmungstag des Volksentscheids habe ich Sie noch mit einer großen Karte gesehen, die besagte, wie unklar dieser Volksentscheid sei und wie unklar die Bestimmungen sind. Deshalb würde mich interessieren, wann Ihnen bewusst geworden ist, dass dieser Volksentscheid eine ganz klare Regel zur Umsetzung enthalten hat.

Dr. Andreas Dressel SPD (fortfahrend): Der Volksentscheid ist in der Tat an nicht allen Stellen klar formuliert, trotzdem bindet er uns auch an den unklaren Stellen.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE* – Zurufe von der CDU und den GRÜNEN)

Das ist, glaube ich, was CDU und FDP die ganzen Debatten über hier schon deutlich gemacht haben, dass sie meinen ...

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Dr. Dressel hat das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD (fortfahrend): CDU und FDP meinen, mit formalen Sachen diesen Volksentscheid erledigen zu können nach dem Motto, man bewirbt sich mal, und wenn man verliert, hat die Initiative Pech gehabt. Herr Scheuerl hat, obwohl er nicht mehr Mitglied der CDU-Fraktion ist, die Stimmungslage bei CDU und FDP relativ gut wiedergegeben. Man bewirbt sich, dann verliert man halt, und dann hat die Initiative Pech gehabt. Dieses Verständnis des Volksentscheids teilen wir als Sozialdemokraten nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch der Punkt, bei dem wir etwas verstimmt sind in Richtung der GRÜNEN. Wir teilen dieses Verständnis von CDU und FDP ausdrücklich nicht, man könne den Volksentscheid mit einer Bewerbung erledigen, dann habe man das Nötige getan, dann verliere man halt und dann laufe der Volksentscheid eben ins Leere. Gerade das wollen wir nicht, sondern wir bemühen uns Punkt für Punkt darum und werden das realisieren. Das muss funktionieren. Das Problem ist, dass die GRÜNEN am Ende immer in Schönheit sterben wollen. Sie machen tolle Konzepte, Hochglanzprojekte, die in der Umsetzung aber nicht klappen.

(Beifall bei der SPD und bei *Katja Suding FDP* und *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos – Jens Kerstan GRÜNE*: Genau wie bei der U-Bahn!)

– Auch bei der U-Bahn werden wir beweisen, dass wir das umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich war für die Hinweise des Kollegen Kerstan sehr dankbar, der sich vorgestellt hat, man könne die Fernwärme zum Schnäppchenpreis bekommen. Ich weiß zwar nicht genau wie, denn wenn man es zum Schnäppchenpreis hätte bekommen können, dann hätte man es Vattenfall nicht abkaufen müssen. Man hätte auf dieses Klageverfahren setzen müssen, was einen höchst unsicheren Ausgang haben könnte. Was hätten Sie denn gesagt, wenn wir nach fünf Jahren Prozessdauer vor Sie getreten wären und gesagt hätten: Wir haben beim Bundesgerichtshof leider Pech gehabt, leider greift die Endschaftsklausel nicht, wir bekommen keine Fernwärme. Dann möchte ich Sie mal sehen, wenn Sie sich dann hinstellen und sagen, das sei doof gelaufen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein gegenüber den 400 000 Leuten, die so abgestimmt haben.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend noch eines. Natürlich wollen wir ein Wärmekonzept vorlegen. Natürlich wollen wir auch für Wedel eine ordentliche Entscheidungsgrundlage vorlegen, aber wir werden es anders machen als Sie. Sie haben Moorburg vor der Wahl noch bekämpft, und dann haben Sie es realisiert. Wir

(Dr. Andreas Dressel)

treffen eine solide Entscheidung nach der Wahl. Das ist ehrlich und ein vernünftiger Weg, und deshalb werden wir das mit der Fernwärme auch schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Ich sehe zu diesem Punkt keine Wortmeldungen mehr. Uns verbleiben noch fünf Minuten Redezeit. Ich gehe davon aus, dass die anmeldenden Fraktionen die Punkte 2, 3, 4 und 5 morgen debattieren wollen.

– Das ist so. Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 54, Drucksache 20/11276, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Rechtslage anerkennen – Aufenthaltsrecht für "Lampedusa in Hamburg" erteilen.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Rechtslage anerkennen – Aufenthaltsrecht für "Lampedusa in Hamburg" erteilen – Drs 20/11276 –]

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Innenausschuss überweisen. – Frau Schneider hat das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren! Seit gut einem Jahr bewegt das Schicksal der Gruppe "Lampedusa in Hamburg" die Stadtgesellschaft. Seit einem Jahr leben die Flüchtlinge, die ihre Existenz in Libyen verloren haben, die eine Flucht vor dem Bürgerkrieg, die eine lebensgefährliche Flucht über das Mittelmeer und unsägliche Bedingungen in Italien hinter sich haben und die man aus Italien fortschickte, in Hamburg. Seit einem Jahr kämpfen sie für ihr Bleiberecht. Seit einem Jahr verweigert der Senat eine humanitäre Lösung und sogar das Nachdenken darüber. Es ist Zeit, mit den falschen Behauptungen und den vorgeschobenen, unredlichen Argumenten, hinter denen der Senat sich versteckt, aufzuräumen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Antje Möller GRÜNE* – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Frau Schneider hat das Wort und nur Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE (fortfahrend): – Schönen Dank, Herr Präsident.

Der Senat kann sich nicht darauf zurückziehen – wie er es getan hat –, dass Paragraph 23 Aufenthaltsgesetz nicht anwendbar sei, im Gegenteil. Der

Senat kann der Gruppe aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland Aufenthalt gewähren.

(*Olaf Ohlsen* CDU: Wie soll er das denn tun?)

Zu diesem eindeutigen Schluss kommt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags vom 13. März 2014. Es gibt keinen Rechtsanspruch, das ist richtig, aber es gibt die Möglichkeit einer Aufenthaltsgewährung aus den genannten Gründen. Das Tatbestandsmerkmal der humanitären Gründe betreffe Fälle, so das Gutachten, in denen zwar keine völkerrechtliche Verpflichtung bestehe, Deutschland aber aufgrund besonderer Umstände eine moralische Verpflichtung treffe. Bei der Definition der Wahrung politischer Interessen, so das Gutachten weiter, sei den obersten Landesbehörden ein weiter politischer Beurteilungsspielraum eingeräumt. Es gehe um eine politische Leitentscheidung der obersten Landesbehörde. Es ist also die Frage, ob humanitäre Gründe vorliegen, und dann ist es vor allem die Frage des politischen Willens. Will der Senat eine humanitäre Lösung finden oder will er es aus Gründen, die mit Humanität dann jedenfalls nichts mehr zu tun haben, nicht?

Sie, Herr Neumann, haben in der Innenausschusssitzung am 23. Oktober 2013 behauptet, die Gruppe "Lampedusa in Hamburg" beanspruche, dass für sie andere Rechte gelten sollten als für andere Flüchtlinge. Ähnlich äußerte sich der Bürgermeister vor Weihnachten gegenüber der "Hamburger Morgenpost". Immer wieder wird das behauptet, aber dadurch wird es nicht richtig.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Antje Möller GRÜNE*)

Die Gruppe fordert durch Anwendung des Rechts und durch Anwendung des Paragraphen 23 ein Aufenthaltsrecht aus humanitären Gründen – nicht gegen das Recht, nicht durch Sonderrecht, sondern durch Anwendung des Rechts. Paragraph 23 ist keine Ausnahme vom Recht, sondern Recht, das für alle gilt, für die die Tatbestandsmerkmale vorliegen. Der Paragraph 23 ermöglicht die Reaktion auf eine humanitäre Notlage einer Gruppe, das ist sein Sinn und Zweck. Es geht also nicht darum, dass die Gruppe "Lampedusa in Hamburg" eine Privilegierung gegenüber anderen Flüchtlingen fordert. Sie fordert vielmehr ein rechtstaatliches Verfahren nach gültiger Rechtslage, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Antje Möller GRÜNE*)

Wir sind gut beraten, den Vorgaben rechtsstaatlicher Grundsätze zu folgen. Im Rechtsstaat wird geprüft, ob gesetzliche Regelungen Anwendung finden können. Sie haben das nicht geprüft, oder

(Christiane Schneider)

Sie haben das vielleicht geprüft und dann schnell den Deckel zugeklappt, weil Ihnen das Ergebnis politisch nicht gepasst hat. Aber Gott sei Dank hat es der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags geprüft, sodass Sie sich nicht mehr herausreden können, sondern Farbe bekennen müssen, für oder gegen eine humanitäre Lösung.

Zur Frage, ob es sich bei der Gruppe der Lampedusa-Flüchtlinge um eine Gruppe im Sinne des Paragraphen 23 Aufenthaltsgesetz handelt, haben Sie sich, Herr Neumann, im Innenausschuss sehr schwurbelt geäußert. Tatsächlich hat Ihre Behörde – lesen Sie es einmal nach, Sie würden sich selbst nicht verstehen –,

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

die Gruppeneigenschaft doch selbst anerkannt, als sie nämlich Kriterien genannt hat, die diejenigen erfüllen müssen, die sich der Gruppe zurechnen und individuell bei der Behörde melden, damit sie unter die Sonderregelung fallen. Ich erinnere einmal: Flucht aus Libyen in der Zeit Februar bis Oktober 2011, also der Zeit des Bürgerkriegs, Aufenthalt in Italien bis mindestens Herbst 2012, italienische Papiere, Reise nach Hamburg bis Ende April 2013. Man kann möglicherweise darüber streiten, ob und inwiefern diese Kriterien die sinnvollsten und angebrachtesten sind. Aber sicher ist, dass eine klare Bestimmung der Gruppe möglich ist. Sie selbst, Herr Neumann, und Ihre Behörde arbeiten mit den Kriterien.

Gebieten humanitäre Gründe ein Aufenthaltsrecht? Das ist, wie das Gutachten feststellt – ich habe es zitiert –, eine politische Leitentscheidung. Alles spricht für eine politische Leitentscheidung zugunsten eines Aufenthaltsrechts. Ich habe eingangs an den Leidensweg der schwarzafrikanischen Flüchtlinge aus Libyen erinnert. Ich erinnere Sie daran, dass im April 2011 der UN-Flüchtlingskommissar Guterres die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten aufgerufen hat, Aufnahmeplätze für schwarzafrikanische Flüchtlinge aus Libyen zur Verfügung zu stellen. Ich erinnere auch an das Ergebnis. Anfang November, also am Ende des Bürgerkriegs, gab es Hunderttausende schwarzafrikanische Flüchtlinge. Schweden hatte 120 dieser Flüchtlinge aufgenommen, die Niederlande 40, Portugal 23, Deutschland keinen. In diesem Wettbewerb der Unterbietung der Humanität nahm Deutschland Platz 1 ein. Hamburg kann und Hamburg muss Wiedergutmachung leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Flüchtlinge, um die es geht, haben alles verloren. Sie haben die Existenz verloren, die sie in Libyen aufgebaut haben. Sie sind zwischen die Fronten des Bürgerkriegs geraten und vor der Bombardierung geflohen. Vielleicht wurden sie mit deutschen Waffen, mit den G36-Gewehren von Heckler & Koch, die bekanntermaßen nach Libyen

gelangt waren und auf beiden Seiten im Bürgerkrieg eingesetzt wurden, gewaltsam in Boote und aufs Meer gezwungen. Es ist ein Gebot der Humanität, diese Gruppe von rund 300 in Hamburg gestrandeten Bürgerkriegsflüchtlingen aufzunehmen, wie es der UN-Flüchtlingskommissar schon 2011 gefordert hatte.

Ein Wort noch zu den Papieren, zur Frage der Identität der Lampedusaflüchtlinge. Im Fall des Kontingents von 5000 syrischen Flüchtlingen, die aufzunehmen Deutschland sich bereiterklärt hatte, wurden auch erst die Kriterien festgelegt, und erst danach mussten sich die aufzunehmenden Personen registrieren lassen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: In Syrien!)

Genauso kann – ganz nach dem Motto: gleiches Recht für alle – das Verfahren in Bezug auf die "Lampedusa in Hamburg"-Gruppe laufen.

Die Auseinandersetzung um das Bleiberecht geht also nicht darum, warum Sie nicht tun, was Sie nicht tun können, sondern warum Sie nicht tun, was Sie tun können.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Auseinandersetzung geht schlicht darum: Wollen Sie für die Gruppe "Lampedusa in Hamburg" ein Aufenthaltsrecht ermöglichen, wie es erhebliche Teile der Stadt und nicht zuletzt sehr, sehr viele junge Menschen fordern? Ich war in etlichen Schulen, und auch Kollegen der SPD waren in Schulen, Sie haben das alle mitbekommen. Oder wollen Sie diese Flüchtlinge hinaus schaffen? Das ist Ihre Entscheidung.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Dr. Schäfer hat das Wort.

Dr. Martin Schäfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schneider, Sie haben gerade einen Vergleich angestellt zu dem Kontingent von Syrien-Flüchtlingen, das in der Bundesrepublik aufgenommen werden soll. Genau daran wird deutlich, wo der Unterschied liegt.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Da haben Sie aber das Gutachten nicht gelesen! – Gegenruf von *Ksenija Bekeris SPD:* Ach, Frau Schneider, nun hören Sie doch auf!)

Das Kontingent der Syrien-Flüchtlinge wird definiert. Es werden diejenigen Syrerinnen und Syrer ausgewählt, die diesen Kriterien entsprechen, und dann werden sie hier aufgenommen, selbstverständlich unter Bekanntgabe ihrer Identitäten. Ihre Pässe werden vorgelegt und sie nehmen an einem ganz regulären Verfahren teil. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat genau beschrie-

(Dr. Martin Schäfer)

ben, wie das stattfinden kann, und zwar unabhängig von irgendeiner besonderen Gruppe. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat mit keinem einzigen Wort Bezug genommen auf die Gruppe "Lampedusa in Hamburg".

(Beifall bei der SPD)

Er hat völlig neutral beschrieben, wie ein solches Aufnahmeverfahren vonstatten gehen könnte. Dabei ist entscheidend – und das haben Sie die ganze Zeit vergessen zu erwähnen –, dass ein solches Verfahren nach Paragraph 23 ausschließlich und ohne jede Ausnahme nur im Einvernehmen mit dem Bund geschehen kann.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das kann ich Ihnen auch gerne anders sagen!)

Die politische Leitentscheidung der Länder ist eine Sache, es geht aber nur im Einvernehmen mit dem Bund. Dieses Einvernehmen wurde vonseiten der Bundesregierung für diesen Fall der Gruppe "Lampedusa in Hamburg" bereits abgelehnt.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Der Senat wollte das!)

Sie fordern außerdem ein rechtsstaatliches Verfahren ein. Genau dieses rechtsstaatliche Verfahren findet so statt,

(Beifall bei der SPD)

wie es für alle anderen circa 300 Flüchtlinge stattfindet, die Monat für Monat in Hamburg ankommen.

(Dr. Eva Gümbel GRÜNE: Das wissen wir!)

Für alle diese Flüchtlinge gilt ein ganz bestimmtes Verfahren, das selbstverständlich für alle gilt und nicht für irgendwelche Ausnahmen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir lehnen es ab, an dieser Stelle Ausnahmen zu machen, die sich beim besten Willen nicht begründen lassen gegenüber Familien mit Kindern, denen es dort, wo sie herkommen, auch nicht gut geht – um es vorsichtig auszudrücken – oder generell gegenüber allen Flüchtlingen, die Monat für Monat hier ankommen und sich selbstverständlich unserem Verfahren unterziehen. Es gibt keinen moralischen Grund, genau diese Flüchtlinge aus Libyen – ich weiß nicht, wie viele es sind, die Zahl 300 vagabundiert immer wieder durch die Stadt, mag sein, kann auch nicht sein –, diese 300 Männer aus Afrika vorzuziehen und für sie eine Sonderregelung zu schaffen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das ist doch keine Sonderregelung, der Paragraph 23!)

Genau das rechtsstaatliche Verfahren, das für alle gilt, gilt auch für diese Männer, und es wird durchgeführt. Es wird so durchgeführt, dass niemand

ausgewiesen wird, bevor nicht alles bis zum Ende geklärt ist. Solange bleiben sie hier, und wenn sie sich melden, bekommen sie alle Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz, medizinische Versorgung, sofern nötig, und so weiter. Alle Leistungen, die es in diesem Land für jeden Flüchtling gibt, bekommen sie gleichermaßen. Wir werden daran nichts ändern.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Voet van Vormizeele hat das Wort.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In vielen Punkten will ich an das anknüpfen, was Herr Dr. Schäfer gesagt hat. Diese Debatte ist eine der Debatten, bei denen man verleitet ist, auf die vielen Redebeiträge der Vergangenheit zu verweisen, insbesondere dann, wenn kein neues Argument vorgetragen wird. Alles das, was eben gesagt wurde, ist bereits seit vielen Monaten auf dem Tisch, und es ist auch vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestags kein Argument gekommen, das wirklich neu ist.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Neu sind immer wieder mal die Behauptungen der Kollegen in diesem Hause. Ich muss ganz offen sagen, Frau Schneider, ich wundere mich über einen Satz wie den, dass Hamburg Wiedergutmachung leisten müsse. Offensichtlich haben wir eine sehr unterschiedliche Wahrnehmung über das, was in dieser Stadt stattfindet. Ich sage Ihnen offen als gewählter Abgeordneter dieser Stadt, dass ich, wie viele andere Kollegen in diesem Hause auch, stolz bin auf das, was die Hamburger zurzeit in dieser Stadt leisten. Wir nehmen in Deutschland und in Hamburg eine unglaublich große Menge an Flüchtlingen auf, viel mehr als andere europäische Staaten es im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl tun. Wir mögen vieles tun müssen, aber wir haben ganz bestimmt nicht die moralische Pflicht irgendjemandem gegenüber, eine Wiedergutmachung zu leisten. Hamburg ist zurzeit vorbildlich.

(Beifall bei der CDU, der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP* und *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Sie führen immer wieder das Beispiel der Syrien-Flüchtlinge an. Das ist ein Beispiel, das nicht einmal ansatzweise passt; Herr Dr. Schäfer hat schon auf das Verfahren hingewiesen. Es kommt kein Flüchtling aus Syrien mit einem entsprechenden Visum in dieses Land, der nicht vorher in Syrien dafür eingeteilt worden ist, und zwar auf Basis dieses 5000er-Kontingents. Das wird vorher geprüft, das ist der entscheidende Unterschied. Ich bleibe dabei, auch nach all den Debatten, die wir schon

(Kai Voet van Vormizeele)

geführt haben: Es gibt kein Gruppenmerkmal, das wir diesen Menschen aus Lampedusa zubilligen können. Das ist nicht dieselbe politische Gruppe. Deswegen passt der Vergleich nicht, nicht einmal ansatzweise.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ich will einen Gedanken fortspinnen, den Herr Dr. Schäfer aufgeworfen hat. Wir reden hier immer wieder über Gerechtigkeit, auch über Gerechtigkeit im Verfahren. Ich gebe Herrn Dr. Schäfer ausdrücklich recht: Es kommen Menschen zu uns, die in ihren Herkunftsländern derzeit so bedroht sind, dass nicht der Hauch einer Chance besteht, dorthin sicher zurückkehren zu können. Gleichzeitig reden wir über eine Gruppe, sofern wir sie so nennen wollen, die aus Menschen besteht, die – wir haben in den Schriftlichen Kleinen Anfragen, die wir gelegentlich zu dem Thema stellen, auch einmal die Herkunftsländer erfragt – zur Hälfte aus Ghana kommen. Das ist ein absolut sicheres Herkunftsland. Es gibt keinen Grund, nach Ghana nicht wieder zurückgehen zu können. Und dann so zu tun, als könnten wir diese Menschen mit Menschen gleichstellen, die aus Afghanistan kommen, aus Tschetschenien oder anderen Ländern, finde ich schlichtweg nicht anständig.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Wir bleiben dabei: Die 23er-Lösung ist für diese Männer keine Lösung, weil sie eben nicht eine Gruppe in diesem Sinne bilden. Diese Menschen haben, wie ich finde, weiterhin die Verpflichtung, sich dem Senat gegenüber zu offenbaren.

Und dem Senat sage ich deutlich: Man kann das Problem nicht durch Stillhalten lösen. Wir haben Angebote gemacht; die Mehrheitsfraktion hat das sehr großzügig formuliert. Sie haben den geltenden Rechtsrahmen sehr großzügig ausgelegt, aber jetzt muss auch irgendwann einmal das Bekenntnis kommen, dass die Rechtslage in Deutschland klar ist und dass diejenigen, die sich bisher nicht offenbart haben, genauso nach unserer geltenden Rechtslage behandelt werden wie alle anderen auch, und dass es keine Extrawürste mehr gibt. Dieser Verantwortung muss sich der Senat stellen.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Möller hat das Wort.

Antje Möller GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, man muss das Thema Extrawurst und unpassende Vergleiche – Stichwort Gruppenlösung, die es für Tschetschenen und Afghanen noch nie gegeben hat – einmal beiseite lassen und sich auf den Kern der Fragestellung konzentrieren. Ich glaube, man muss über diese Gruppe von Flüchtlingen, die als Arbeitsmigranten in Libyen gelebt haben, deren Ziel ur-

sprünglich nicht Europa gewesen ist, die vertrieben worden sind, in Italien aufgenommen wurden, inzwischen in Hamburg angekommen sind und ein gemeinsames Fluchtschicksal von über drei Jahren teilen, immer wieder im Detail reden.

Neu an der Debatte ist im Übrigen, Herr van Vormizeele, dass wir jetzt zum x-ten Mal eine rechtliche Würdigung bekommen haben, die sehr deutlich sagt, dass Paragraph 23 Absatz 1 sehr wohl durch eine Landesregierung angewandt werden kann. Damit haben wir noch einmal bestätigt bekommen, dass es schlicht eine politische Entscheidung gewesen ist, diesen Paragraphen nicht anzuwenden, und nicht eine, die durch das Recht gegeben war.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Es geht bei dieser Entscheidung nicht um die humanitäre Situation der Flüchtlinge, die eine ungewöhnliche Flucht hinter sich haben und einen kaum vergleichbaren Fluchtweg. Sie haben auch einen kaum vergleichbaren Fluchtgrund wie zum Beispiel Tschetschenen, Afghanen oder syrische Flüchtlinge. Sie haben aber natürlich trotzdem das Recht auf die Paragraphen, die wir in unserem Ausländergesetz für solche Gruppen vorgesehen haben, zumindest das Recht darauf, dass eine angemessene und ernsthafte Überprüfung der Anwendung des Paragraphen 23 Absatz 1 stattfindet.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Und das hat nicht stattgefunden. Soweit ich weiß, ist in der Antwort des Bundesministeriums lediglich darauf hingewiesen worden, dass es am Bundesland – also an Hamburg – läge, eine Gruppenlösung zu entwickeln. Es geht tatsächlich um das Entwickeln, denn man braucht Kriterien, um die Gruppe zu definieren. Wie viele Personen im Endeffekt dazu gehört hätten, weiß niemand; Frau Schneider hat das im Detail schon ausgeführt. Erst dann wäre das Bundesinnenministerium dran. In dem Gesetz – und das kann man nachlesen – steht nicht, dass die oberste Landesbehörde erst einmal beim Bund nachzufragen hat, ob das vielleicht gehen würde, sondern es ist genau andersherum. Die oberste Landesbehörde kann entscheiden und dann geht es an den Bund. Dieser Weg wurde hier schlicht und einfach nicht gewollt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Der Verweis darauf, dass jetzt ungefähr 80 Personen im Verfahren sind, ist immer wieder interessant, weil selbstverständlich mit dieser intensiven und gleichzeitig ernsthaften Befassung der Anwendung des Paragraphen 23 Absatz 1 ein nahezu identisches Verfahren, nämlich die Überprüfung der einzelnen Kriterien und dann auch selbstverständlich die Überprüfung der Identitäten, in Gang gesetzt worden wäre. Wo eigentlich war die große

(Antje Möller)

politische Gefahr, kann man sich fragen, wenn man nicht so ein bisschen Einblick in die flüchtlingspolitischen Ideen der SPD hat, nicht nur in Hamburg, sondern auch bundesweit.

Natürlich wäre es ein Signal gewesen. Es wäre ein Signal gewesen, das von Hamburg ausgegangen wäre, dass man sich nämlich, anders als sonst – in einer Situation, in der Flüchtlinge sich selbst politisch artikulieren und selbst sagen, wir sind jetzt da, wir brauchen Unterstützung und wir haben eine Vorstellung davon, wie das gehen soll –, auf diese Argumentation überhaupt einlässt. Das wäre das politische Signal gewesen. Ich finde, es wäre ein gutes Signal gewesen. Ich glaube, es ist vonseiten der SPD vor allem gefürchtet gewesen.

Aber wie geht es nun weiter? Das ist die große Frage. Wir wissen, rechtlich könnte Paragraph 23 Absatz 1 immer noch angewandt werden. Es läge an der Behörde, mit den Flüchtlingen ins Gespräch zu kommen. Mir gefällt an dem Antrag, dass die LINKEN deutlich sagen, die Bürgerschaft möge beschließen.

Anders nämlich als der Senat haben sich auch viele Bürgerschaftsabgeordnete der SPD mit den Flüchtlingen zusammengesetzt. Ich appelliere noch einmal an Ihre Erinnerungen, auch an die Gespräche, die wir geführt haben, dass Sie sich vielleicht doch noch einmal die rechtlichen Möglichkeiten, die dieser Paragraph 23 Absatz 1 bietet, durch den Kopf gehen lassen und den Sprung wagen. Denn was wir jetzt haben, ist eine schier unerträgliche Situation für die Flüchtlinge. Sie leben in dieser Stadt, unterstützt von privaten Initiativen, auf 30 oder 35 Standorte verteilt, ohne jede Perspektive auf einen Aufenthalt in Hamburg, ohne jede Perspektive auf ein politisches Signal. Ich finde, das ist kaum zu verantworten.

Das gilt auch für die Bundespolitik, die sich längst mit diesem Phänomen, das es inzwischen in allen Bundesländern gibt, beschäftigen müsste, weil Flüchtlinge, die sich aufgrund der Dublin-II-Regelung und der Aufnahme an den Außengrenzen Europas längst im Schengen-Raum bewegen, in allen europäischen Ländern eine Aufenthaltsperspektive suchen, auch aus humanitären Gründen, da sie sonst wegen der Lücken, die das europäische Asylrecht an dieser Stelle hat, schlicht und einfach von einem Land zum anderen gejagt werden.

So kann es nicht weitergehen. Wir brauchen eine Lösung, auch für die Flüchtlinge, die im Moment nicht im Verfahren sind. Die Gruppenlösung, die Akzeptanz der Flüchtlinge als eine Gruppe wäre hier ein guter Weg, und ich bedaure sehr, dass wir auch im Ausschuss keine weitere Debatte dazu führen werden. Ich glaube nämlich, Herr van Vormizee, dass es noch sehr viel mehr Neues und vor allen Dingen sehr viel mehr Details ob der rechtlichen Möglichkeiten dazu gäbe.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Kaesbach hat das Wort.

Martina Kaesbach FDP:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Möller, wir sehen das anders. Nach unserer Auffassung gibt es gerade nichts Neues durch das vorliegende Gutachten und auch nichts durch die Beantwortung der Anfrage des Bundestagsabgeordneten van Aken von der Links-Fraktion. Sie, liebe Links-Fraktion, verschleiern in Ihrem Antrag die Fakten. Sie verzerren bewusst die Aussagen des Gutachtens und die Antwort des Bundesinnenministeriums auf die eben genannte Anfrage Ihres Bundestagsabgeordneten Jan van Aken; das muss ich an dieser Stelle feststellen.

Nun erst einmal zum Gutachten. Das von Ihrer Bundestagsfraktion in Auftrag gegebene Gutachten gibt keine neuen juristischen Erkenntnisse her. Unsere Fraktionsgeschäftsstelle hat sich an den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags gewandt und das von Ihnen so sehr ins Rampenlicht gerückte – übrigens nicht öffentlich zugängliche – Gutachten angefordert.

Erstens: Der Wissenschaftliche Dienst weist auf Seite 2 explizit darauf hin, dass dieses Gutachten nicht die Auffassung des Deutschen Bundestags, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wiedergibt.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das ist immer so!)

– Das mag immer so sein, aber trotzdem möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen. In Ihrem Antrag klingt es schon etwas anders.

(Beifall bei Dietrich Wersich CDU – Christiane Schneider DIE LINKE: Ich habe nichts anderes behauptet!)

Vielmehr liegt die Ausarbeitung in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und der Verfasser sowie der Fachbereichsleitung des Wissenschaftlichen Dienstes.

Zweitens: Das Gutachten beschäftigt sich ausschließlich und völlig abstrakt mit Rechtsgrundlagen zur Erteilung eines Aufenthaltstitels im Sinne der Paragraphen 23, 25 und 55 Asylverfahrensgesetz; Herr Dr. Schäfer wies schon darauf hin. Die rechtliche und vor allen Dingen die politische Interpretation liefern Sie. In keinem Satz sagt das Gutachten aus, dass der Paragraph 23 auf die Gruppe der Lampedusa-Flüchtlinge angewandt werden könne. Was das Gutachten bestätigt, ist die reine Tatsache, dass die oberste Landesbehörde die Befugnis hat, für bestimmte Gruppen von Ausländern eine Aufenthaltserlaubnis anzuordnen.

(Martina Kaesbach)

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Das hat sie bestritten!)

– Hören Sie bitte gut zu.

(Beifall bei der FDP – *Christiane Schneider DIE LINKE*: Mehr wollen wir ja gar nicht!)

Die Anordnung wiederum bedarf des Einvernehmens mit dem Bundesinnenministerium. In Ihrem Antrag hört sich diese Feststellung etwas anders an. Sie schreiben – ich zitiere –:

"Das Gutachten bestätigt auch die lange bekannte Tatsache, dass die rechtlichen Spielräume des Senats gemäß Paragraph 23 [...] Aufenthaltsgesetz 'im Einvernehmen' mit dem Bundesinnenministerium genutzt werden müssen."

Dieses "Müssen" kann man so verstehen, dass das Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium zwingend hergestellt werden muss, wenn der Senat eine solche Anordnung treffen will. Das ist auch korrekt. Diesen Satz kann man aber auch im Kontext Ihres Antrags so verstehen, dass das Gutachten besage, dass der Senat im Fall der Lampedusa-Flüchtlinge die Anordnung nach Paragraph 23 treffen müsse. Und das ist nicht der Fall.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Da haben Sie aber nicht zugehört!)

Das Gutachten gibt keine Interpretationen für eine Anwendung der genannten rechtlichen Grundlage auf die Lampedusa-Flüchtlinge her.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der SPD und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Das ist auch logisch, denn es obliegt einzig dem Berliner oder dem Hamburger Senat, eine solche Entscheidung zu treffen. Und das ist a) vor allem eine politische Entscheidung, b) aber auch eine juristische.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Das hat er aber bestritten!)

Meine Fraktion hat immer die Auffassung vertreten, dass der Paragraph 23 nicht auf die libyschen Flüchtlinge anwendbar ist.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Aber jetzt wissen Sie es viel besser!)

Das eine wurde schon benannt, dass nämlich die Lampedusa-Gruppe offensichtlich keine homogene Gruppe ist. Ob es nun 300 sind, wie einige der libyschen Flüchtlinge behaupten, oder doch viel weniger, es ist nicht bekannt, wer alles dazu gehört, und auch nicht, ob alle gemeinsam aus Italien angereist sind. Zum anderen würde eine solche Anwendung die EU-Regelung Dublin II, inzwischen schon Dublin III, aushebeln. Dazu sage ich später noch mehr.

Nun zur Schriftlichen Kleinen Anfrage des linken Bundestagsabgeordneten Jan van Aken. Sie hat nicht zum Gegenstand gehabt, dass das Bundesinnenministerium eine Gruppenlösung nach Paragraph 23 Aufenthaltsgesetz befürwortet. Laut Antwort der Bundesregierung hat sich der Bundesminister des Inneren lediglich dafür ausgesprochen, die aufenthaltsrechtliche Situation der Personengruppe zu überprüfen, und, sofern die erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, gegebenenfalls sogar aufenthaltsbeendende Maßnahmen einzuleiten. Es wurde erklärt, dass die letzte Entscheidung über den Umgang mit den Flüchtlingen bei den betroffenen Ländern lag und liegt. Die Zuständigkeit für die Erteilung von Aufenthaltstiteln liegt bei den Bundesländern, das ist nichts Neues.

(Beifall bei *Katja Suding FDP*)

Aus dem Gutachten und der Antwort des Bundesinnenministeriums abzuleiten, dass ein Aufenthaltsrecht nach Paragraph 23 für die Lampedusa-Gruppe machbar ist, so wie Sie es in Ihrem Antrag glauben machen wollen, und Sie, Frau Schneider, es in Ihrer Pressemitteilung vom 25. März vermitteln wollen, ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Sie schreiben in Ihrer Pressemitteilung – ich zitiere –:

"Das heißt also ganz klar, dass Flüchtlingsgruppen ein Aufenthaltsstatus erteilt werden kann."

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Ja, kann!)

– Das ist so auch richtig.

Weiter schreiben Sie:

"Der Senat hat das immer geleugnet und behauptet, juristisch sei ein Aufenthaltsrecht nach § 23 Aufenthaltsgesetz nicht machbar. Nun ist es amtlich: Das stimmt nicht. Scholz muss sich jetzt endlich den Fakten stellen."

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Ja, genau!)

In Ihrem Antrag schreiben Sie, nun sei es amtlich mit Brief und Siegel, juristisch sei die Gewährung eines Aufenthaltsrechts für die Gruppe "Lampedusa in Hamburg" möglich.

Es ist ein bisschen laut hier.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Ich habe den Hinweis verstanden. Es ist in der Tat etwas zu laut. Frau Kaesbach hat jetzt allein das Wort.

Martina Kaesbach FDP (fortfahrend): – Vielen Dank.

Sie vermengen hier jedoch allgemeine Aussagen zu Voraussetzungen und Bedingungen für die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen mit der Anordnung nach Paragraph 23 für die Lampedusa-Gruppe. Sie legen die Drucksachen so aus, wie es Ihnen gerade passt, und führen die Öffentlichkeit damit an der Nase herum. Aber vor allem schüren Sie bei den Flüchtlingen auf fahrlässige Weise Hoffnungen, die nicht zu erfüllen sind. Das ist nicht nur ein politisch schlechter Stil, sondern Sie betreiben damit auch auf fahrlässige Weise Stimmungsmache, wie wir es vorhin hier gesehen haben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD – *Olaf Ohlsen* CDU: Skandal!)

Aber das Verdrehen der Tatsachen nimmt noch kein Ende, denn die 104 Anwältinnen und Anwälte, die DIE LINKE in ihrem Antrag anführt, haben im November vergangenen Jahres nicht die geforderte Rechtsauffassung bestätigt, wie von Ihnen behauptet. Es handelt sich nämlich bei der Erklärung der 104 Anwältinnen und Anwälte eher um ein politisches Pamphlet als eine juristische Expertise. So heißt es im Schreiben der Anwältinnen und Anwälte, sie forderten den Senat auf, hierfür das vom Gesetzgeber zur Verfügung gestellte Instrument des Paragraphen 23 Aufenthaltsgesetz zu nutzen. Dies sei der einzige Weg, um den Betroffenen Gewissheit über ihr aufenthaltsrechtliches Schicksal zu verschaffen und klarzumachen, ob ein politischer Wille bestehe, die humanitäre Notlage zu beenden. Das ist eine rein politische Erklärung und keine juristische.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Hätten die Anwältinnen und Anwälte eine juristische Expertise angefertigt, also eine Prüfung des Paragraphen 23 Aufenthaltsgesetz vorgenommen, dann wäre nämlich ein Aspekt zum Tragen gekommen, den ich ausführen möchte.

Sollte der Paragraph 23 Aufenthaltsgesetz nämlich auf die Lampedusa-Gruppe angewendet werden, sich also auf eine Gruppenlösung geeinigt werden, dann hätte das auch Auswirkungen auf europäischer Ebene. Damit würde man die Dublin-II- beziehungsweise die Dublin-III-Verordnung, die zwischen den Mitgliedsstaaten gilt, außer Kraft setzen, Verordnungen, die unter anderem besagen, dass derjenige EU-Mitgliedsstaat für die Asylbewerber zuständig ist und bleibt, bei dem zuerst ein Asylantrag gestellt wurde. Das ist übrigens eine Verordnung, der sich auch durch Vertrag die Nicht-EU-Staaten Norwegen, Island und die Schweiz angeschlossen haben. Will man wirklich auf diese Weise der Dublin-Verordnung und den anderen Staaten den Rücken kehren? Sollte man nicht vielmehr das ganze System mit einem europäischen

Verteilerschlüssel reformieren, wie wir, die FDP-Fraktion, es vorgeschlagen haben, dem übrigens unser Erster Bürgermeister Olaf Scholz auf einmal auch nicht mehr so kritisch gegenübersteht? Er fordert ihn mittlerweile sogar selbst, wie wir auf der Veranstaltung im Thalia Theater hören konnten.

Anlässlich dieser politischen Wende des Ersten Bürgermeisters haben wir jetzt unseren Antrag erneut eingebracht. Die SPD-Fraktion kann sich nun nicht mehr hinter vorgeschobenen Argumenten verstecken. Sie muss sich nach der Erklärung ihres Bürgermeisters für die Einführung eines europäischen Verteilerschlüssels aussprechen. Alles andere wäre jetzt unglaublich.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP wird sich weiter für eine Reformierung des europäischen Verteilersystems auf Europaebene einsetzen, weil wir uns als FDP zu Europa bekennen und auch auf europäischer Ebene für ein gerechtes Asylsystem kämpfen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat das Wort Herr Senator Neumann.

(*Norbert Hackbusch* DIE LINKE: Na, nun sind wir ja mal gespannt!)

Senator Michael Neumann: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die in Rede stehende Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags vom 13. März 2014 enthält eine wertfreie Darstellung der rechtlichen Möglichkeiten der Erteilung eines Aufenthaltstitels – ich zitiere – "aus humanitären Gründen" nach dem Aufenthaltsgesetz. Dies gilt insbesondere auch für die Möglichkeit der Anordnung eines Gruppenbleiberechts durch die obersten Landesbehörden nach Paragraph 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz. Das Papier enthält auch den zutreffenden Hinweis, dass die Anordnung zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit nach Paragraph 23 Absatz 1 Satz 3 Aufenthaltsgesetz des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Inneren bedarf.

Auf aus meiner Sicht irreführende Art und Weise suggeriert DIE LINKE unter Hinweis auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Schriftliche Kleine Anfrage, dass das Bundesinnenministerium einem Einvernehmen mit einem gruppenbezogenen Bleiberecht aufgeschlossen gegenüberstehe. Dieses ist ausdrücklich unzutreffend. In ihrer Antwort stellt die Bundesregierung vielmehr ausdrücklich Folgendes klar – ich zitiere aus der Bundestagsdrucksache die Antwort auf Frage 10 –:

"Aus Sicht der Bundesregierung besteht keine Veranlassung, den Betroffenen, die be-

(Senator Michael Neumann)

reits in Italien Schutz gefunden haben, einen humanitären Aufenthalt [...] zu gewähren."

– Zitatende.

Unter Berufung auf Berichte des Auswärtigen Amtes und des UNHCR sowie auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vertritt die Bundesregierung ausdrücklich die Auffassung – ich zitiere erneut –:

"[...] dass in Italien grundsätzlich ein angemessener Umgang mit Flüchtlingen gewährleistet ist."

und

"[...] dass in Italien keine systemischen Mängel im Sinne der Rechtsprechung des EuGH vorliegen."

– Zitatende.

Das ist die Antwort auf die Fragen 1 und 11.

Soweit es mir und auch Ihnen bekannt ist, besteht diese Auffassung des Bundesministeriums des Inneren auch nach der zurückliegenden Bundestagswahl fort. So heißt es beispielsweise in einem aktuellen Antwortschreiben des BMI, bezogen auf ein Gruppenbleiberecht nach der entsprechenden Anordnungsbefugnis des Bundes gemäß Paragraf 23 Absatz 2 – ich zitiere wieder –:

"Im Fall der von Ihnen genannten Flüchtlinge liegen die Voraussetzungen des Paragraphen 23 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz nicht vor, da es politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich geradezu entgegensteht, Personen, deren Flüchtlingsstatus durch einen anderen EU-Staat anerkannt wurde, einen Aufenthalt aus humanitären, völkerrechtlichen oder politischen Gründen zu gewähren."

– Zitatende.

Soweit die Bundesregierung.

Die Befugnis der obersten Landesbehörden nach Paragraf 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz, ein gruppenbezogenes Bleiberecht anzuordnen, ist insbesondere für Fallkonstellationen gedacht, bei denen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Inneren und den übrigen Ländern pauschal eine gruppenbezogene, dringende Schutzbedürftigkeit unterstellt werden kann. Das wäre beispielsweise aktuell im Fall der syrischen Flüchtlinge der Fall.

(Gerhard Lein SPD: Genau, so ist es!)

Es ist ausdrücklich kein Instrument der obersten Landesbehörden, Individualentscheidungen des für die Durchführung der Asylverfahren einschließlich der Verfahren nach der sogenannten Dublin-Verordnung zuständigen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu umgehen oder gar zu unterlaufen. Und die ständige Forderung, eine politische

Lösung zu finden, ist genau so eine Forderung, sich nämlich nicht an Recht und Gesetz zu halten, sondern mit dem Mäntelchen des politischen Lösungsansatzes Recht und Gesetz zu brechen.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im vergangenen Jahr in mehreren Entscheidungen bestätigt, dass in Italien grundsätzlich ein angemessener Umgang mit Flüchtlingen gewährleistet ist und dass einer Rücküberstellung nach Italien keine menschenrechtlichen Bedenken entgegenstehen. Dies entspricht im Übrigen auch der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Hamburg. Auch ein Bericht des UNHCR bestätigt, dass die staatlichen Aufnahmeeinrichtungen in Italien insgesamt in der Lage sind, dem Aufnahmebedarf nachzukommen. Anders als im Falle Griechenland gibt es gegenüber Italien eben keine Empfehlung des UNHCR, von Rückstellungen dorthin generell abzusehen.

Ich habe mehrfach auf diesem Podium gesagt, auch einmal unter dem Vorwurf Frau Fegebanks, ich würde mich als Innensenator hinter Recht und Gesetz verstecken, dass ich es nicht nur für rechtlich geboten halte, das Verhalten der Bundesregierung wie auch das Verhalten in Hamburg als richtig zu empfinden, sondern ausdrücklich sage, dass ich es auch politisch für richtig halte.

(Beifall bei der SPD)

Ein pauschales Bleiberecht zugunsten der sogenannten "Lampedusa in Hamburg" ohne hinreichende Erkennbarkeit einer konkreten Schutzbedürftigkeit, allein aufgrund der von Betroffenen als unzureichend empfundenen Lebensbedingungen in Italien und ohne hinreichende Erkennbarkeit einer konkreten Schutzbedürftigkeit aufgrund der Lebensumstände in ihren afrikanischen Herkunftsländern – und zu Ghana hat Herr van Vormizeele alles völlig richtig gesagt – ist aus fachlicher Sicht, aber auch aus politischer Sicht nicht verantwortbar. Es wäre dann auch gegenüber anderen Flüchtlingen nicht vermittelbar, weshalb diese auf den im europäischen und deutschen Recht grundsätzlich vorgeschriebenen Weg einer individuellen Prüfung der Schutzbedürftigkeit verwiesen werden. Auch der Umstand eines Aufenthalts in Italien als gruppenbleiberechtsbegründendes Merkmal kann aus meiner Sicht nicht akzeptiert werden, ohne aus Gleichbehandlungsgründen dann allen Flüchtlingen mit Voraufenthalt in Italien ein Bleiberecht in Hamburg zubilligen zu müssen.

Unabhängig von einem pauschalen, gruppenbezogenen Bleiberecht bleibt es bei den rechtlichen Möglichkeiten einer individuellen – und ich betone: individuellen – aufenthaltsrechtlichen Perspektive nach den EU-rechtlichen und bundesgesetzlichen Vorgaben. Ob diese Voraussetzungen jedoch erfüllt sind, muss individuell in jedem Einzelfall ge-

(Senator Michael Neumann)

prüft werden, denn Aufenthaltsrechte von Ausländern sowie staatliche Leistungen beruhen auf bundesgesetzlichen Vorgaben, die an bestimmte Voraussetzungen geknüpft sind, nicht zuletzt an die Klärung der Identität.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Frau Möller, wenn Sie sagen, Sie wollten eine politische Lösung, dann wirken Sie mit dem Senat gemeinsam darauf hin, denn es gibt eine sehr einfache Lösung. Die Menschen müssen zum Einwohner-Zentralamt gehen, sie müssen ihre Identität angeben und ihre Fluchtgeschichte schildern, und dann gibt es einen klar strukturierten, im Übrigen auch sozial und finanziell abgesicherten Status in Hamburg und eine rechtliche Prüfung, ob es eine Zukunftsperspektive in Hamburg gibt. Das ist aber die Voraussetzung, um dieses individuelle Recht nutzbar zu machen. Und wenn wir gemeinsam, Frau Möller, vielleicht auch DIE LINKE, daran arbeiten, die Menschen nicht zu motivieren, auf Dinge zu hoffen, die sie nicht erreichen werden, sondern sich auf den Weg, den unser Rechtsstaat vorgesehen hat, einzulassen, dann werden wir für viel mehr Menschen als die, die wir bisher erreicht haben, eine gute Lösung finden. Aber von der Offenbarung der Identität und den Schilderungen der Fluchtgründe kann und wird dieser Senat nicht abgehen.

(Beifall bei der SPD)

Schlussendlich gestatten Sie mir noch den Hinweis, dass natürlich in unserem Rechtsstaat gegen jede Entscheidung der Behörden, sei es des Bundesamtes, des Einwohner-Zentralamtes oder einer Ausländerbehörde, der Rechtsweg zu unabhängigen Gerichten geöffnet ist, um die entsprechende Rechtmäßigkeit der behördlichen Entscheidungen überprüfen zu lassen. Auch dort bitte ich um Mithilfe und nicht um das Erzeugen falscher Hoffnungen. Wir leben Gott sei Dank in einem Rechtsstaat, in dem es jedem offensteht, seine Rechte zu verteidigen. Aber dazu gehört es eben, seinen Namen zu sagen und die Gründe für seine Flucht offenzulegen, aber nicht pauschal ein Aufenthaltsrecht zu fordern. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Senator. – Das Wort hat Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Ich finde es echt interessant, dass mehrere Rednerinnen und Redner gesagt haben, es gäbe nichts Neues. Doch, es gibt etwas Neues, und das richte ich ausdrücklich an die SPD-Fraktion. Es wurde gesagt, es gehe mit dem Paragraphen 23 nicht. Sie haben das vielleicht geglaubt. Der Senat, denke ich, wus-

ste es besser. Das Neue ist – und das liegt jetzt mit dem wissenschaftlichen Gutachten vor, das natürlich nicht besagt, dass es angewandt werden muss –,

(Arno Münster SPD: Es gibt kein Gutachten!
– Martina Kaesbach FDP: Aber nicht auf die Sekunde!)

dass das wissenschaftliche Gutachten sagt, es könne angewandt werden und es sei eine Frage der politischen Leitentscheidung. Sagen Sie doch einfach, dass Sie nicht wollen, dass die Flüchtlinge hier bleiben. Dann ist wenigstens klar, um was Sie sich streiten. Sie können sich aber nicht ständig wieder etwas vormachen und sagen, man könne darüber reden, wenn es ginge, es ginge jedoch nicht. Sie müssen es wollen, dann geht es, und es ist rechtlich möglich. Und nichts anderes besagt das Gutachten.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Es ist natürlich eine Frage, ob die Tatbestandsmerkmale vorliegen, das ist beim Recht immer so, das kann geprüft werden. Ich wiederhole es noch einmal, damit Sie sich nicht herausreden können: Dann besteht die Frage nur darin, ob Sie wollen, dass es zu einer Lösung kommt, oder ob Sie sagen, das ginge Ihnen ganz woanders vorbei. Darüber streiten wir und das ist das Neue. Stellen Sie sich dieser Auseinandersetzung, Herr Schäfer. Herr Neumann hat dankenswerterweise gesagt, er wolle es gar nicht, aber Sie haben es nicht gesagt. Die Bürgerschaft muss jedoch heute entscheiden, ob sie es will oder ob sie es nicht will.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Herr Abaci, Sie haben in einer Plenardebatte gesagt,

(Sylvia Wowretzko SPD: Herr Abaci!)

Hamburg könne es nicht, und solange diese Gesetze gelten, habe Hamburg diese Gesetze auch anzuwenden. Sie müssen sich der Frage stellen, warum Sie nicht wollen, dass der Paragraph 23 angewandt wird beziehungsweise geprüft wird, ob er angewandt werden kann. Es ist bisher durch die SPD-Fraktion bestritten worden, dass es überhaupt geprüft werden kann. Sie müssen sich der Frage stellen.

Herr Schäfer, Sie haben jetzt wirklich etwas unterschlagen, und das finde ich nicht so schön. In dem Gutachten steht, dass die Vorschrift des Paragraphen 23 Aufenthaltsgesetz nicht nur für die Aufnahme aus dem Ausland gelte, sondern auch für Ausländer, die sich bereits in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Sie wollten damit wieder sagen, dass es nicht ginge, die Flüchtlinge seien nämlich schon hier, und das sei der Unterschied zu den syrischen Flüchtlingen. Sie sind hier, aber das wissenschaftliche Gutachten stellt fest, dass auch für Ausländer, die sich hier als Gruppe aufhalten,

(Christiane Schneider)

der Paragraf 23 angewandt werden kann. Stellen Sie sich deswegen der Auseinandersetzung, prüfen Sie Ihr Gewissen und fragen Sie sich, ob Sie wollen, dass eine humanitäre Lösung gefunden wird, oder ob Sie es nicht wollen. Darum geht es.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider. – Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator, ich will gern den Ball aufnehmen, mit dem Sie Unterstützung einfordern. Allerdings widersprechen Sie sich ständig selbst in der Argumentation, das ist auch bei Herrn Schäfer so. Das ist tatsächlich nicht neu, weil wir diesen Widerspruch schon seit vielen Monaten in der Debatte haben. Wenn Sie einerseits sagen, Italien sei ein Land, in dem es zumutbar sei zu leben und wo viele andere Flüchtlinge leben müssen und können und im Übrigen sei das Bundesamt zuständig, dann suggerieren Sie erstens, dass es erneut um eine Asylantragstellung geht, obwohl schon längst geklärt ist, dass das nie der Fall war und ist. Dann machen Sie die Einzelfallverfahren, auf die Sie eben hingewiesen und bei denen Sie gern Unterstützung hätten, schlichtweg zu einer leeren Hülle. Sie haben auch an anderer Stelle schon sehr viel deutlicher gesagt, dass Sie davon ausgehen, dass die Einzelfallverfahren aus den Gründen, die Sie noch einmal vorgetragen haben, abgelehnt werden. Sie sagen, dass die Gerichte dann über die Humanität entscheiden könnten, also über eine spezielle, besondere Situation, in der sich diese Gruppe von Flüchtlingen befindet, die aufgrund ihrer Fluchtgeschichte zustande gekommen ist.

(*Gabi Dobusch SPD:* Welche Geschichte? Ich kenne keine Geschichte!)

Und das ist etwas, was uns wirklich nicht weiterhilft. Man gibt nämlich den Menschen einen Impuls, der scheinbar positiv aussieht, indem sie einen Unterbringungsplatz haben und eventuell Anspruch auf öffentliche Mittel. Aber was sie brauchen, ist eine Perspektive. Nach drei Jahren Flucht, nach drei Jahren unstillen Lebens ohne zu wissen, wo man bleiben kann, brauchen diese Menschen endlich eine Perspektive, aber die geben Sie ihnen mit dem Impuls nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Möller. – Das Wort hat Herr Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will

es ganz kurz machen. Ich finde, heute haben wir das selten klarer herausgearbeitet als in vielen bisherigen Debatten, insbesondere auch die Unterschiede zwischen dem, was die Kollegen der GRÜNEN und LINKEN wollen und zwischen dem, was SPD und FDP und auch meine Fraktion deutlich machen. Es geht Ihnen nicht wirklich darum, eine Lösung zu finden für diese Gruppe, wie auch immer sie zusammengesetzt ist. Es geht Ihnen um eine Generaldebatte, nämlich darum, dass Sie das Individualasylrecht abschaffen und letztendlich ein Gruppenasylrecht haben wollen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das ist doch demagogisch!)

Ich sage Ihnen ganz offen, dass wir genau das nicht wollen. Wir halten es für eine große Errungenschaft unseres Grundgesetzes, dass wir dieses Individualasylrecht als Grundrecht verankert haben.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das Sie abgeschaltet haben!)

Das wollen wir erhalten. Sie sind dabei, diese Ihnen nicht genehme Individuallösung, bei der jeder Einzelne seine ganz persönliche Geschichte darstellen und seine persönlichen Fluchtgründe schildern muss, abzuschaffen. Sie wollen eine Gruppenlösung herbeiführen, bei der irgendeine politische Mehrheit sagt, welche Gruppe sie denn einmal haben wolle. Das ist genau das, was diese beiden Lager voneinander unterscheidet, und das haben Sie heute sehr, sehr deutlich gemacht.

(Beifall bei der CDU, der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr van Vormizeele.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor und wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer möchte die Drucksache 20/11276 an den Innenausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Damit kommen wir zur Abstimmung in der Sache.

Wer möchte den Antrag der LINKEN aus der Drucksache 20/11276 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe dann auf den Tagesordnungspunkt 42, Drucksache 20/11146, Antrag der SPD-Fraktion: Hamburgs Backsteinerbe bewahren.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Hamburgs Backsteinerbe bewahren!
– Drs 20/11146 –]**

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Hierzu liegen als Drucksachen 20/11449 und 20/11458 Anträge der Fraktionen der FDP und der CDU vor.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Förderung der energetischen Sanierung von
Gebäuden mit Backsteinfassade
– Drs 20/11449 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
In Sorge um Hamburg: Hamburgs Backsteinerbe
bewahren – Vorbild Hamburg
– Drs 20/11458 –]**

Alle drei Drucksachen möchte die CDU-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Backstein, insbesondere der rote, prägt durch seine Materialbeschaffenheit und seine Farbigkeit das Stadtbild von Hamburg.

(Wolfgang Rose SPD: Politisch!)

– Auch politisch, lieber Kollege Rose.

Er hat auch zu einer Identitätsbildung in den letzten Jahrzehnten beigetragen in der Freien und Hansestadt Hamburg, nach innen wie nach außen. Auch jüngste Umfragen einer großen Hamburger Tageszeitung belegen, dass sehr viele Hamburger sich mit dem Backstein identifizieren. Wir wollen, dass wir dieses Identifikationsmerkmal und dieses stadthistorische Erbe auch weiterhin erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Backstein und die Backsteinbauten stehen für zwei sehr wichtige Epochen in der Stadtgeschichte und in der Wohnungspolitik, zum einen für die Epoche nach dem Ersten Weltkrieg, zum anderen für die Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach dem Ersten Weltkrieg, im Rahmen des Reformwohnungsbaus, entstanden um die innere Stadt zum ersten Mal moderne Wohnquartiere auch für die Leute – das interessiert vielleicht auch die CDU –,

(Olaf Ohlsen CDU: Was denn, was denn!)

die nicht über ein großes Einkommen verfügten und bis dahin in sehr engen Quartieren in der inneren Stadt untergebracht waren. Diese Backsteinbauten haben es ermöglicht, dass auch Familien aus der Arbeiterschaft zum ersten Mal in gesunden Lebensverhältnissen existieren konnten. Das war ein riesiger Fortschritt.

(Beifall bei der SPD – Finn-Ole Ritter FDP: Das ist eine sozialdemokratische Geschichte! Herr Kienscherf, kommen Sie mal zum Thema!)

Dieser Fortschritt – ob das nun in Dulsberg ist, in der Jarrestadt, aber auch in Altona und Langenhorn – hat seine Qualität bis heute erhalten. Eigentlich merkt man erst heute, wenn man die Bewohnerinnen und Bewohner fragt, die sich noch immer in diesen Quartieren wohlfühlen, welche hohe Qualität schon damals der Wohnungsbau und die Stadtentwicklung in Hamburg hatten. Wir können mit großem Stolz auf die, die das damals ermöglicht haben, auf Personen wie Schumacher, Oelsner oder Ostermeyer blicken und stolz sein, dass diese Menschen in dieser Stadt gewirkt haben und dass dieses Erbe auch heute noch zu einer ganz besonderen Qualität im Wohnungsbau beiträgt. Dafür sollten wir diesen Leuten noch einmal danken.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich diese Bauten von Oelsner, Schumacher und Ostermeyer anschaut, dann sind viele dieser Bauten und Gebiete heute entweder unter Denkmalschutz oder unter Milieuschutz.

(Olaf Ohlsen CDU: Schumacher!)

– Herr Ohlsen, wenn es Sie nicht interessiert, es ist schließlich kein Hafenthema, dann gehen Sie doch einfach raus, aber lassen Sie uns darüber einmal reden.

Dass diese Bauten und Siedlungen heute unter Denkmalschutz stehen, ist, wenn man die Geschichte unserer Stadt kennt

(Andreas C. Wankum CDU: Kommen Sie doch mal zum Thema!)

– und das, was im Zweiten Weltkrieg nicht zerstört wurde, wurde dann später zerstört –, das Verdienst vieler Bürgerinnen und Bürger und vieler Stadtplaner, die dieses Erbe bewahren wollten. Es ist besonders auch das Verdienst der Gesellschaften von Schumacher und Oelsner. An dieser Stelle können wir noch einmal herzlichen Dank sagen, dass sie es waren, die es ermöglicht haben, dass es diese Bauten und Siedlungen heute noch gibt.

(Beifall bei der SPD)

Aber gleichzeitig müssen wir auch anerkennen, dass es nicht nur diese Bauten waren. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass es eine Untersuchung und eine Studie der BSU aus dem Jahre 2010 gibt, die sehr deutlich macht, dass es über diese Bauten und Siedlungen hinaus, die unter Schutz stehen, eine ganze Reihe von Siedlungen und Backsteinbauten gibt, die prägend für diese Stadt sind, die aber ohne Schutz vor Veränderungen sind.

(Andreas C. Wankum CDU: Wieso denn?)

Sie haben insbesondere seit der Änderung der Hamburgischen Bauordnung im Jahre 2006 keinerlei Schutz mehr vor Veränderungen. Wir wissen alle, wozu das geführt hat, nämlich im Zusammenhang mit den Klimaschutz-Diskussionen, die natür-

(Dirk Kienscherf)

lich richtig und wichtig waren. Wir alle müssen dafür sorgen, dass wir weniger Energie verbrauchen und dass die Themen Wärmedämmung und Energieeffizienz auf der Tagesordnung stehen. Gleichwohl müssen wir erkennen, dass sich diese Stadt verändert, und zwar insbesondere in den Backsteinquartieren. Das Rot weicht so langsam und bildet nicht mehr diesen geschlossenen Ring um die innere Stadt herum. An vielen Stellen wird roter Backstein durch Quietschgelb überdeckt, Frau Suding, oder Giftgrün, Herr Kerstan.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Rot!)

– Zu Rot ist mir jetzt nichts weiter eingefallen, Kollegin Sudmann, und zu Schwarz auch nicht.

Wir haben eine Vielfalt in dieser Stadt, die mit der ursprünglichen Wirkung nichts mehr zu tun hat. Dies führt an vielen Stellen dazu, dass das, was man eigentlich früher an Gestalterischem in diesen Quartieren untergebracht hat und an bewusster Architektur, langsam verschwindet. Und das Schlimme ist, es verschwindet zufällig. Ich glaube, diese Zufälligkeit können wir nicht mehr akzeptieren.

(Beifall bei der SPD – Finn-Ole Ritter FDP: Jetzt kommt der Punkt!)

Deswegen ist es richtig, dass zum einen dieser Senat – die Vorgänger-Senate haben damit langsam angefangen – Fördermittel bereitgestellt hat im Zusammenhang mit dem Denkmalschutz. Es geht hier darum, diese Fassaden zu erhalten. Es war natürlich auch richtig, dass wir durch das neue Denkmalschutzgesetz, das wir in dieser Legislaturperiode beschlossen haben, viele Bauten zusätzlich unter Denkmalschutz gestellt haben.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hamann?

Dirk Kienscherf SPD: Wenn er nachher nicht reingeht, dann darf er jetzt fragen.

Zwischenfrage von Jörg Hamann CDU:* – So sind sie, die Sozialdemokraten, aber den Gefallen werde ich Ihnen so leicht nicht tun.

Sie argumentieren gegen gelben Backstein. Wollen Sie mit Ihrem Vorschlag gelben Backstein oder andere Farben als roten Backstein verbieten lassen, oder wie ist die Argumentation zu verstehen?

Dirk Kienscherf SPD (fortfahrend): Der gelbe Backstein ist nicht quietschgelb, lieber Kollege. Von daher wollen wir auch den gelben Backstein natürlich schützen, weil er gerade für den Bereich Altona eine große Bedeutung hat, aber das wissen Sie natürlich selbst.

Es geht darum, dass wir auf der einen Seite Gelder bereitstellen, um Backsteinfassaden zu schützen. Das ist richtig und wichtig. Auf der anderen Seite sind wir auch im Bündnis für Wohnen dabei, für das Thema Backsteinquartiere und Backstein eine größere Sensibilität zu schaffen. Das ist auch richtig. Richtig ist aber ebenso, dass nach wie vor der Trend ungebrochen ist, Straße für Straße diese Stadt umzugestalten, ohne dass es Eingriffsmöglichkeiten seitens der Bezirke gibt. Deswegen müssen wir jetzt – unterhalb des Themas Denkmalschutz – eingreifen, weil wir es den Bürgerinnen und Bürgern und den Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Viertel schuldig sind, uns endlich darum zu kümmern und die Handlungsfähigkeit des Staats zurückzugewinnen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen wollen wir den Senat auffordern, gemeinsam mit den Bezirken und auch gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft auf der Grundlage der Untersuchung von 2010 die Gebiete zu identifizieren – es geht nicht um alle Gebiete –, von denen wir alle gemeinsam glauben, dass sie es wert sind, sich darum zu kümmern und dass, auch wenn wir einzelne Fassaden oder Häuser nicht erhalten können, wir zumindest dafür sorgen, dass das Stadtbild weiterhin gestaltet werden kann. Ähnlich wie beim weißen Hamburg wollen wir, dass das rote Hamburg in das nächste Jahrhundert überführt wird. Das ist unser Ansinnen und ich glaube, das ist ein guter Plan.

(Beifall bei der SPD)

Dies kann durch die Gestaltungs- und Erhaltungsverordnung erfolgen. Natürlich freut es die Wohnungswirtschaft nicht ungemein, wenn wir diesen Weg gehen wollen. Wir können nicht auf der einen Seite sagen, wir kennen den Wunsch der Bevölkerung und glauben, dass es eine gewisse Qualität gibt, die es zu erhalten gilt, auf der anderen Seite aber diesen Schritt nicht tun. Was wir bisher erreicht haben, ist zu wenig. Deshalb müssen wir diesen Schritt tun, und darüber hinaus – das sieht unser Antrag auch vor – wollen wir in einem zweiten Schritt nachschauen, ob wir nicht das eine oder andere Gebäude vergessen haben, als wir das Denkmalschutzgesetz beschlossen haben, ob es nicht in Horn, Hamm, aber auch in Bahrenfeld, Langenhorn oder Barmbek noch wirklich schützenswerte Gebäude gibt, die wir durch den Denkmalschutz schützen müssen und wo wir alle gemeinsam Regelungen treffen müssen, damit sie nicht verschwinden. Hierfür stellen wir öffentliches Geld bereit. Es geht auch darum, private Investoren davon zu überzeugen, diese Gebäude zu erhalten. Das ist ein zweiter und wichtiger Schritt zum Erhalt des Backsteinerbes. Ich glaube, das sollten wir in großer Einigkeit tun.

(Beifall bei der SPD)

(Dirk Kienscherf)

Ich will noch kurz etwas zu den beiden Zusatzanträgen sagen. Beim FDP-Antrag geht es um das Thema Innen- und Außendämmung und die Frage, ob es eine Bevorteilung oder Benachteiligung der Innendämmung gibt. Das sollten wir im Ausschuss beraten, und wir werden es dementsprechend überweisen.

Zum CDU-Antrag: Herr Wankum, es ist ein bisschen schwierig, wenn man keine eigene Position hat.

(Andreas C. Wankum CDU: Das wird sich gleich ändern! Hören Sie mir zu, dann werden Sie mir zustimmen!)

– Die ist nicht richtig erkennbar.

Wenn man eine schwierige Vergangenheit hat, gerade auch beim Thema Wohnungsbau und Städtebau, dann fällt es einem natürlich relativ leicht, reflexartig mit Anträgen der Regierungsfraktion umzugehen. Dann steckt man ein Stück Beschimpfung hinein, das tun Sie doch, und sagt, was alles schlecht gelaufen ist. Gleichzeitig kommt man dann zu einem Petitum nach dem Motto, die Freie und Hansestadt möchte sich stärker dafür einsetzen. Richtig kommt eigentlich gar nichts dabei heraus. Die Privaten lassen Sie völlig außen vor. Das hat natürlich nichts damit zu tun, was wir wollen, wenn wir sagen, wir müssen wirklich etwas verändern.

(Andreas C. Wankum CDU: Was wollen Sie denn? Was hat das mit dem Thema zu tun?)

Herr Wankum, im Gegensatz zu Ihnen geht es uns nicht darum, genau danach Ausschau zu halten, was in der Vergangenheit alles falsch gelaufen ist. Warum hat Schwarz-Grün dies nicht gemacht oder warum hat Schwarz-Grün jenes nicht gemacht? Wir alle tun gut daran, in die Zukunft zu blicken und gemeinsam dafür zu sorgen, das Backsteinerbe oder zumindest das Stadtbild zu erhalten.

(Andreas C. Wankum CDU: Da gebe ich Ihnen recht!)

Dazu dient unser Antrag. Das würde auch dazu führen, dass solche Dinge, die uns selbst stören, wie zum Beispiel die Vorfälle am Elisabethgehölz, zukünftig nicht mehr passieren. Das muss man ehrlich sagen, denn dieses Gebäude war auch nicht unter Denkmalschutz gestellt. Hätte es eine Gestaltungs- oder Erhaltungsverordnung gegeben, hätten wir natürlich eine ganz andere Rechtsposition gehabt, und wir hätten völlig anders fungieren können.

Fazit: Aus unserer Sicht ist das ein Antrag, der einen Neuanfang in der Politik zum Thema Backstein bedeutet, der aber natürlich nicht dazu beitragen wird, dass wir alle Probleme sofort lösen werden. Aber es ist ein Neuanfang und setzt alle Beteiligten unter Zugzwang. Ich will schließen, vielleicht auch ein wenig vor dem Hintergrund der Be-

zirksversammlungenwahlen: Hamburgs Quartiere sollten rot bleiben, daran sollten wir arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Kienscherf. – Herr Wankum hat das Wort.

Andreas C. Wankum CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zuerst einmal will ich etwas Gemeinsames hervorheben. Auch wir wollen das rote Hamburg ins nächste Jahrhundert retten, aber nur, was den roten Backsteinbau anbelangt, um das gleich einmal klarzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sprechen ein wichtiges Thema an, und die Lebendigkeit bei uns Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten zeigt doch, dass es eigentlich richtiger wäre, Ihren Antrag sowie den Antrag der FDP an den zuständigen Ausschuss überweisen zu lassen und hier nicht einfach durchzuwinken.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Da hat er recht!)

Das beantragen wir, und wir bitten Sie, sich einen Ruck zu geben und dem zuzustimmen.

Ich will dem nicht widersprechen, was Sie zum Thema Reformarchitektur und so weiter gesagt haben und wie wichtig es war, den Leuten menschenwürdigen Wohnraum zu geben. Das lag aber nicht nur an den roten Backsteinen. Wir haben in Deutschland bis 1917/1918 qualitativ gebaut, dann erst wieder Ende der Zwanzigerjahre bis Ende der Dreißigerjahre. Egal, welches Material für die Fassaden verwendet wurde, haben wir von 1939 an – zuerst aus Mangelgründen und dann, weil man mit den völlig falschen Materialien gearbeitet hat – bis in die Siebzigerjahre hinein nicht nur, was Architektur anbelangt, sondern vor allen Dingen, was die Qualität betrifft, unter der heute noch Menschen in diesen Häusern leiden, sehr schlecht gebaut. Da ist es kein Selbstzweck, irgendwelche schlecht erhaltenen Häuser aus den Fünfzigerjahren, nur, weil sie Rotklinkerfassaden haben, unbedingt erhalten zu wollen. Wir müssen auch niemanden schützen, der im Erdgeschoss die Klogeräusche seines Nachbarn im dritten Geschoss hört.

(Beifall bei der CDU)

Es gab in der Nähe keine Steinbrüche, und Rotklinker ist ein norddeutsches Material. Es ist ein Material, das charakteristisch ist, nicht nur, aber insbesondere für Hamburg, und nicht nur in den Zwanzigerjahren und danach, sondern bereits davor. Dieses Bild gibt es nicht nur in den von Ihnen genannten Stadtteilen, sondern es ist stadtprägend für Hamburg und soll erhalten bleiben. Dort, wo

(Andreas C. Wankum)

man abreißt, kann man aber durch eine Gestaltungssatzung dieses Bild auch erhalten und wiederherstellen.

Das Thema Dämmung und wie wir damit umgehen – die FDP hat es richtigerweise angesprochen und bringt diesen Antrag ein – ist zu diskutieren. Diesem Dämmungswahn, der bisher teilweise stattfindet, ist schnellstens ein Ende zu setzen.

Im Übrigen ist der Erhalt von Rotklinkern oder der Neubau in Rotklinkerbauweise auch wirtschaftlich sinnvoll, weil die Menschen ein Haus, das mit Rotklinkern gebaut worden ist, als wertiger ansehen und darin lieber wohnen.

Sie sehen also, wir liegen gar nicht so weit auseinander, aber es ist ein Thema, wie ich anfangs schon sagte, welches zu wichtig ist, um es durchzuwinken. Es ist zu wichtig für einen reinen Show-Antrag, und ich habe geahnt, was Sie meinen, aber richtig verstanden habe ich das weder, indem ich mehrfach Ihren Antrag gelesen habe, noch, indem ich Ihnen zugehört habe.

Wenn wir beispielsweise Häuser wie die Ezzo-Hochhäuser abreißen, nur weil sie gelb sind,

(Gabi Dobusch SPD: Weil sie wackeln!)

so müssen wir das auch beim Rotklinkerbau machen können, wenn die Qualität schlecht ist. Dafür müssen wir Regeln schaffen, da gebe ich Ihnen recht, bessere Regeln, als wir sie jetzt haben, und Regeln, die für alle gelten. Es kann nicht sein, dass diese Regeln nur für Private gelten, während gleichzeitig die Stadt selbst dafür sorgt, dass Rotklinkergebäude wie zum Beispiel die Peute einfach abgerissen werden. Das macht doch keinen Sinn.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte Sie also, den Antrag zu überweisen, und bedanke mich ansonsten für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Wankum. – Das Wort hat Herr Duge.

Olaf Duge GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, ich freue mich, dass Sie ausdrücklich auch das Elisabethgehölz in diesem Zusammenhang mit erwähnt haben. Aber leider droht nicht nur diesem Haus der Abriss, sondern auch anderen Gebäuden. Dazu gehören natürlich auch die Klinkergebäude, Konsumgenossenschaftsgebäude; die Peute wurde bereits angeführt. Aber wir haben eine ganze Reihe von Gebäuden, denen in Zukunft der Abriss droht, und ich fürchte, bei der Bausubstanz, die wir in Hamburg haben, droht Hamburg über kurz oder lang eine erhebliche Abrisswelle, wenn wir nicht etwas unternehmen.

Leider weisen diese Wohngebäude aus der Vor- und Nachkriegszeit eine Reihe von Baumängeln auf und sind zum Teil auch relativ schlecht isoliert. Dieser letzte Aspekt gewinnt natürlich im Rahmen der steigenden Energiepreise, auch für die Mieter, eine erhöhte Bedeutung. Man muss sich vor Augen halten, dass wir in den Städten darüber entscheiden werden – denn hier wohnt und lebt die größere Menge der Menschen –, ob ein Stopp des Klimawandels gelingen wird oder nicht.

(Zuruf von Andreas C. Wankum CDU)

Diese Verantwortung tragen wir, und deshalb ist es wichtig, dass wir nicht nur Klimaschutzziele verkünden, sondern auch Handlungen vornehmen, die dazu führen, dass der Klimawandel gestoppt wird. Ordnungspolitische Maßnahmen, wie sie die SPD jetzt vorschlägt, beispielsweise Erhaltungsverordnungen, sind ein Schritt dazu. Doch ich meine, das reicht nicht. Der Erhalt der Backsteinbauten ist eine mittel- und langfristige Aufgabe, und entsprechend müssen auch die Maßnahmen dafür sein. Ordnungspolitische Maßnahmen können auf Dauer nicht dazu führen, dass die Gebäude ständig erhalten werden, denn es ist letztlich auch eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Wir wissen, dass es selbst im Denkmalschutz die Möglichkeit gibt, etwas nicht mehr zu erhalten, wenn es wirtschaftlich nicht mehr erhaltbar darstellbar ist. Deswegen müssen wir hier entsprechend vorbeugen.

Es gilt meiner Meinung nach, weitere Maßnahmen ins Auge zu fassen. Dazu gehört, dass wir zusammen mit Forschungseinrichtungen, beispielsweise Universitäten wie der HCU, bau- und sanierungsbegleitend zu Kooperationen kommen und innovative Programme für energetische Sanierung im Denkmalschutz, aber auch darüber hinaus entwickeln, um zu sehen, wie wir das vor allem in den Erhaltungsgebieten, die definiert werden sollen, machen können.

Es gibt aber auch schon positive Beispiele, das sollten wir nicht vergessen. Ich erinnere beispielsweise an Bergedorf-Süd. Hier gab es 2009/2010 ein integriertes Stadtentwicklungsprogramm, aufgelegt von der schwarz-grünen Regierung unter der Beteiligung der Eigentümer, Bewohner und politischer Vertreter. Es ist ein integratives Entwicklungsprojekt, das eine Reihe von Maßnahmen benennt, insbesondere im energetischen Bereich. Es geht hier Schritt für Schritt voran, und wer sich das anschaut, der wird sehen, dass da schon eine ganze Menge passiert ist. Die Einrichtung energetischer Sanierungsgebiete wäre eine weitere Möglichkeit. Wir hatten schon einmal die Gartenstadt Berne vorgeschlagen. Das ist leider von der SPD abgelehnt worden.

In diesem Bereich könnte der Antrag noch sehr viel konkreter werden, und es könnten auch schon bestimmte Hinweise auf Maßnahmen und Wege aufgezeigt werden. Stattdessen wird diese Fragestel-

(Olaf Duge)

lung an den Senat delegiert. Ich muss ganz ehrlich sagen, was die Umweltpolitik betrifft, habe ich nicht besonders viel Zutrauen zu dem, was der Senat bisher zustande gebracht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein paar Worte zu den beiden Zusatzanträgen sagen. Beim FDP-Antrag halten wir den ersten Punkt für besonders beratungsbedürftig. Deswegen wollen wir ihn genauso, wie wir das auch mit dem SPD-Antrag gern hätten, überweisen. Es ist schon erstaunlich, dass die FDP, die sich immer vehement gegen Subventionierung einsetzt, an dieser Stelle eine zusätzliche Subventionierung befürwortet.

Ich glaube, Sie sollten sich da ein bisschen über das Fachliche informieren. Es geht um die Innendämmung, und die Innendämmung ist häufig weniger effektiv als die Außendämmung, besonders bei den Gebäuden der Vor- und Nachkriegszeit. Das hängt damit zusammen, dass diese Backsteinbauten, meistens jedenfalls, Betondecken haben, die Wärmebrücken darstellen. Und wenn Sie Innendämmung machen, dann bekommen Sie diese Wärmebrücken nicht in den Griff. Das heißt, Sie setzen Steuergelder ein, ohne entsprechende Wirkungsgrade zu erzielen, die es rechtfertigen, hier zusätzliche Mittel aufzuwenden.

(Gabi Dobusch SPD: Der Denkmalschutz rechtfertigt das!)

Ich möchte noch einmal auf einen Aspekt hinweisen, der letztlich die Bundesebene, also SPD und CDU, betrifft. Wir brauchen keine nur an den Kosten orientierte Modernisierungsumlage, die ineffektiv saniert, sondern eine Modernisierungsumlage, die auch den entsprechenden Nutzen durch Einsparung, zum Beispiel bei den Heizkosten, erbringt. Deshalb sehen wir den Förderbedarf bei Innendämmung nicht in dem Maße, wie es für die Außendämmung vorgesehen ist. Darüber sollten wir beraten.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Sätze zum Antrag der CDU sagen. Ich gebe zu, liebe CDU, es ist schon ein Treppenwitz der Geschichte, dass gerade die SPD dem historischen Backstein-Ensemble der Konsumgenossenschaft auf der Peute den Garaus macht.

(Gabi Dobusch SPD: Nein, nicht den Garaus!)

Aber was Sie im Petikum stehen haben, ist ziemlich substanzlos. Jeder Kubikmeter der Esso-Häuser hat mehr politische Aussagekraft als der Text am Ende Ihres Antrags.

(Beifall bei den GRÜNEN – Andreas C. Wankum CDU: Darum überweisen!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Duge. – Das Wort hat Frau Suding.

Katja Suding FDP: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte hat bisher gezeigt, dass der Backstein als prägendes Fassadenmaterial überall im Hamburger Stadtbild für das kulturelle Erbe und auch für die Identität der Stadt eine sehr, sehr große Bedeutung hat. Die Backsteinstadt Hamburg hat sich über das Erscheinungsbild ihrer Gebäude und ihrer Ensembles bei vielen Besuchern, aber natürlich auch bei den Hamburgern selbst, in das Bewusstsein eingepägt. Und um die Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt zu bewahren, müssen die ortsbildprägenden und teilweise auch denkmalgeschützten Gebäude erhalten bleiben.

Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen – und in genau diese Richtung zielt der SPD-Antrag –, dass sich durch notwendige und großflächige Fassadendämmungen und Sanierungsmaßnahmen in den letzten Jahren das Hamburger Stadtbild verändert hat. Diese Entwicklung soll nach dem Willen der SPD-Fraktion durch eine Gestaltungs- oder Erhaltungsverordnung für die bekannten Backsteinquartiere gestoppt werden. Nicht nur einzelne Quartiere, sondern ganze Stadtteile sollen unter Schutz gestellt werden. Im Antrag ist von Hamm, Horn, Rothenburgsort, Barmbek und Bahrenfeld die Rede.

(Dirk Kienscherf SPD: Nur Teile davon, nur Teile!)

Allerdings stammt der Gebäudebestand dort zu großen Teilen aus den Sechziger-, Siebziger- oder Achtzigerjahren, und ein baukulturelles Erbe von internationalem Rang kann ich dort nicht wirklich erkennen.

(Dirk Kienscherf SPD: Ich führe Sie da mal durch! Es geht ja nur um Teile!)

Natürlich gibt es auch dort Bestände, die es zu schützen gilt und die nur mit ganz großer Sorgfalt unter Wahrung der Backsteinfassaden und der für die Bauzeit typischen Details saniert werden können und sollten. Aber es handelt sich eher um einzelne Gebäude und nicht um ganze Siedlungen. Eine Unterschutzstellung ganzer Quartiere ist unserer Auffassung nach deshalb auch nicht nötig.

(Beifall bei der FDP)

Qualität statt Quantität sollte doch hier das Motto sein. Zudem greifen Sie mit Ihrer geplanten Maßnahme erheblich in die Eigentumsrechte der Gebäudeeigentümer ein. Sie wissen doch, dass die FDP das nicht unterstützen kann.

(Beifall bei der FDP)

Wir dürfen bei der notwendigen Debatte über den Schutz von Backsteinfassaden nicht verkennen,

(Katja Suding)

dass viele der Gebäude, über die wir reden, energetisch gesehen tatsächlich in einem katastrophalen Zustand sind. Wenn diese Gebäude weiterhin auf dem Markt bestehen sollen, dann müssen sie eben auf absehbare Zeit saniert werden. Das kostet sehr viel Geld, und das wird sich nicht jeder leisten können. Zusätzliche Vorschriften und Regelungen für ganze Quartiere werden aber eher dazu führen, dass Eigentümer ihre Gebäude nicht sanieren und der Bestand zunehmend verfällt oder dass es zu weiteren Mietsteigerungen kommt. Leider kommt an dieser Stelle wieder einmal die Kurzsichtigkeit der SPD-Politik zum Vorschein.

(Beifall bei der FDP und bei *Andreas C. Wankum CDU – Jan Quast SPD*: Ach nee!)

Das Problem haben Sie erkannt, aber anstatt sich dem Problem mit dem notwendigen Fingerspitzengefühl zu widmen, wird ohne Rücksicht auf Verluste eine Pauschalantwort aus dem Hut gezaubert, die die ganze Breite der Thematik jedoch ignoriert.

(*Gabi Dobusch SPD*: Ich glaube, Sie haben da was ignoriert!)

Liebe SPD, lieber Herr Kienscherf, wenn Sie ganze Quartiere mit zusätzlichen Vorschriften und Auflagen unter Schutz stellen wollen, gegen die sich die Eigentümer dann gar nicht wehren können, dann müssen Sie auch sagen, wie Sie die Eigentümer dabei unterstützen wollen.

(*Gabi Dobusch SPD*: Sie wissen aber schon, was eine Erhaltungsverordnung ist!)

Im Antrag der SPD-Fraktion lesen wir dazu jedoch nichts. Stattdessen lassen Sie die Gebäudeeigentümer einfach so im Regen stehen.

Die bestehenden Förderprogramme werden mit dieser Unterstützung aber überfordert. Es ist illusorisch zu glauben, dass die eingeplanten Mittel ausreichen werden für den vorhersehbaren Anstieg an Anträgen zur Förderung einer backsteingerechten, energetischen Sanierung, beispielsweise durch Innendämmung. Dessen sollte sich die SPD auch bewusst sein.

Meine Damen und Herren! Da wir aber die Sorge, die dem SPD-Antrag zugrunde liegt, durchaus teilen, legen wir Ihnen heute einen Zusatzantrag vor. Wir meinen, dass es notwendig ist, das Förderprogramm Wärmeschutz im Gebäudebestand umzustellen. Um den Charakter von Backsteinfassaden bei der energetischen Sanierung zu erhalten, ist insbesondere die Innendämmung dazu geeignet, einen tragbaren Kompromiss zwischen dem Wärmeschutz und Wohnkomfort auf der einen Seite und der Erhaltung des Erscheinungsbildes auf der anderen Seite zu erzielen. Herr Duge, Sie sollten sich fachlich vielleicht noch einmal informieren, wie das funktioniert.

(Beifall bei der FDP)

Die Innendämmung wird aber nur mit 3 Euro pro Quadratmeter gefördert, während die Außendämmung, durch die der Backsteincharakter jedoch zerstört wird, mit 12 Euro gefördert wird. Wir fordern daher, die Zuschüsse für Innen- und Außendämmung anzugleichen, und zwar auf 12 Euro pro Quadratmeter. Außerdem ist zu prüfen, ob die vorhandenen Förderprogramme für das Vorhaben der SPD, ganze Quartiere unter eine Gestaltungs- oder Erhaltungsverordnung zu stellen, überhaupt ausreichen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Nicht ganze Quartiere!)

Wenn nicht, dann muss zwischen anderen Förderprogrammen umgeschichtet werden.

Es ist gut, dass unser Zusatzantrag überwiesen wird. Ich bin gespannt auf die Beratungen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Suding. – Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann DIE LINKE: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Fünfte in der Debatte werde ich jetzt nicht alle Punkte wiederholen. Ich werde auch nicht das machen, was Herr Kienscherf gemacht hat, denn er hat inhaltlich viele Sachen gesagt, die sehr in Ordnung sind. Man könnte auch sagen, eigentlich war die Rede ohne auffällige Befunde verglichen mit dem, wie die Diskussion in den letzten Jahren gelaufen ist.

Das Einzige, was neu ist und was auch DIE LINKE begrüßt, ist, dass Sie jetzt überlegen, eine bauliche Erhaltungsverordnung zu erstellen.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Das ist eine gute Angelegenheit. Aber Sie haben komplett ausgespart, wie es denn finanziell werden soll, wie die Grundeigentümer/-innen dann auch Möglichkeiten erhalten, eine Unterstützung zu bekommen. Da fehlt also noch einiges.

Aber Sie haben das Thema wirklich gut aufgearbeitet, denn Sie haben Ihre eigene Verpackung, Ihre Außendämmung, sehr vehement betrieben. Sie haben sich lange gesonnt in dem Ruhm von Schumacher, Oelsner und Ostermeyer. Damit haben Sie alles abgedeckt, was mit dem Thema heute nicht mehr ganz so viel zu tun hat. Aber es klang gut, und Sie haben viel Applaus von Ihrer Fraktion bekommen; das sei Ihnen gegönnt.

(Beifall bei *Dr. Andreas Dressel* und *Frank Schmitt, beide SPD*)

Allerdings sind Sie nachher doch etwas sehr pathetisch geworden.

(Heike Sudmann)

(Gabi Dobusch SPD: Bei dem Thema!)

Dass wir die Handlungsfähigkeit des Staates zurückgewinnen über den roten Backstein, das hat schon wirklich etwas. Das ist eine Leistung, da kann man Herrn Kienscherf noch einmal beklatschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vielleicht findet es Aufklärung in dem Antrag, denn mich wundert, dass die Fraktion diesen Antrag stellt. Eigentlich hätte ich in dem Fall von der BSU eine Vorlage erwartet, zumal Herr Kienscherf auch gesagt hat, dass die BSU an dem Thema dran ist. Aber wir können dem Antrag entnehmen, dass schon im Herbst 2014 die ersten Berichte kommen sollen. Also können wir sicher sein, dass die BSU das schon relativ fertiggestellt hat. Es macht sich natürlich im Wahlkampf viel besser, wenn die SPD einen Antrag stellt.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Die treibt der Senat vor sich her!)

– Sie treibt im Wahlkampf vor sich her.

Wenn man sich die Pressemitteilung anschaut, die eben verschickt wurde, dann ist dort eine sehr hübsche Überschrift, die ich als Linke natürlich sehr begrüße, nämlich "Hamburg muss rot bleiben". Damit sind natürlich der Backstein und das Tiefrot gemeint, aber tiefrot ist nur DIE LINKE. Und ihr Schwach-Rosa wird sich hoffentlich nicht so lange halten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Sudmann. – Das Wort hat Herr Hamann.

Jörg Hamann CDU:* Vielen Dank, Herr Präsident. Schon um Herrn Kienscherf den Gefallen zu tun und den Wunsch einer kurzen Ansprache aufzunehmen, mache ich ein paar kurze Anmerkungen. Zunächst einmal sollte es sowohl Ihnen als auch Ihrer Fraktion zu denken geben, dass Sie das größte und uneingeschränkteste Lob natürlich von der LINKEN bekommen haben.

(Dirk Kienscherf SPD: Wir waren immer nach links offen!)

Ob Sie sich daher mit Ihrem Antrag im richtigen Gefilde bewegen, wage ich schon deswegen deutlich zu bezweifeln.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dann steht nach wie vor die Frage im Raum, ob das eigentlich ein ernst gemeinter Antrag ist oder ob es ein reiner Show-Antrag ist. Wenn es ein ernst gemeinter Antrag wäre, würden wir ihn im Ausschuss diskutieren, aber das lehnen Sie bisher ab. Wir haben die verschiedenen Probleme und

Fragestellungen über die Fraktionsgrenzen hinweg gehört, die sich jetzt ergeben. Was machen wir mit den Fünfzigerjahre-Bauten? Wie gehen wir mit den Mietern um? Wie gehen wir mit den Eigentümern um? Städtebauliche Erhaltungssatzung, was bedeutet das eigentlich? Welche Folgen hat das? Wirkt sie überhaupt? Dann gibt es das große Problem der energetischen Sanierung und wie wir damit umgehen. Ist Ihr Thema überhaupt noch aktuell? Wenn Sie bei der Immobilienwirtschaft fragen: Haben wir heute überhaupt noch das Problem, dass die geklinkerten Fassaden gedämmt und mit weißem Styropor verschandelt werden?

(Dirk Kienscherf SPD: Ja! Kommen Sie mal mit nach Hamm!)

– Nein, das haben wir nicht mehr, die Immobilienwirtschaft geht längst andere Wege, das müsste Ihnen doch selbst die BSU gesagt haben.

Wir versuchen längst nicht nur, Innendämmung zu machen, sondern Energieerzeugung plus Häuser-sanierung. Es gibt alternative Lösungsmöglichkeiten. Das, was wir vor einigen Jahren einmal gesehen haben, die Fassaden einfach dicht zu machen, das macht doch heute im Grunde niemand mehr ernsthaft. Sie sagen, die Immobilienwirtschaft sage nein, aber all diese Dinge könnten wir doch einmal diskutieren, das wollen Sie jedoch nicht. Sie haben sich für Ihren Antrag irgendein Presseorgan gesucht und sich einmal abfeiern lassen. Jetzt wollen Sie den Antrag hier durchwinken lassen.

(Dirk Kienscherf SPD: Das können Sie nicht ernst meinen!)

Es mag sein, dass Sie das unter Politik verstehen, aber ernsthaft ist das nicht. Erst recht nicht bringen Sie damit die Probleme der Materie oder die Befürchtungen der Eigentümer oder Mieter zur Sprache.

Getoppt wird das alles dann noch von Ihren dünnen Worten in Bezug auf unseren Antrag, den wir gestellt hatten; das können Sie doch nicht ernst meinen. Zu dem Antrag müssen Sie sich doch auch irgendwie verhalten und nicht immer nur von den privaten Eigentümern etwas fordern, sondern als Stadt selbst auch einmal Vorbild sein. Sie hätten so eine Initiative starten sollen, völlig unabhängig davon, wer regiert, da gebe ich Ihnen recht.

Über die Jahre und Jahrzehnte sehen wir, dass der Denkmalschutz und der Backstein immer ein Problem mit der jeweiligen Regierung hatten und es immer auch ein Problem des jeweiligen Senats war. Man sollte einmal einen Neuanfang machen und sagen, wir wollen nach vorn gehen und Vorbild sein; diese Chance haben Sie jetzt. Stattdessen kommt wieder nur der Reflex, dass Sie Gesetze machen wollen und Verordnungen, aber die Privaten sollen etwas tun. Das ist die falsche Politik, Herr Kollege.

(Jörg Hamann)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Hamann. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor, wir kommen damit zur Abstimmung. Zunächst zu den Überweisungsbegehren.

Wer möchte die Drucksache 20/11449 – das ist der Zusatzantrag der FDP-Fraktion – an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Wer möchte ebenso die Drucksachen 20/11146 und 20/11458 an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann lasse ich über die Drucksachen 20/11146 und 20/11458 in der Sache abstimmen. Zunächst zum Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/11458.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Nun zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 20/11146. Hier möchten die Fraktionen der CDU und der FDP die Ziffer 2 separat abstimmen lassen.

Wer möchte zunächst dem SPD-Antrag mit Ausnahme der Ziffer 2 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Wer möchte darüber hinaus Ziffer 2 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt 40, Drucksache 20/11062, Antrag der CDU-Fraktion: Schneller ans Ziel – durch lebendige und zielführende Bürgerbeteiligung.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Schneller ans Ziel – durch lebendige und zielführende Bürgerbeteiligung
– Drs 20/11062 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Verkehrsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Hesse, Sie haben es.

(Dirk Kienschurf SPD: Ach, der Krawallbruder!)

Klaus-Peter Hesse CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie aufrufen, am

kommenden Samstag um 11.30 Uhr zum Mühlenkamp zu kommen und zu demonstrieren.

(Zurufe von der LINKEN)

Sie werden dort nämlich auf der Straße Menschen treffen, die Sie nicht auf Demonstrationen erwarten.

(Gabi Dobusch SPD: Sie vielleicht?)

Es sind Menschen, die ohnmächtig sind vor Wut über die SPD-Politik, wie sie momentan stattfindet, und vor Wut über die Ignoranz, mit der dort das Busbeschleunigungsprogramm gemacht wird. Es sind Menschen, die normalerweise nicht demonstrieren würden, die es aber jetzt tun, weil sie keine andere Möglichkeit haben, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen.

(Beifall bei der CDU)

Ich hätte bis vor wenigen Jahren auch nicht gedacht, liebe Kollegin Sudmann, dass wir beide einmal nebeneinander auf einer Demonstration in St. Georg stehen mit einem Megafon auf der Schulter und gegen ein Busbeschleunigungsprogramm kämpfen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

St. Georg ist sicherlich kein Stadtteil, in dem die CDU ihre besten Wahlergebnisse holt, aber auch das eint uns mit den Menschen in St. Georg, nämlich die Einigkeit gegen diese Ignoranz im Senat gegenüber dem, was er mit dem Busbeschleunigungsprogramm dort tut. Die Menschen gehen auf die Straße, weil sie es satt haben, bei den Entscheidungen dieses Senats nicht mitgenommen zu werden.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Hesse, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kienschurf?

Klaus-Peter Hesse CDU: Immer gern.

Zwischenfrage von Dirk Kienschurf SPD:* Lieber Kollege Hesse, ist es zutreffend, dass bei dieser Riesendemo, bei der Sie in St. Georg waren, circa 60 bis 70 Personen anwesend waren?

Klaus-Peter Hesse CDU (fortfahrend): Ich habe die Personen nicht gezählt, lieber Kollege Kienschurf, die dort waren, aber es waren Institutionen vor Ort wie zum Beispiel der Bürgerverein St. Georg, Abgeordnete aus Bezirksversammlungen und der Bürgerschaft und Gewerbetreibende, die sauer sind, dass Sie ihnen die Parkplätze wegnehmen, und es waren Umweltfreunde da,

(Dirk Kienschurf SPD: 60 bis 70 Leute!)

(Klaus-Peter Hesse)

die fragten, warum die Bäume verschwinden müssen für ein Busbeschleunigungsprogramm. Es waren Menschen da, die fragten, was diese teure Verkehrsplanung solle, die doch weniger Verkehrssicherheit bringe. Es waren Menschen, die ihre Straße kennen, es waren Menschen, die ihren Stadtteil kennen, lieber Kollege Kienscherf, die Sie nicht gefragt und eingebunden haben und die sich darüber beschwert haben. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Um noch eins draufzusetzen: Viele von uns, zumindest ein halbes Dutzend, waren heute Morgen bei der Pressekonferenz des Senats zur Stadtbahn beziehungsweise zur U-Bahn. Günter Elste wurde dort gefragt, warum er jetzt plötzlich, da er in der letzten Legislaturperiode die Stadtbahn doch noch so toll gefunden habe, die U-Bahn so klasse finde. Und er antwortete: Die Stadtbahn finde ich immer noch klasse,

(Beifall bei *Birgit Stöver* CDU)

es ist immer noch das richtige Verkehrsmittel für Hamburg, aber ich glaube nicht, dass man sie gegen den Bürgerwillen durchsetzen kann, also wollen wir unter der Erde buddeln und eine U-Bahn bauen. Wenn das die Konsequenz auf den fehlenden Dialog mit den Menschen ist, dann sind Sie auf dem falschen Weg, dann ist das nicht so, wie Politik vonstatten gehen müsste. Sie müssten die Menschen mitnehmen bei wichtigen, wertvollen Entscheidungen für unsere Stadt. Nur so können Sie auch richtige Entscheidungen für die Zukunft unserer Stadt treffen.

(Beifall bei der CDU)

Warum haben Sie bei solchen Entscheidungen Angst vor dem Bürger?

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Vor der Bürgerin!)

– Oder vor der Bürgerin, liebe Kollegin Sudmann.

Im Endeffekt ist doch die Aufgabe von Politik, zu bewerten, was richtig und was falsch ist, und anschließend ist es die Aufgabe von Politik, mit den Menschen in der Stadt ins Gespräch einzutreten, zu kommunizieren und sie zu überzeugen von dem, was wir als Politik für richtig halten. Es ist aber nicht das, was Olaf Scholz macht. Und es ist nicht, lieber Herr Senator Horch, der Mehrheitsmeinung nachzulaufen und einfach nur zu glauben, es gäbe eine Mehrheit, die vielleicht in einer Umfrage gegen die Stadtbahn sei, und von daher sei dann die Politik plötzlich auch gegen die Stadtbahn. Das ist Populismus und das ist Ihre Politik. Damit kommen Sie aber nicht sehr weit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Politik braucht dagegen Mut und Weitsicht, und genau das haben Sie bei Ihrer Infrastrukturpolitik

nicht. Wenn ich mir anschau, was wir an wichtigen Entscheidungen in unserer Stadt treffen müssen, dann wird das nur gemeinschaftlich mit den Menschen gehen. Wir werden nur dann eine Stadtbahn bekommen, die unsere Stadt auch braucht, die wirklich günstiger ist, die mehr Strecken und Stadtteile erschließt, wenn wir die Menschen mitnehmen und wenn wir dieses Verfahren transparent machen.

(Beifall bei *Farid Müller GRÜNE*)

Deswegen hat die CDU-Fraktion diesen Antrag heute ins Parlament eingebracht,

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

weil er eine Grundlage für die weitere Diskussion sein kann, wie der Dialog mit den Menschen in unserer Stadt stattfinden soll. Wir sind überzeugt, dass es eine neue Philosophie des Miteinanders geben muss, dass die Menschen aber auch bereit sind, Entscheidungen zu akzeptieren, die vielleicht nicht nur Vorteile vor der eigenen Haustür bringen. Man sollte sie überzeugen und mitnehmen, und nichts anderes wollen wir mit dem Antrag.

Wir wollen mehr Transparenz, wir wollen mehr Information, wir wollen mehr Einbindung von Bürgervereinen und Verbänden, frühzeitig und nicht irgendwann zufällig. Wir wollen, dass gemeinsam mit den Menschen Probleme identifiziert und Ziele definiert werden. Wir wollen auch während der Phasen eines Planungsprojekts einen ständigen Austausch haben, zum Beispiel durch Newsletter. Wir wollen da, wo es wirklich kompliziert ist, auch Planungswerkstätten einrichten, um mit den Menschen gemeinschaftlich Lösungen zu erarbeiten. Und wir wollen – und das ist das Wichtigste im Bereich Bürgerbeteiligung – auch einen Zeitplan, der ganz klare Vorgaben macht, wann es losgeht und wann das Ende sein soll. Wir wollen keine Endlosdiskussionen. Die Menschen verlassen sich darauf, was man ihnen sagt, wenn man es klar und deutlich äußert und die Spielregeln vorgibt. Die Entscheidungen haben die Parlamente zu treffen, die Menschen aber sollen sich mit ihrem Know-how, mit ihrer Kompetenz einbringen können.

Das haben Sie in Ihrer Politik leider bisher nicht berücksichtigt. Deswegen gibt es den Protest vor Ort, und deswegen haben Sie Angst vor den Planungen für eine Stadtbahn, aber das ist der falsche Weg, und Sie sollten zur Besinnung kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Frau Koeppen.

Martina Koeppen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die U5 kommt, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD und Heiterkeit bei den GRÜNEN – *Jens Kerstan GRÜNE*: Ist denn schon Karneval?)

Die SPD hat sich auf ihrer Klausurtagung am Wochenende für die Erweiterung des vorhandenen U-Bahn-Netzes ausgesprochen und damit die Weichen für die zukunftsorientierte Entwicklung des schienengebundenen ÖPNV gestellt. Mit dieser Entscheidung wird auch der Weg für eine umfassende Bürgerbeteiligung geebnet. Im Zuge des Entwicklungsprozesses der neuen Linienführung und dem damit verbundenen Planfeststellungsverfahren werden die Bürgerinnen und Bürger an dem Planungsprozess beteiligt. Und wenn Sie sich die Planungs- und Realisierungszeiten für die Linie U4 ansehen, dann wird deutlich, welch lange Vorlaufzeit hierfür notwendig ist.

(*Thilo Kleibauer CDU*: Sie wollten sie doch auf Stelzen packen!)

2001 wurde mit den Planungen für die U4 begonnen, und nach sechs Jahren Planung und vier Jahren Bauzeit war die Linie fertig und einsatzbereit. In diesen zehn Jahren haben wir genügend Zeit, S4, S21, U4 und den barrierefreien Ausbau der Haltestellen weiter umzusetzen. Das ist ordentliches Regieren.

(Beifall bei der SPD)

Wie ernst Sie es mit dem heutigen Show-Antrag – ich nehme die Worte von Herrn Hamann auf – zur lebendigen Bürgerbeteiligung meinen, wissen Sie wohl selbst nicht. Ihr Antrag widerspricht sich nämlich, Herr Hesse. So fordern Sie unter Punkt 4, dass Bürgerinnen und Bürger über relevante Planungsfragen abstimmen sollten, gleichzeitig fordern Sie dann in Punkt 5, dass klare Regeln zu definieren und die abschließende Entscheidungskompetenz der Parlamente in Bezirk und Bürgerschaft zu respektieren seien. Was denn nun, Bürgerbeteiligung oder Entscheidungskompetenz bei den Parlamenten?

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Koeppen, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Hesse zu?

Martina Koeppen SPD (fortfahrend): Das kann Herr Hesse gleich selbst noch einmal erklären.

Bei Ihnen liegt der Unterschied zwischen Bürgerbeteiligung oder der Entscheidung des Parlaments immer darin, ob Sie die Regierung stellen oder auf der Oppositionsbank sitzen. Wie ernst Sie es mit der Bürgerbeteiligung meinen, konnten wir während Ihrer Regierungszeit sehen, als es um die

Planung zur Stadtbahn ging. Im Frühjahr 2010 wurden die Planungen von Schwarz-Grün vorgestellt, und erst nach massiven Bürgerprotesten und als sich 61 Prozent der Bürgerinnen und Bürger gegen das Projekt ausgesprochen hatten, haben Sie reagiert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Farid Müller GRÜNE*: Seid doch froh, dass Ihr jetzt lernt!)

– Da haben wir überhaupt nichts gelernt.

Im Spätherbst hat dann Frau Hajduk versucht, dort gegenzusteuern. Da wurde eine eilig einberufene Pressekonferenz durchgeführt. Dort sagte Frau Hajduk, es solle nun eine Bürgerbeteiligung stattfinden, und auf Nachfrage konnte sie gar nicht sagen, wie die stattfinden sollte. So sah Ihre frühzeitige, lebendige und zielführende Bürgerbeteiligung aus.

Auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, Herr Hesse,

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Was machen Sie denn anders?)

und ehe Sie schon wieder versuchen, falsche Politik zu betreiben: Bei allen Maßnahmen zur Busbeschleunigung gab es umfangreiche Bürgerbeteiligungen, wie es bis dato noch bei keinem Projekt umgesetzt worden ist. Würde ich jetzt alle Termine, Sitzungen und Gespräche auflisten, würde ich leider die Redezeit der SPD komplett benötigen.

Am Beispiel des Umbaus des Eidelstedter Platzes lässt sich die Bürgerbeteiligung gut darstellen, Herr Hesse. Auf zwei Sitzungen im Regionalausschuss wurden die Pläne der Öffentlichkeit vorgestellt, die Sitzungstermine wurden vorab in den Medien veröffentlicht, der Sitzungsort wurde vom Stelling Rathaus in das Eidelstedter Bürgerhaus verlegt, und Senator Horch war vor Ort und hat sich den Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger gestellt.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Vielleicht kommt er auch zum Mühlenkamp am Wochenende!)

– Hören Sie mir doch zu. Ich weiß, Sie wollen das nicht hören, aber das werden Sie jetzt hören müssen.

Mit der neu gegründeten Interessengemeinschaft gab es zahlreiche Gespräche. Die vorgebrachten Einwände und Anregungen der Bürger wurden in die Planungen aufgenommen, falls Sie es denn wissen wollen. Es gab ein umfangreiches Flugblatt, das an alle Haushalte verteilt wurde, in dem die Maßnahme dargestellt wurde, die Zeitpläne und die Umleitungsstrecken. Alle sind umfangreich informiert worden.

Aber nun kommen wir zur Rolle der CDU beim Eidelstedter Platz. Was haben Sie denn eigentlich

(Martina Koeppen)

gemacht? Sie haben auch Flugblätter verteilt, auf denen zu lesen war, dass die CDU bereits Anwohner mobilisiert und Unterschriften gesammelt habe zum Stopp der Busbeschleunigung – kläglich. Das Einzige, was Sie getan haben, war, die Bürgerinnen und Bürger gegen die Pläne des Senats aufzubringen. Aber das war noch nicht genug. Dann haben Sie noch einen Antrag im Regionalausschuss eingebracht, datiert auf den 27. Mai 2013, in dem Sie eine Verkehrszählung gefordert haben. Aber zwei Wochen vorher hatte der Senat den Bürgerinnen und Bürgern das schon zugesagt. Warum fordern Sie das denn noch einmal? Sie machen Politik auf Kosten der Bürger, das ist das Einzige, was Sie tun.

(Beifall bei der SPD)

Ihre mangelnde Weitsicht steht im Hafem. Von diesem Geld hätten wir schon 7 Kilometer U-Bahn umsetzen können.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Eva Gümbel GRÜNE*: Sieben Kilometer?)

Dann wären nämlich die Arenen schon längst abgeschlossen worden. Aber, Herr Hesse, ich will Ihnen einmal die Hand reichen, denn aus Fehlern kann man auch lernen. Jetzt haben Sie die Möglichkeit zu zeigen, dass Ihre Weitsicht nun vorhanden ist. Der Senator hat heute die Pläne für die U5 und die Erweiterung der vorhandenen Strecken vorgestellt. Jetzt haben Sie die Möglichkeit zu zeigen, dass Sie gelernt haben. Unterstützen Sie den Senat bei diesen Planungen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU hat die richtige Debatte angemeldet. Es ist eine zentrale Fragestellung, die Gegenstand des CDU-Antrags ist, wenngleich ich sagen muss, dass der Antrag zum Ausdruck bringt, dass es für die CDU ein neues Thema ist. Ich glaube, dass die Debatte, die in den letzten Jahren geführt wurde, auch im Hinblick auf geeignete Instrumente, Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen und zu gut fundierten Entscheidungen zu kommen, schon etwas weiter war, als das an diesen Punkten deutlich wird. Vier der fünf Punkte sind trotzdem so undiskriminierbar, dass wir ihnen zustimmen müssen. Sie sind in Ordnung, aber man könnte noch mehr Gehirnschmalz in die Frage hineinstecken, wie man tatsächlich vernünftige Beteiligung erreichen kann, damit Planungsprozesse wirklich gut fundiert sind und von möglichst vielen Menschen in einer Stadt getragen werden.

Wir haben vor dem Hintergrund der Debatte schon bei der letzten Diskussion konkret unseren Zusatz-

antrag eingebracht und gesagt, dass es richtig ist, wenn bei solchen großen Verkehrsprojekten am Ende alle Hamburgerinnen und Hamburger abstimmen. Deswegen brauchen wir ein Referendum. Das war letztes Mal auch Gegenstand der Debatte, aber hier spielt die entscheidende Frage mit hinein, wie man damit umgeht. – Frau Heyenn, es ist alles in Ordnung.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Steffen hat den Hinweis schon gegeben: Könnten die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sich vielleicht außerhalb des Plenarsaals verständigen? Danke sehr. – Herr Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GRÜNE (fortfahrend): – Ich habe nur gedacht, bevor Frau Heyenn lauter redet als ich, könnten wir kurz Pause machen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Tut mir leid!)

Die entscheidende Frage ist, wie man mit unterschiedlichen Interessen umgeht. Es gibt natürlich unterschiedliche Interessen in einer Stadt, in der sehr viele Menschen auf engem Raum leben. Das sollte einen nicht verwundern und es ist nicht das, worüber man erschrecken sollte. Es gibt aber unterschiedliche Ansätze, damit umzugehen, und das sind unterschiedliche politische Ansätze.

Die SPD hat jetzt den Ansatz, den Kopf in den Sand zu stecken und U-Bahnen zu bauen. Sie will sich der Auseinandersetzung mit Bürgerinnen und Bürgern und ihren Interessen – teils berechtigt, teils übertrieben – nicht stellen. So, wie die SPD das macht, wird das Problem der Beteiligung ganz gründlich gelöst, weil sich die Frage bei dieser Art von Verkehrsplanung am Ende nicht wirklich stellen wird. Sie haben eine Planung vorgelegt – weil Sie das gesagt haben, Frau Koeppen –, die im Finanzierungsvolumen locker dreieinhalb Elbphilharmonien umfasst. Es wird ein wenig schwierig sein, das im Hamburger Haushalt unterzubringen, wenn man das mal so eben in diesem Zeitraum realisieren möchte. Und Sie haben leider ignoriert – sonst wird immer der CDU vorgeworfen, dass sie die Schuldenbremse mit beschlossen hätte –, dass auch die SPD die Schuldenbremse mit beschlossen hat. Es ist nicht ohne die SPD passiert, dass wir die Schuldenbremse in der Hamburger Verfassung verankert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In den Medienberichten, die wir heute lesen durften – auf der Pressekonferenz hat es sich schon keiner mehr getraut zu sagen –, wird auf Bundesmittel spekuliert, die es gar nicht mehr gibt. Sie werden 2019 auslaufen. Alle hatten gesagt, die neue Koalition werde doch sicherlich dieses Problem lösen, denn dieses Problem stelle sich für alle Kommunen in diesem Land. Und was steht im

(Dr. Till Steffen)

Koalitionsvertrag? Man werde in vier Jahren darüber reden. Es gibt also keine Finanzierungsperspektive für eine Unterstützung durch den Bund. Deswegen brauchen wir solche Planungen für den öffentlichen Nahverkehr, die natürlich auch zu finanzieren sind, wenn der Bund uns im Stich lässt. Das wäre nicht gut, aber wir müssen uns darauf einstellen, wenn wir die Verkehrsprobleme in Hamburg lösen wollen.

Interessant war auch, was Herr Elste in der Sache gesagt hat. Er sagte, das mit dem U-Bahn-Bau sei gar nicht so einfach. Man habe dort große Baustellen, wo die Haltestellen sind, man habe große Baustellen, wo die Bohrer in die Erde versenkt werden.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es scheint immer noch viel Diskussionsbedarf außerhalb dieser Debatte zu geben. Kollegin Heyenn, Herr Kollege Wersich. Ich bitte einfach um Aufmerksamkeit für den Redner. – Herr Dr. Steffen, fahren Sie fort.

Dr. Till Steffen GRÜNE (fortfahrend): Herr Elste hat gesagt, es gäbe große Schwierigkeiten. Und er sagte auch, ob man in Lurup überhaupt eine U-Bahn bauen könne, nachdem das DESY dort sehr hochwertige, unterirdische Forschungsanlagen gebaut habe, wisse man noch nicht. Er hat ebenfalls zutreffend gesagt, dass auch in der Vergangenheit – und das scheint hier die Planungsmethode gewesen zu sein – schon öfter mit Filzern auf dem Stadtplan gemalt worden sei. Das fand ich sehr bemerkenswert, denn das scheint tatsächlich die Planungstiefe dessen zu sein, was die Aussagen zur U5 betrifft. Ich glaube, das hat mehr zu tun mit Fantasien, wie es eben so ist, wenn ältere Männer sich in den Keller begeben, um mit der Modelleisenbahn zu spielen und nicht so sehr mit der Realität in dieser Stadt.

(Wolfgang Rose SPD: Geht's noch?)

– Aber das war die Vorstellung, die wir heute Mittag erlebt haben. Ich war da auch sehr überrascht.

(Beifall bei *Heidrun Schmitt GRÜNE, Tim Golke* und *Heike Sudmann, beide DIE LINKE*)

Wenn man sich anschaut, was wir in der Realität bei der Busbeschleunigung in dieser Stadt erlebt haben, dann hat das Thema in der Tat zwei Probleme. Das Grundproblem beim Thema Busbeschleunigung ist, dass eine gute Beteiligung natürlich auch nichts bewirken kann, wenn das Produkt nicht stimmt. Wir hatten viele Diskussionen über viele Verkehrsprojekte, aber das ist eines der wenigen Verkehrsprojekte, bei dem sich niemand, außer denjenigen, die dafür bezahlt werden, hinstellt und sagt, es sei eine gute Idee, dies nun an vielen

Stellen in dieser Stadt durchzuführen. Dann hilft natürlich auch die beste Beteiligung nicht.

Gleichwohl wäre vieles besser zu machen gewesen, als es passiert ist. Frau Koeppen, dass dies einmal in einzelnen Regionalausschüssen vorgestellt wurde, kam zwar vor, aber nur, wenn die Bezirksversammlungen das vorher mit Nachdruck eingefordert haben. So war es auch in Winterhude. Aber die Ansage der Verkehrsbehörde war, dass sie sich mit Regionalausschüssen gar nicht abgeben würde, die Bürgerbeteiligung müsse sich auf einen Besuch im Verkehrsausschuss der Bezirksversammlung beschränken. Und ob da dann von den betroffenen Bürgerinnen und Bürger jemand vor Ort ist oder nicht, sei eigentlich auch egal.

Jetzt kommen wir zu der Frage, was man eigentlich lernen muss. Ich habe gesagt, dass die CDU auf dem Wege ist und vielleicht noch nicht so viel gelernt hat.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Ja, was denn noch? – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Erstens ist es viel zu laut. Zweitens, Herr Dr. Steffen, möchte ich Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage von Frau Koeppen zulassen.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Ja.

Zwischenfrage von Martina Koeppen SPD:* Herr Steffen, Sie haben eben gesagt, dass die Maßnahmen nicht im Regionalausschuss vorgestellt worden seien. Wissen Sie denn überhaupt, in wie vielen Ausschüssen das vorgestellt wurde beziehungsweise wie viele Gespräche es überhaupt gab?

Dr. Till Steffen GRÜNE (fortfahrend): Sie können es natürlich gern gleich vorlesen, wenn Sie da ein Sonderwissen haben. Aber es ist im Regelfall nicht im Regionalausschuss vorgestellt worden, sondern nur, wenn Bezirksversammlungen das ausdrücklich eingefordert haben. Das war das Verfahren, und darüber haben wir im Plenum auch schon ausführlich gesprochen.

Jetzt kommt noch ein wichtiger Punkt, Frau Koeppen. Natürlich findet auch im Rahmen der Planung für die U5 eine Bürgerbeteiligung statt. Sie sagten, im Rahmen der Planfeststellung – und das ist wirklich ein wichtiger Punkt, denn darin besteht tatsächlich die Differenz – würden die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit haben, ihre Meinung zu äußern. Das ist das, was seit Jahrzehnten im Gesetz steht. Hier hatten wir versucht, die Stadtbahn in der letzten Wahlperiode mit zu planen. Das hat tatsächlich so nicht funktioniert. In den letzten vier Jahren sagten viele, wenn man größere Infrastruk-

(Dr. Till Steffen)

turvorhaben in dieser Republik erfolgreich umsetzen wolle, dann dürfe man sich eben darauf nicht beschränken. Man müsse vorher dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger von der Sinnhaftigkeit einer bestimmten Maßnahme überzeugt sind, dass sie ihre Ideen und Anregungen einbringen können lange, bevor die Planungen so weit konkretisiert sind, wie das im Rahmen der Planfeststellungen der Fall ist. Deswegen merkt man hier, dass sich die SPD noch nicht einmal auf den Weg gemacht hat, über diese Frage nachzudenken, sondern noch im Planungsdenken der letzten Jahrzehnte verhaftet ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Kai Voet van Vormizeele CDU*)

Wenn das so bleibt, wenn das tatsächlich die stilprägende Linie für das Handeln von Politik und Verwaltung in Hamburg bleiben soll, dann wird Politik in der Tat handlungsunfähig sein. Dann wird es nicht gelingen, Veränderungen in dieser Stadt durchzusetzen. Ich bin ganz sicher, dass es möglich ist, mit neuen Formen der Beteiligung auch Mehrheiten für Veränderungen in dieser Stadt zu gewinnen, und das nicht nur unterirdisch, sondern auch oben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Jetzt hat Herr Dr. Duwe das Wort. Ich versuche es beim nächsten Mal mit jeweils dem namentlichen Aufruf der Personen, die sich im Plenarsaal unterhalten. So etwas hilft der Debatte nicht weiter.

(*Gerhard Lein SPD:* Dann auch alle aufrufen! – *Arno Münster SPD:* Lein ist der Erste!)

– Das wäre dann das Worst-Case-Szenario.

Herr Dr. Duwe, Sie haben das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde jetzt nicht diesen Antrag der GRÜNEN verlesen, der hier noch liegt, Herr Till Steffen: Planung einer Stadtbahn nur mit Bürgervotum. Ich wollte auch nicht über die U5, über die Stadtbahn oder die Busbeschleunigung reden, sondern über den Antrag der CDU. Bürgerbeteiligung ist wichtig, und die CDU möchte vielleicht mit diesem Antrag sagen, dass sie sehr viel früher eine Bürgerbeteiligung wollte und eine viel stärkere als vorher. Das interpretiere ich jetzt einmal so, weil das in dem Antrag nicht so ersichtlich ist. Ich kann nur sagen, willkommen im Klub, dass Sie auch einmal gemerkt haben, dass Bürgerbeteiligung wichtig ist.

Zum Thema selbst: Man merkt, dass Bezirkswahlkampf ist, und in Wahlkampfzeiten wird die Prosa ein wenig luftiger und die Inhalte etwas dünner; das kann ich nachvollziehen. Ich habe nicht er-

kannt, wo eine Beziehung zwischen dem, was Herr Hesse erzählt hat, und dem, was im Antrag steht, vorhanden ist. Ich kann Frau Koeppen nur unterstützen in dem Urteil, dass die Punkte 4 und 5 sehr unterschiedlich sind und sich gegenseitig ausschließen. Das kann man aber wohl bei der CDU ganz gut erklären, das ist das Mousse-au-Chocolat-Syndrom, ganz schwarz und überall kleine Luftbläschen drauf, sprich, nach allen Seiten offen. Das ist natürlich nicht das, was die Bürger unter Bürgerbeteiligung wollen.

In Punkt 4 wird gesagt, dass die Beteiligten in Planungswerkstätten abstimmen sollten. Man kann das so interpretieren, dass sie abstimmen, aber die Politik macht sowieso, was sie will. Oder sie stimmen ab und es ist eine wirkliche Entscheidung. Das wäre dann aber eine Räterepublik, und ich glaube nicht, dass das die politische Richtung der CDU ist.

In Punkt 5 wird alles wieder zusammengefasst und gesagt, dass der Senat ersucht werde, die Entscheidungen von Bezirksversammlungen und Bürgerschaft zu respektieren – echt doll. Das ist der inhaltsleerste Antrag, den ich kenne, und ein Antrag, der so offensichtlich nur aus Wahlkampf besteht, sodass man den nicht weiter kommentieren sollte. Wir werden Punkt 4 ablehnen. Den anderen Punkten kann man zustimmen, aber die Qualität ist unterirdisch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Frau Sudmann.

Heike Sudmann DIE LINKE: Die Überschrift des CDU-Antrags lautet: "Schneller ans Ziel – durch lebendige und zielführende Bürgerbeteiligung". Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen heute Abend nicht schneller ans Ziel, wenn Sie die Bürgerbeteiligung hier so fortführen, alle herumsabbeln und man laufend unterbrochen wird. Es scheint nicht zu helfen. Diese SPD-Genossen dort haben einen großen Klärungsbedarf. Danke, Sie hören zu, wunderbar.

(*Wolfgang Rose SPD:* Du hast dich vorhin auch unterhalten!)

Dann kann ich jetzt zum Antrag der CDU kommen. Die Rede von Herrn Hesse war richtig kämpferisch und gut. Er hat auch gelernt, auf eine Demonstration zu gehen, er macht also Erfahrungen. Aber der Inhalt Ihrer Rede und Ihres Antrags passen überhaupt nicht zusammen. Was Sie nämlich sagen und beantragen, bedeutet Information und einen stetigen Austausch, Sie wollen abstimmen lassen. Aber dann sagen Sie in der Bezirksfraktion und der Bürgerschaftsfraktion, das machen wir aber alles anders. Was Sie wunderbar beschreiben, Herr

(Heike Sudmann)

Hesse, ist die sogenannte Mitmachfalle. Ich suggeriere den Bürgerinnen und Bürgern, sie könnten mitbestimmen...

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es ist eindeutig zu laut im Plenarsaal. – Frau Sudmann, fahren Sie fort, bitte.

Heike Sudmann DIE LINKE (fortfahrend): – Vielen Dank.

Sie suggerieren, man könne mitbestimmen, aber letztendlich passiert nichts. Dagegen sind wir LINKEN strikt, denn wenn eine Beteiligung, dann auch eine echte.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit Herr Kienscherf auch noch ein bisschen mitbekommt: Er hat versucht, die Demonstration ins Lächerliche zu ziehen, bei der Herr Hesse, Herr Schinnenburg und auch Frau Kilgast waren. Es waren ungefähr 100 Leute, aber das ist gar nicht so relevant, denn Sie dürfen das nicht auf die ganze Stadt beziehen. Sie wissen vielleicht, Herr Kienscherf, dass in der Sitzung des Verkehrsausschusses in Hamburg-Mitte,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Dann machen wir einen Kompromiss!)

der das zweite Mal tagen musste, weil er das erste Mal unter Ausschluss der Öffentlichkeit so ganz en passant über die Busbeschleunigung diskutiert hat, beim zweiten Mal über 200 empörte Bürgerinnen und Bürger waren. Das sollte Ihnen zu denken geben. Es gab dann auf Druck der Bürger und Bürgerinnen eine öffentliche Diskussionsveranstaltung, anders als in Eidelstedt, meine liebe Kollegin Koeppen. Es hat in St. Georg vorher nichts gegeben. Man hat versucht, klammheimlich eine Planung durchzuziehen, die, ehrlich gesagt...

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Frau Sudmann, ich versuche einfach noch einmal, für ein wenig mehr Ruhe zu sorgen. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP, aber auch aller anderen Fraktionen bitten, entweder der Rednerin zuzuhören oder,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Insbesondere die FDP! – *Wolfhard Ploog CDU*: Alle hier im Saal!)

Herr Ploog, den Plenarsaal zu verlassen. – Frau Sudmann Sie haben das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE (fortfahrend): – Die tief röhrenden Kollegen und die etwas anders röhrenden Kollegen und Kolleginnen, hören Sie doch

einfach noch einmal zu, vielleicht komme ich dann auch schneller zum Ende.

Die Planung in der Langen Reihe, Herr Ohlsen, die nicht in Ihrem Wahlkreis liegt,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Was wissen Sie denn von meinem Wahlkreis!)

war wirklich grottenschlecht. Es ist ein Beispiel dafür, wie Beteiligung nicht funktionieren kann. Sie haben leider, Herr Horch, als Vertreter der Verkehrsbehörde, auch in der Gerichtstraße eine grottenschlechte Beteiligung gemacht. Und in beiden Fällen, auch am Mühlenkamp und in der Bornheide, also in insgesamt vier Fällen, hätten Ihnen, wenn Sie vorher mit den Bürgern und Bürgerinnen gesprochen und Sie darüber informiert hätten, was Sie vorhaben, die Expertinnen und Experten vor Ort gesagt, dass das nicht geht. Es geht nicht, in der Langen Reihe, in der sich mehrere Schulen befinden, einfach die Ampeln abzuschaffen. Es geht nicht, für 250 000 Euro einen Kreislauf zu bauen, wo sich alle fragen, was da eigentlich im Kopf herum kreist; für die Straße macht das überhaupt keinen Sinn.

Ich finde es fast schon perfide, dass der Senat aufgrund dieser wirklich schlechten Erfahrungen mit der Busbeschleunigung, bei der Sie mit einer grottenschlechten Planung die Menschen gegen sich aufbringen, jetzt sagt, wenn das schon nicht ginge, dann könne die Stadtbahn erst recht nicht funktionieren. Das ist eine sich selbst erfüllende Prophezeiung, und das ist wirklich schlecht.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Herr Münster, wenn Sie so weitermachen auch bei vielen anderen Projekten in dieser Stadt, dann werden Sie immer sehr viel Protest bekommen. Wenn Sie Beteiligung ernst nehmen – und Sie machen sogar Planungswerkstätten und alles Mögliche...

(*Arno Münster SPD*: Wir wollen Verkehrspolitik machen!)

– Sie wollen Verkehrspolitik machen, ohne die Bürger und Bürgerinnen zu fragen.

(*Arno Münster SPD*: Das hat keiner gesagt!)

– Herr Münster, Sie, Ihre SPD und die BSU veranstalten Planungswerkstätten, Sie suggerieren den Leuten, dass sie mitreden könnten. Wenn sie dann mitreden, dann passiert nichts. Das geht überhaupt nicht, und das ist auch keine Beteiligung.

Ich nenne Ihnen ein Argument, wie Sie die Stadtbahn wunderbar durchsetzen könnten. Wir haben heute in der Pressekonferenz gehört – was wir auch vorher wussten –, dass ein U-Bahn-Kilometer fünfmal teurer ist als ein Stadtbahn-Kilometer. Nun können Sie sagen, das Geld käme doch vom Bund – Klammer auf: Kommt es wirklich vom Bund? – und sei für uns nicht so wichtig. Aber Sie haben

(Heike Sudmann)

nicht nur die Schuldenbremse einzuhalten, Sie haben auch eine Verantwortung für die Finanzen. Wenn Sie nur einen kleinen Teil des Unterschieds bei diesen Summen nehmen und davon eine Kampagne für die Stadtbahn starten und eine vernünftige Beteiligung machen, dann bekommen Sie auch eine Stadtbahn durch. Aber Sie versenken lieber das Geld, Sie bringen lieber die U-Bahn-Nutzerinnen und –nutzer unter die Erde und lassen oben auf der Straße enorm viel Platz für Individual- und Wirtschaftsverkehr. Das ist keine Verkehrspolitik und auch keine Beteiligung, das ist einfach nur schlecht.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Heidrun Schmitt* und *Dr. Till Steffen*, beide GRÜNE)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal reden, weil ich vorhin meine Zwischenfrage nicht loswerden durfte, liebe Frau Kollegin Koeppen, und der Herr Duwe von der FDP das Thema auch noch nicht so verinnerlicht hat. Ich glaube, Ihnen beiden fehlt, auch der Kollegin Sudmann, einmal in Planungswerkstätten mitgearbeitet zu haben. Ich habe das zum Beispiel in der Planungswerkstatt Stresemannstraße eine ganze Zeitlang gemacht. Und es wäre politisch fahrlässig gewesen, dort nicht über Lösungen abzustimmen und etwas zu entwickeln, und nachher diese Lösungen einfach politisch zu verwerfen und im Parlament zu sagen, das interessiere alles nicht mehr.

Insofern ist dieser Antrag auch konsequent unter Punkt 4, eine Abstimmung findet vor Ort statt. Also finden natürlich Abstimmungen zu einzelnen Problemen in der Verkehrspolitik statt, aber die Verantwortung, liebe Kollegin Sudmann, liebe Kollegin Koeppen und lieber Kollege Duwe, für das, was nachher umgesetzt wird, wird man den Parlamenten und den Entscheidern nicht abnehmen können. Sie müssen nachher das auswerten, was die Bürgerbeteiligung vor Ort an Argumenten und Abstimmungsergebnissen erbracht hat, und sie müssen abschließend eine Entscheidung treffen. Dafür sind sie gewählt, dafür tragen sie die Verantwortung und dafür werden sie im Zweifelsfall auch nicht wiedergewählt, wenn das den Menschen vor Ort nicht passt. Unser Ansatz hier ist also sehr stringent und nimmt genau alles das auf, was wir bisher nicht hatten, nämlich die Bürger ernst zu nehmen, etwas abzuwägen und anschließend eine Entscheidung zu treffen.

Ich komme zum Lernprozess, liebe Frau Kollegin Koeppen. Welchen Lernprozess soll ich heute bei Ihrer U5 machen? Wir haben heute Morgen gehört – Sie waren leider nicht dabei, Frau Kollegin Sudmann hat das schon gesagt –, dass Herr Horch

und Herr Scholz 30 Kilometer U-Bahn bauen wollen und dafür 120 Millionen Euro pro Kilometer bezahlen wollen. Das macht summa summarum 3,6 Milliarden Euro für 30 Kilometer. Es wurden hier schon andere Zahlen genannt, ich habe das vorhin mitgeschrieben, als die Zahlen abgefragt wurden. Und wo laufen diese 30 Kilometer entlang? Wenn wir uns die Planungen ansehen, liebe Frau Koeppen, so laufen sie durch die Innenstadt, St. Pauli, Altona und am Hauptbahnhof entlang. Das ist doch schon eine ganze Menge. In der Innenstadt gibt es schon sehr viele U- und S-Bahnen.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Aber da ist alles voll!)

Sie haben heute eine Planung vorgestellt, die dort U-Bahnen baut, wo es schon Verkehrsmittel gibt. Aber all die Menschen, die nicht im innerstädtischen Bereich sind, grenzen Sie aus. Die erreichen wir nämlich mit einer vernünftigen Stadtbahn, die ein 100-Kilometer-Netz hat, die nur 2,6 Milliarden Euro kostet, also 1 Milliarde Euro weniger, und damit viel sozialer ist als das, was Sie heute an Planungen vorgestellt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zur Finanzierung, die heute schon mehrfach angesprochen wurde. CDU und SPD haben in den Koalitionsvertrag in Berlin sehr, sehr bewusst geschrieben, dass sie sich natürlich um die Fortführung ab 2019 kümmern werden. Ich bin überzeugt – und ich glaube, das eint uns alle, auch die Überzeugung, dass dieses geschehen muss –, dass es eine Fortführung von GVFG geben wird, ob nun in dieser Form oder in einer anderen. Aber es muss und wird weiterhin Bundesmittel für solche Ausbauten geben, denn sonst sind sie nicht mehr finanzierbar. Sie müssen aber finanziert werden, weil sie für die Infrastruktur und die Zukunft unserer Städte wichtig sind. Insofern bin ich überzeugt, dass es hier auch Bundesmittel, egal, für welche Art von Verkehrsmitteln, im öffentlichen Personennahverkehr geben wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Steffen, eines bist du mir doch schuldig geblieben. Du hast gesagt, es sei schön, dass die CDU so weit sei, aber es fehle noch eine ganze Menge. Ich habe die ganze Zeit darauf gewartet, was es denn ist.

(*Dr. Till Steffen* GRÜNE: Das kannst du doch das nächste Mal beantragen!)

Aber ich habe es nicht gehört. Wenn es lediglich das Referendum sein soll, das Ihr zur Stadtbahn gefordert habt, dann ist das ein schöner Ansatz, aber es ist höchstens ergänzend zu dem, was wir gemacht haben. Und nach den gemeinsamen, schmerzvollen Erfahrungen, die CDU und GRÜNE in der letzten Legislaturperiode bei den Stadtbahnplanungen gemacht haben, sollten wir eigentlich froh sein, wenn wir die SPD dazu bewegen, zumin-

(Klaus-Peter Hesse)

dest das umzusetzen, was wir heute fordern. Da wären wir und die Menschen in der Stadt schon ein großes Stück weiter.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir nun zur Abstimmung.

Wer stimmt zunächst einer Überweisung der Drucksache 20/11062 an den Verkehrsausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Die FDP-Fraktion möchte die Ziffer 4 des CDU-Antrags separat abstimmen lassen.

Wer möchte also nun dem Antrag aus Drucksache 20/11062 mit Ausnahme der Ziffer 4 seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist abgelehnt.

Wer möchte dann noch Ziffer 4 annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 20, Drucksache 20/11107, der Senatsmitteilung: Demografie-Konzept Hamburg 2030: Mehr. Älter. Vielfältiger.

**[Senatsmitteilung:
Demografie-Konzept Hamburg 2030: Mehr. Älter. Vielfältiger.
– Drs 20/11107 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Gesundheitsausschuss überweisen. Hier wurde mir mitgeteilt, dass die Fraktionen übereingekommen sind, auf die Debatte zu verzichten. Deshalb kommen wir gleich zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/11107 an den Gesundheitsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 6, Drucksache 20/10670, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Grundwasserschwankungen und Trinkwasserförderung.

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Grundwasserschwankungen und Trinkwasserförderung
– Drs 20/10670 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion federführend an den Umweltausschuss und mitberatend

an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Auch hier wurde mir mitgeteilt, dass die Fraktionen übereingekommen sind, die Debatte zu streichen.

Wer stimmt nun einer Überweisung der Drucksache 20/10670 an den Umweltausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Drucksache einstimmig an den Ausschuss überwiesen.

Wer stimmt sodann einer mitberatenden Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese mitberatende Überweisung abgelehnt worden.

Nun zum Tagesordnungspunkt 60, Drucksache 20/11295, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Handlungsfähigkeit der Bezirke bewahren.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Handlungsfähigkeit der Bezirke bewahren
– Drs 20/11295 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/11450 und 20/11457 Anträge der Fraktionen der FDP und der SPD vor.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Personalbedarfe der Bezirke gründlich ermitteln – Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung einbeziehen
– Drs 20/11450 –]**

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Verlässliche Rahmenbedingungen für die Bezirke – gerade in finanzpolitisch schwierigen Zeiten
– Drs 20/11457 –]**

Die GRÜNE Fraktion möchte alle drei Drucksachen an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen. Diese Debatte findet jetzt auch statt. – Herr Dr. Steffen hat das Wort.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bezirksämter sind die Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, Auge und Ohr der Verwaltung und Demokratie im lokalen Bereich. Im Rahmen dieser allgemeinen Beschreibung wird man sicherlich wenige Unterschiede feststellen können, wenn alle Rednerinnen und Redner nach vorn treten würden, um sich allgemein zur Situation der Bezirksämter zu äußern.

Das Problem ist, dass die Realität anders aussieht und dieser Anspruch und die Wirklichkeit sehr stark auseinanderklaffen. Dabei ist die wichtigste Stellschraube, über die man sich ganz konkret unterhalten muss, die Frage, wie und mit welchem

(Dr. Till Steffen)

Personal die Bezirksämter ausgestattet sind für die Erfüllung der vielen, vielen konkreten Aufgaben, die ihnen obliegen. Und hier regiert ein sehr massiver Spardruck. 600 Stellen sollen bis 2018 abgeliefert werden, das ist die klare Ansage. Das ist also das, was im Wesentlichen vor uns liegt. Schon jetzt kann man merken, dass ein erheblicher Personalmangel bei den Bezirken herrscht und sie ihre Aufgaben schlicht nicht erfüllen können. Dafür habe ich in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Beispielen sammeln können, ich will nur zwei nennen. Es sind zwei Bereiche, bei denen man das schon sehr klar sehen kann.

Der eine Bereich ist der naheliegendste, das sind die Kundenzentren in den Bezirksämtern. Es gibt eine Schließung eines Kundenzentrums in Stellingen, es gibt die Zusammenlegung von Außenstellen der Verwaltung in Harburg und in Wandsbek. Hier werden die Wege schon zwangsläufig länger. Zum Teil passiert es etwas verdeckter. In Wandsbek zum Beispiel sind sechs Stellen weggefallen, und das führt dann dazu, dass in einer Reihe von Dienststellen ein Tag pro Woche weniger geöffnet ist. Das sieht man zwar nicht sofort, aber es ist ausgesprochen misslich, wenn die Bürgerinnen und Bürger dann am entsprechenden Tag vor verschlossener Tür stehen. Es stellt sich auch die Frage, ob eine solche Struktur sinnvoll ist.

Der zweite Bereich betrifft die Grünpflege, die Aufgaben bei Bauvorhaben, die der Erhaltung des Grüns und dem Naturschutz dienen. Es gab beispielsweise eine Anfrage in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord zur Frage der Ausstattung der Grünabteilung. Da heißt es – ich zitiere –:

"Aus Sicht des Bezirksamtes besteht derzeit ein deutliches, strukturelles Defizit bei der Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln für die Unterhaltung von Park- und Grünanlagen."

– Zitatende.

So also die offizielle Bewertung des Bezirksamtes im Hinblick auf die entsprechende Ausstattung dieses wichtigen Bereichs der Unterhaltung von Park- und Grünanlagen.

Genauer gesagt, und das ergibt sich dann aus der entsprechenden Anfrage, besteht hier ein Defizit von 50 Prozent. Es ist also nicht nur ein bisschen zu wenig, sondern es fehlt ein ganz erheblicher Teil. Deswegen führt das auch dazu, dass in vielen Grünanlagen gar keine fachgemäße Pflege mehr erfolgt, sondern nur noch eine Verkehrssicherung. Es wird also dafür gesorgt, dass niemandem ein Baum oder ein Ast auf den Kopf fällt, aber ob das dann ökologisch wertvoll und auch nachhaltig ist, wird nicht mehr berücksichtigt.

Aus einer Schriftlichen Kleinen Anfrage in der Bürgerschaft konnten wir lernen, dass doppelt so viele Straßenbäume gefällt wie nachgepflanzt werden,

was auch mit der Personalausstattung zu tun hat, denn es ist kein Personal für die Nachpflanzung vorhanden. Das führt dazu, dass das, was Hamburg zu etwas Besonderem macht, nämlich dass es im Straßenbereich sehr viele Bäume gibt, immer weniger wird.

Wir konnten auch feststellen, dass beispielsweise Umweltauflagen, die im Rahmen der Erarbeitung von Bebauungsplänen gemacht wurden, nicht mehr überprüft werden. Früher wurde beispielsweise gesagt, in diesem ökologisch wertvollen Bereich am Rand dürfe durchaus gebaut werden, aber nach Durchführung der Baumaßnahmen müssten auch wieder entsprechende Maßnahmen erfolgen, also etwa die Anlage von Knicks. Aber es wird heute überhaupt nicht überprüft, ob das passiert. Nur, wenn Bürgerinnen und Bürger sich ausdrücklich beschweren, wird auch nachgeschaut.

Nun heißt es immer, die Bezirksämter sollten doch Aufgabenkritik üben, dann ginge das schon alles. Sicher kann man das eine oder andere auch effizienter erledigen, und wir können es den Bezirksämtern an der einen oder anderen Stelle leichter machen. Mein Vorschlag bezieht sich auf eine Drucksache, die wir demnächst auf der Tagesordnung haben werden. Das ist die Große Anfrage der SPD "Hamburg investiert in seine Bezirke und Stadtteile". Bemerkenswert fand ich, dass ich gleich aus mehreren Behörden Hilferufe erhielt, was das denn für ein Unsinn sei und dass es tatsächlich ganze Abteilungen wochenweise lahmlegen würde. Als Regierungsfraktion das zu toppen, was uns immer vorgeworfen wird, finde ich schon eine stramme Leistung. Es soll nach Wahlkreisen dargestellt werden – es wird gar nicht gesagt, ob das jetzt die Wahlkreise der Bürgerschaft oder der Bezirksversammlungen sind –, und das stellt die Verwaltung vor unlösbare Aufgaben. Die SPD macht also hier Wahlkampf auf Kosten der Steuerzahler, die die Beamtengehälter bezahlen müssen. Ich finde, da könnte man durchaus mit der Aufgabenkritik anfangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber Aufgabenkritik allein wird das nicht richten, auch nicht in den Bereichen, bei denen man darüber hinaus sicherlich etwas tun kann. Wir müssen die Bezirke beim Sparen ganz konkret entlasten, und das sollten wir auch sehr klar sagen. Es ist auch richtig, dass wir das vor der Bezirksversammlung sagen, weil nämlich die Frage dahinter steht, ob all das, was in den vielen Programmen verkündet wird, was die Bezirke tun sollten, eigentlich nur auf dem Papier stattfinden wird, ob es irgendeine reale Möglichkeit gibt, dass die Bezirksämter sich darum kümmern können oder ob die Bezirksversammlungen dann in der nächsten Wahlperiode immer die Antwort bekommen, leider habe man für diese Maßnahme kein Personal, es sei schön, dass man mit den Bürgerinnen und Bür-

(Dr. Till Steffen)

gern gesprochen habe, aber man könne leider nichts machen.

Wir sagen deswegen in unserem Antrag, dass wir jetzt 16,3 Millionen Euro für die Bezirke brauchen. Wir haben darüber hinaus auch eine Entlastung für die Jugendämter vorgeschlagen; die Debatte haben wir an anderer Stelle schon geführt. Aber was den übrigen Personalkörper betrifft, meinen wir, dass diese Summe eine relevante Entlastung bringen würde, es würde den schlimmsten Druck wegnehmen. Wir haben hierfür auch eine seriöse Finanzierung für 2014 vorgelegt. Die besteht nicht aus Resten, wie die SPD behauptet hat, sondern wir haben aufgezeigt, wo die SPD sich Polster im Haushalt für Wahlgeschenke aufgebaut hat. Wir meinen, die richtigen Wahlgeschenke befinden sich da, wo die Bürgerinnen und Bürger direkt davon profitieren.

Wir haben uns angeschaut – und so haben wir die Summe ermittelt –, wie sich die konkreten Maßnahmen auf den Personalhaushalt ausgewirkt haben, die nicht ausgeglichen werden durch die Zuweisungen von der Landesebene. Das sind natürlich insbesondere die globalen Minderausgaben und die nicht vollständige Abbildung der Tarifsteigerungen der Bezirke. Der Senat hat großzügigerweise erklärt, dass er die Beamtinnen und Beamten auch nach dem Tarifabschluss vergüten will. Ich halte es auch in der Sache für richtig, aber diese Großzügigkeit dürfen sich dann die Bezirke aus ihrem Fleisch schneiden, und es gibt keinen hinreichenden Ausgleich.

Das wird sich auch noch verschärfen, weil wir für die kommenden Jahre mit Tarifsteigerungen von 1,5 Prozent rechnen. Wir haben jetzt gesehen, wie der Tarifabschluss für Bund und Kommunen ausgefallen ist. Es betrifft noch nicht direkt die Bezirksämter, aber man muss kein Prophet sein, um zu sagen, dass sich wahrscheinlich der Tarifabschluss für die Länder in einem ähnlichen Bereich bewegen wird und dass wahrscheinlich auch die entsprechenden Entgeltsteigerungen für die Beamtinnen und Beamten wiederum in dem Bereich liegen werden. Es gibt hier also eine erhebliche Differenz zwischen den erzielten 2,4 Prozent und den den Bezirken zugestandenen 1,5 Prozent. Das macht locker 3,3 Millionen Euro in 2015 aus. Und es ist tatsächlich eine große Sorge, dass die Bezirke auch weiter in diese Schere hineinlaufen werden und die Tarifsteigerungen immer deutlich höher sind als das, was der Senat ihnen zuweist.

Nun zu Ihrem SPD-Antrag. Sie haben also erkannt, dass es da ein Problem gibt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber nicht erst heute, das ist schon länger!)

– Deswegen haben wir auch schon sehr lange einen SPD-Antrag vorliegen.

Sie haben es vielleicht erkannt, aber jetzt hat es jemand gemerkt, und deswegen müssen Sie doch auch einmal etwas sagen. Sie reden ziemlich viel, sagen aber letztlich nichts. Es steht dort immer, es soll, soll, soll. Sie hätten die Möglichkeit, ganz konkret im Hinblick auf den laufenden Haushalt zu sagen, wo die Bezirke mehr Geld bekommen sollen, aber das tun Sie nicht. Es bleibt unkonkret, es gibt unklare Ansagen und keinerlei finanzielle Festlegungen. Zu glauben, das würde niemand merken, weder im Parlament noch bei den Bezirken und am Ende auch nicht die Bürgerinnen und Bürger, ist nicht besonders höflich.

Ich denke, wir müssen dazu kommen, dass die Bezirke wieder deutlichen Spielraum erhalten, um selbst entscheiden zu können, was gemacht wird. Sie müssen wirksam die Ansprechpartnerinnen für die Bürgerinnen und Bürger sein. Die Bürgerinnen und Bürger sollten die Erfahrung machen können, dass, wenn sie ein Anliegen zur Bezirksversammlung tragen, auch etwas passiert und nicht die Garantie darin besteht, dass nichts passiert. Alles, was vor Ort wichtig ist, das Grün, freie Flächen, Straßenwege oder Mitbestimmung, bleibt gegenwärtig auf der Strecke. Ich denke, wir sollten heute ein klares Signal zugunsten dieser wichtigen Belange setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Dennis Gladiator CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Schmitt.

Frank Schmitt SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beginne mit meinen letzten Worten als Bezirksabgeordneter in der Bezirksversammlung Altona. Da habe ich gesagt: Wir, die Stadtteilerpartei SPD, halten es für einen demokratischen Vorzug, dass die Stadt nicht allein von Bürgerschaft und Senat regiert wird. Deswegen werden wir die Bezirke in Hamburg stärken. Und genau das haben wir 2011 getan, wir haben die Bezirke gestärkt, das tun wir weiterhin und das werden wir auch in Zukunft machen. Dies bekräftigen wir auch mit unserem Antrag heute.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns doch einmal schauen, woher wir kommen. Es gibt die Sparprogramme von CDU, FDP und Schill, Jesteburg I und Jesteburg II, 2002 waren es 220 Millionen Euro, 2003 noch einmal weitere Einsparungen von 215 Millionen Euro. Die Bezirksämter haben diese Einsparungen und ihren Konsolidierungsbeitrag durch den Abbau von 3,4 Prozent ihres Personalbestands erbracht. Es gab das Konsolidierungsprogramm des schwarz-grünen Senats im November 2009, das größte Sparpaket, das ein Senat jemals den sieben Bezirken auferlegt hat. 18 Millionen Euro sollten die Bezirke bis zum Jahr 2014 sparen.

(Frank Schmitt)

Unser Senat stärkt und unterstützt die Bezirke bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Das haben Sie daran gemerkt, dass wir bei der Aufstellung des Haushalts im Gegensatz zum Haushaltsplan-Entwurf des Vorgängerssenats für 2011/2012 die Bezirke von ihren Konsolidierungslasten um zwei Drittel entlastet haben. Wir haben auch den Haushaltsplan 2012 fortgeschrieben und die Bezirksämter besser ausgestattet, als das vom schwarz-grünen Senat vorgesehen war. Dieser Anstieg bildet auch die Grundlage der Entscheidung des Senats und meiner Fraktion, die Bezirke angemessen auszustatten.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns einmal die Stellen an. An Vollzeitstellen gab es im Dezember 2011 6026 Stellen in den sieben Bezirksämtern. Sie stiegen bis zum Dezember 2013 auf 6140 Vollzeitstellen, wie sich das auch aus der Drucksache 20/10829 ergibt.

Die Ausgaben der Bezirksämter in den Jahren 2013 bis 2017 steigen höher, als dies im gesamtstädtischen Durchschnitt der Steigerungsrate von 0,88 Prozent der Fall ist; sie sind überdurchschnittlich. Herr Steffen, ich kann hier schon mit Zahlen dienen. Wir stärken die Bezirke und stehen dazu, und das werden wir auch weiterhin tun. Dafür bringen wir auch diesen Antrag ein. Nicht etwa, weil wir unserem Senat in dieser Frage nicht trauen würden, sondern um noch einmal zu bekräftigen, dass die Bezirke für uns eine ganz wichtige Funktion haben.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Schmitt, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Steffen?

Frank Schmitt SPD (fortfahrend): Ich möchte erst einmal fortfahren, und dann kann sich Herr Steffen noch einmal zu Wort melden.

Neben den Steigerungsraten der Bezirksbudgets haben wir erstmals auch Schonbereiche erklärt. So sind die Allgemeinen Sozialen Dienste – hierüber haben wir an dieser Stelle schon häufiger gesprochen – ausgesprochene Schonbereiche. Hier wird sofort nachbesetzt, und die Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst unterliegen nicht der Bewirtschaftung. Auch das ist ein sehr wichtiger Schritt zur Stärkung der Allgemeinen Sozialen Dienste und der Bezirke.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben den Quartiersfonds eingeführt, weil die Bezirke wissen, wo genau in ihren Stadtteilen die Bedarfe sind. Sie wissen, in welchem Stadtteil kulturelle Einrichtungen, wo Nachbarschaftstreffs, Stadtteilbeiräte oder Jugendeinrichtungen gefördert werden müssen. Die Bezirke haben dann in

den Bezirksverwaltungen in Abstimmung mit den Bezirksversammlungen die Möglichkeit, die Gelder dorthin zu geben, wo es erforderlich ist. Auch das ist eine Stärkung der Bezirke.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit dem Vertrag für Hamburg auf Augenhöhe Vereinbarungen mit den Bezirken getroffen. Das ist ein Punkt, warum es so wichtig ist für die Menschen in Hamburg, zur Wahl zu gehen, die Bezirke sind unmittelbar ein sehr wichtiger Kooperationspartner, dass in dieser Stadt auch Wohnungsbau stattfinden kann. Die Bezirke erhalten darüber hinaus auch Finanzierungsmittel, mit denen sie beispielsweise Beteiligungsveranstaltungen und andere Dinge realisieren können. Auch dies wollen wir zukünftig noch weiter ausbauen, genauso, wie wir auch den Quartiersfonds zukünftig weiter ausbauen wollen. Wir haben zugesagt, diesen dauerhaft einzurichten, und wir werden ihn auch im kommenden Haushalt erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Auch bei der Sanierung der öffentlichen Infrastruktur leisten die Bezirke einen wichtigen Beitrag. Auch dies berücksichtigen wir und möchten mit unserem Antrag dafür sorgen, dass die Fachbehörden hier die Bezirke künftig noch stärker unterstützen.

(Mehmet Yildiz DIE LINKE: Was heißt das konkret?)

Bevor ich auf die weiteren Punkte, die Sie nachlesen können, eingehe, möchte ich noch auf die Anträge der anderen Fraktionen eingehen. Herr Steffen, Sie waren doch sehr vage, was die Gegenfinanzierung angeht. Wie man Tarifsteigerungen damit ausgleichen will, indem man einmalig einen Haushaltstitel angibt, erschließt sich mir nicht. Da muss ich keine schwäbische Hausfrau sein,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das werden Sie auch nicht schaffen!)

das kann ich nicht nachvollziehen, das kann wohl keiner nachvollziehen. Sie haben einen Einmalbeitrag und wollen damit fortlaufend Tarifierhöhungen finanzieren. Das erklären Sie uns dann vielleicht noch. Ich glaube, das ist gar nicht erklärbar, weil es eigentlich ein Paradoxon ist.

(Beifall bei der SPD)

Insofern ist das nicht seriös. Ich erinnere daran, dass sich auch die GRÜNEN, gemeinsam mit anderen Fraktionen – DIE LINKE nicht – an der Schuldenbremse beteiligt haben. Da würde ich mir etwas mehr Mitverantwortung wünschen bei der Frage, wie Sie dann solche Vorschläge ganz konkret finanzieren. Aus diesem Grund werden wir diesen Antrag ablehnen. Auch eine Überweisung an den Ausschuss macht aus unserer Sicht keinen Sinn.

(Frank Schmitt)

Kommen wir zum FDP-Antrag. Sie beantragen, die Personalbedarfe der Bezirke und der dazugehörigen Dienststellen für die Jahre 2014 bis 2018 unter Einbeziehung weiterer Maßnahmen der Aufgabenkritik zu ermitteln.

(Robert Bläsing FDP: Das ist ein guter Vorschlag!)

– Das ist ein Vorschlag, der eigentlich selbstverständlich ist, denn bei der Haushaltsaufstellung geschieht genau das.

Bei der letzten Haushaltsaufstellung ist das geschehen, und ich bin mir sicher, das wird auch bei der kommenden Haushaltsaufstellung genauso geschehen. Aus diesem Grund entbehrt dieser Antrag für uns auch jeglicher Grundlage und ist deswegen nicht zustimmungsfähig.

Zum Abschluss möchte ich noch zwei Punkte von Herrn Steffen aufgreifen, nämlich die Kundenzentren, die weniger geöffnet haben, und die Bürger, die vor verschlossener Tür stehen würden. Das entspricht nicht ganz der Realität. Sie wissen doch auch, dass es mittlerweile mit dem Projekt "Opti-Kuz" die Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger gibt, Termine zu vereinbaren. Das ist auch eine Maßnahme, die von den Bezirksämtern gemeinsam entwickelt wurde im Rahmen des Projekts "Bezirksverwaltung 2020". Und das ist auch mein und unser Verständnis vom Stärken der Bezirke. Die Bezirke sollen sich konstruktiv, auch unter Einhaltung der Schuldenbremse, mit einbringen und konstruktiv beteiligen, indem sie eigene Vorschläge entwickeln und wir nicht immer naseweis aus der Bürgerschaft heraus sagen, das machen wir nicht und das wollen wir nicht. Das hatten wir zuletzt beim BOD. Sie sagen es jetzt bei den Kundenzentren. Für uns heißt Bezirke stärken, sie ernst zu nehmen, und das gilt auch für die Vorschläge, die die Bezirksamtsleiter gemeinsam entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dabei belasse ich es für den Moment. Wir stehen für gute und verlässliche politische Rahmenbedingungen für die Bezirke, gerade auch in finanzpolitisch schwierigen Zeiten. Die Stadtteilarbeit der Bezirke ist für uns ganz klar ein unverzichtbarer Bestandteil. Das ist so und das wird auch so bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Gladiator.

Dennis Gladiator CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist gut und – der Beitrag von Herrn Schmitt hat es gezeigt – es ist leider auch notwendig, dass wir das Thema Bezirke debattieren, denn anders als die SPD es uns glauben machen will, ist die Handlungsfähigkeit der sieben

Bezirke seit dem Regierungswechsel sehr stark in Gefahr.

(Beifall bei der CDU und bei Farid Müller und Dr. Till Steffen, beide GRÜNE)

Die Bezirke leiden unter drastischen Sparvorgaben und einer strukturellen Unterfinanzierung. Es ist schon gesagt worden: Den Bezirken fehlen rund 16 Millionen Euro, um ihre Kernaufgaben überhaupt noch vernünftig wahrnehmen zu können. Das, Herr Schmitt, ist keine Zahl, die sich die Opposition ausgedacht hat, sondern das ist eine Zahl, die von den Bezirksamtsleitern im Zuge des Projekts "Bezirksverwaltung 2020" genannt wird. So sehen sich die Bezirksamtsleiter mittlerweile auch gezwungen, Personal abzubauen, Servicezeiten auszudünnen, Standards abzusenken und die Verwaltung aus der Fläche zurückzuziehen. Und da sind es dann eben doch die Kundenzentren, die in Gefahr sind, denn alleine hier sollen 1,5 Millionen Euro eingespart werden, indem die SPD 30 Vollzeitstellen in den Kundenzentren streichen will. Die Schließung von zehn der 20 Kundenzentren ist im Übrigen auch noch nicht vom Tisch. Insofern ist es, höflich ausgedrückt, eine Täuschung, wenn Sie uns glauben machen wollen, Bezirken und Kundenzentren gehe es gut und sie seien ausreichend finanziert. Es ist blanker Hohn, wenn Sie das behaupten.

(Beifall bei der CDU)

Vor dem Hintergrund, dass der Senat die Bezirksamtsleiter geradezu gezwungen hat, das Projekt "Bezirksverwaltung 2020" ins Leben zu rufen, um zu schauen, wie der Umgang mit dieser immensen Sparlast überhaupt bewerkstelligt werden kann, ist es grotesk, wenn die SPD in ihrem Antrag behauptet, die Bezirksverwaltung werde durch das Projekt "Bezirksverwaltung 2020" gestärkt und das sei ein tolles Modernisierungsprogramm der Bezirke. Meine lieben Kollegen der SPD, das ist wirklich grotesk und ein Zeichen dafür, dass Sie sich unheimlich weit von der Realität in dieser Stadt entfernt haben.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Realitätsverlust zeigt sich aber auch an anderen Stellen. Sie haben sich gerade heute dafür feiern lassen – zumindest haben Sie sich selbst gefeiert –, dass der Personalbestand der Bezirke um 141 Stellen gewachsen sei. Das ist eine typische Irreführung der SPD, wie wir sie häufig in dieser Stadt erleben. Sie bedienen sich der Stichtagszahlen zum 31. Dezember, von denen wir alle wissen, dass sie wenig aussagekräftig, dafür aber sehr manipulationsanfällig sind. Ein Blick auf die Jahresdurchschnittszahlen, die deutlich verlässlicher und aussagekräftiger sind, macht deutlich, dass die Bezirke schon kräftig Personal abbauen mussten. Während den Bezirken im Durchschnitt des Jahres 2011 6704 Vollzeitstellen zur Verfü-

(Dennis Gladiator)

gung standen, waren es im Jahr 2013 nur noch 6159. Das bedeutet, dass in den Bezirken seit dem Regierungswechsel bereits 545 Stellen abgebaut wurden. Liebe Kollegen der SPD, hören Sie endlich damit auf, die Menschen in dieser Stadt zu täuschen.

(Beifall bei der CDU und bei *Heidrun Schmitt* und *Dr. Till Steffen*, beide GRÜNE)

Auch die Tarifierhöhungen – sie wurden schon angesprochen – haben ein tiefes Loch in die Kassen der Bezirke gerissen. Denn anders, als es die SPD immer wieder behauptet, und vor allem auch anders, als es bis zum Amtsantritt von Olaf Scholz Praxis war, hat dieser Senat den Bezirken die Haushaltsmittel für die Tarifierhöhungen eben nicht mehr zusätzlich zur Verfügung gestellt. Alleine dadurch fehlen den Bezirken rund 8 Millionen Euro, und diese Mittel fehlen ihnen strukturell. Das hat Auswirkungen. Es führt dazu, dass die Bezirke ihre bürgernahen Aufgaben, die wir alle gemeinsam schätzen, die Sie aber, liebe Kollegen der SPD, nicht mehr finanzieren wollen, immer schlechter erfüllen können. Das alles lässt das Fazit zu, dass dieser SPD-Senat eine echte Gefahr für die Zukunft der Bezirke ist.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei den GRÜNEN und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos* – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist doch lächerlich!)

Liebe Kollegen der SPD, diese Realität können Sie auch mit der besten Rhetorik nicht mehr schönreden. Das gelingt Ihnen auch mit dem Antrag, den Sie heute vorgelegt haben, in keiner Weise. In diesem Antrag, Herr Dressel, steht vieles, das mit der Wahrheit wirklich nichts zu tun hat.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Dann sagen Sie doch mal!)

Auf einen Punkt möchte ich eingehen. Sie schreiben so wunderbar, die Opposition würde den Gegensatz von Bezirken und Senat schüren. Nein, Herr Dressel, wir schüren diesen Gegensatz nicht, Sie schaffen diesen Gegensatz mit Ihrer Politik. Das ist der Unterschied und das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU und bei *Martin Bill* und *Farid Müller*, beide GRÜNE)

Und dann kommen Sie immer wieder mit dem Quartiersfonds um die Ecke, um so den Eindruck zu erwecken, Sie würden die Bezirke stärken; Herr Schmitt hat es eben auch getan. Das ist wirklich absurd, denn mit dem Quartiersfonds stärken Sie nicht die Bezirke, sondern Sie nutzen diesen Quartiersfonds als Feuerwehr, um die Brände zu löschen, die Sie mit Ihrer eigenen Kürzungspolitik entfacht haben. Das ist die Wahrheit, und das sollten Sie den Menschen auch ehrlich so sagen.

(Beifall bei der CDU und bei *Martin Bill*, *Dr. Till Steffen*, beide GRÜNE, und *Tim Golke DIE LINKE*)

Sie schaffen es mit diesem Fonds nicht einmal, die Schäden, die Sie angerichtet haben, zu heilen. Das Schlimme ist, dass Sie ihn auch dazu nutzen, um die Kritik der Betroffenen zu unterdrücken, denn Geld bekommt nur derjenige, der darauf verzichtet, den Senat zu kritisieren. Das ist eine Zuckerbrot-und-Peitsche-Mentalität, und die hat mit gutem Regieren überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Und so wird trotz der vielen Nebelkerzen, die Sie in diesem Haus, in Ihren Pressemitteilungen und in Ihrem Antrag werfen, sehr deutlich, dass diese Senatspolitik den Bezirken schadet. Darum wollen wir als Opposition gemeinsam dafür sorgen, dass diese Politik sich schnell ändert. Die Bezirke brauchen mehr Gestaltungsmöglichkeiten und sie brauchen ausreichend Personal und Finanzmittel, um ihre Aufgaben wieder vernünftig wahrnehmen zu können. Vor allem brauchen sie eine langfristige Perspektive und Planungssicherheit. Daher werden wir heute dem Antrag der FDP zustimmen, um zu einer soliden Lösung der Probleme zu kommen, die auch langfristig wirkt, denn wir brauchen verlässliche Daten. Herr Schmitt, Sie haben aus Ihrer typischen Haltung heraus den Antrag der FDP nicht zu Ende gedacht. Es geht nicht darum, die Bedarfe nur zu ermitteln, sondern dieses Haus ist gefragt, die Bedarfe der Bezirke auch endlich zu erfüllen. Das ist entscheidend. Dass Sie da allerdings aussteigen aus dem Gedankengang, wundert mich nach den letzten drei Jahren Bezirkspolitik der SPD überhaupt nicht mehr.

Dem Antrag der GRÜNEN, liebe Kollegen der GRÜNEN Fraktion, werden wir leider nicht zustimmen. Wir werden uns enthalten. Denn obwohl wir die Ziele, die Sie formulieren, vollumfänglich teilen, halten wir in der Tat die vorgeschlagene Finanzierung für nicht nachhaltig, und ein Einmaleffekt würde den Bezirken nicht helfen.

Den Antrag der SPD werden wir ablehnen, da er die Tatsachen und die Realität in dieser Stadt komplett verdreht und nicht mehr ist als der untaugliche Versuch, von der Finanznot in den Bezirken abzulenken. Über dieses Stöckchen werden wir gewiss nicht springen.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GRÜNE* – *Arno Münster SPD*: Sie brauchen überhaupt nicht zu springen!)

So, liebe Kollegen der SPD, können Sie Ihren Antrag zwar mit Ihrer Mehrheit beschließen, die Menschen in dieser Stadt können Sie aber nicht täuschen. Die Quittung für Ihre verfehlte Bezirkspolitik gibt es spätestens am 25. Mai.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Dr. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bezirkswahlkampf, Klappe, die zweite. Ich freue mich, dass die GRÜNEN dieses Problem mit ihrem Antrag zur Sprache gebracht haben. Ich muss natürlich sagen, dass die vorgestellten Lösungsansätze nicht zielführend sind, allein schon deswegen, weil das nur für ein Jahr gelten soll. Zum anderen wird einfach Geld von A nach B geschoben, ohne zu sagen, was man damit eigentlich machen will. Das wird den Problemen der Bezirke nicht gerecht.

Wichtig ist, nicht nur die Effizienz der Verwaltung zu verbessern – das ist auch wichtig –, sondern endlich auch Aufgabenkritik zu üben, und zwar nicht nur in den Bezirken, sondern auch in Verbindung mit den Fachbehörden. Ansonsten werden wir weder eine Effizienzsteigerung erreichen noch die Problematik der fehlenden Kundenfreundlichkeit in den Bezirken in den Griff bekommen, wenn die Schuldenbremse greift, und die wollen wir alle – oder zumindest die meisten in diesem Hause.

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Wir nicht!)

– Das dachte ich mir. Aber Sie gehen auch zum Geldautomaten, um Geld abzuheben, und das kann die Freie und Hansestadt Hamburg wahrscheinlich nicht irgendwann.

Uns in der FDP geht es vor allen Dingen darum, dass man, wenn man schon mehr Geld ausgibt, es auch effizient ausgibt. Es gibt einige Personalstellen, die man außerordentlich schwer besetzen kann. Das hat diverse Gründe. So ist es zum Beispiel sehr schwierig, Tiefbauingenieure zu gewinnen. Auch für einige Bereiche im ASD kann man nur sehr schwer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen. Deshalb sollte man differenziert an diese Sache herangehen und nicht einfach ein paar Millionen von A nach B schieben – noch dazu nur für ein Jahr –, um sich dann als Retter der Bezirke darzustellen, wie die GRÜNEN es gerade so schön getan haben.

(Beifall bei der FDP)

Zum Antrag der SPD. Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen. Wir werden einen Blick darauf haben, was von den Vorstellungen der alten Dame SPD in der Bürgerschaft der Senat übernommen hat. Sprich: Ich finde es gut, dass Sie uns diese Vorlage gegeben haben; wir werden sehen, was im Haushalt wirklich angesetzt wird.

(*Jan Quast SPD:* Dafür sind Sie gewählt worden!)

– Ja, zum Beispiel.

Zum anderen freue ich mich, dass der Begriff "Bezirk" in den Debatten heute hundertfach gefallen

ist. Das hat wahrscheinlich mit dem 25. Mai zu tun. Ich hoffe aber, dass es nach dem 25. Mai nicht so weitergeht wie bisher, weil ich zumindest bei den beiden großen Fraktionen noch nicht sehe, dass die Bezirke so anerkannt sind, wie sie es sein sollten. Wenn man nämlich noch nicht einmal die Troncmittel in die Verwaltung der Bezirksversammlungen gibt und den Bezirken die Verantwortung dafür überträgt, wie Sie es bisher nicht getan haben und es wahrscheinlich auch in den nächsten vier Jahren nicht tun werden, falls Sie dann immer noch an der Regierung sind ...

(*Jan Quast SPD:* Das ist ja jetzt wirklich zentrales Thema hier!)

– Das ist ein sehr zentrales Thema, es geht um Geld. Wenn man den Bezirksversammlungen schon bei den kleinen Sachen nicht traut, so könnte man denken, dann wird man ihnen bei den großen Sachen wahrscheinlich auch nicht trauen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Karin Prien CDU*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Golke.

Tim Golke DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die GRÜNEN haben einen Antrag vorgelegt, der selbstverständlich nicht das Allheilmittel darstellt, der aber kurzfristig und zumindest für ein Jahr ein Stück weit hilft, die Misere in den Bezirken, die von meinen Vorrednern sehr ordentlich beschrieben wurde, ein wenig zu lindern. Aus diesem Grund werden wir zustimmen.

Es ist richtig, sich jetzt schon Gedanken darüber zu machen, wie sich der Tarifabschluss für die Beamtinnen und Beamten und für die Tarifbeschäftigten in den Bezirken vollumfänglich realisieren lässt – er liegt noch nicht vor, wird sich aber verdienermaßen in ähnlichen Dimensionen bewegen –, ohne dabei, wie es auch schon angeklungen ist, Stellen abzubauen oder Gebühren zu erhöhen; das zum Antrag der GRÜNEN.

Dann gibt es diesen Zusatzantrag der SPD, für den ich Ihnen fast dankbar sein muss, weil er den doch sehr engen Bereich, in dem sich der Antrag der GRÜNEN bewegt, groß macht.

(*Dirk Kienscherf SPD:* So sind wir, allumfassend!)

Es fängt aber schon vor dem ersten Punkt Ihres Petitions an. Was wollen Sie da eigentlich regeln?

"Der Senat wird ersucht, nachfolgende Eckpunkte bei der Weiterentwicklung seiner Bezirkspolitik und der anstehenden Haushaltsaufstellung zu berücksichtigen".

(Tim Golke)

Das ist doch höchstens die Aufforderung, ein Angebot abzugeben, mehr nicht. Keine Rechtsverbindlichkeit, kein Regelungsgehalt, sodass der Senat sagen kann: Ach nein, liebe SPD-Fraktion, mit euch wollen wir keine Geschäfte machen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das kann man nur sagen, wenn man nie Regierungsfraktion ist! – Jan Quast SPD: Das ist der Unterschied!)

Und dann geht es weiter. Sie ignorieren Ihre eigene Partei. Das müsste mich nicht weiter interessieren, aber ...

(Dirk Kienscherf SPD: Das kennst du doch!)

– Ja, das kenne ich noch von früher, Dirk, das ist richtig. Das war damals schon genauso.

Es interessiert mich deswegen, weil das, was hier steht, aus den zur Verfügung stehenden Anträgen zum SPD-Landesparteitag entnommen ist. Sie haben relativ treffsicher das herausgegriffen, womit man dem Senat am Ende am wenigsten weh tut. Es gab Forderungen auf Ihrem Parteitag, das Bezirksverwaltungsgesetz inhaltlich zu verändern, beispielsweise im Hinblick auf bestimmte Sanktionsmaßnahmen gegenüber den Bezirksamtsleitern. Wenn ich es richtig sehe, war der Bezirk Wandsbek

(Dr. Andreas Dressel SPD: Kreis Wandsbek! Den Antrag haben wir auch geschrieben, aber jetzt geht es um Geld!)

– der Kreis Wandsbek, auch egal – der Antragsteller. Das steht da nicht drin. Das ignorieren Sie. Sie ignorieren die Menschen in dieser Stadt, die schon lange dabei sind, in den Bezirksversammlungen, in den Ausschüssen der Bezirksversammlungen, in Regionalausschüssen, in Beiräten und gemeinsam mit ihren Nachbarn auf der Straße mehr Demokratie zu praktizieren. Sie ignorieren diese Menschen, und Sie werfen der Opposition vor, sie würde einen Gegensatz formulieren. Also einmal ist das Finden von Gegensätzen für die Opposition in dieser Stadt Verfassungsauftrag

(Dirk Kienscherf SPD: Die Alternative, ja!)

und Kritik am Regierungsprogramm, wenn ich die Verfassung richtig zitieren darf.

Und das andere: Es ist völlig zutreffend, diesen Gegensatz festzustellen. Dieser Gegensatz liegt auch in der Verfassung begründet. Wenn wir die Bezirke nachhaltig stärken, den bürgerschaftlichen Paternalismus – wir fragen euch vielleicht, wie viel ihr braucht, aber am Ende entscheiden wir darüber, wie viel ihr bekommt – beenden und in den Bezirken echte Entscheidungsstrukturen schaffen wollen, dann brauchen wir in den Bezirken ein bezirkliches Haushaltsrecht, wo die Bezirke selber entscheiden können und selber Steuerungsinstrumente in der Hand haben. Wir müssen dafür sor-

gen, dass sich die ganze Stadt weiter in Richtung einer kommunalen Ebene entwickelt, und da darf dann auch die Einheitsgemeinde letztlich nicht außen vor bleiben. Ich sage nicht, dass man die leichtfertig aufgeben muss, und ich sage auch nicht, dass ich jetzt den großen Verfassungsentwurf aus der Tasche ziehe, der alles gut macht.

(André Trepoll CDU: Erwartet ja auch keiner!)

Ich sage aber: Wir sind bereit für diese Debatte, wir stellen diese Fragen. Die Stadt stellt diese Fragen nach mehr Kommunalem in den Bezirken. Die Stadt ist bereit, Antworten zu geben. Wir sind bereit, mitzumachen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Wir sind die Stadt!)

Sie verweigern sich der Frage, und wer sich Fragen verweigert, wird Antworten niemals bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Kerstan.

Jens Kerstan GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein kurzes Wort noch einmal zur Finanzierung, weil es dort ganz offenkundig ein Missverständnis gibt. In der Tat berufen wir uns auf einen zentralen Titel, einen Personaltitel. Unter dem Vorgängersensat war das der Titel, in dem die Mittel für die Tarifsteigerungen zentral verbucht wurden. Die sind von diesem Senat auf die einzelnen Behörden und Bezirksamter verteilt worden, aber nichtsdestotrotz bleiben in diesem Titel im laufenden Ansatz 85 Millionen Euro stehen. Von diesen 85 Millionen Euro haben Sie jedes Jahr nur 10 Millionen Euro ausgegeben und 75 Millionen Euro als Rest stehen lassen. Mittlerweile sind dort Reste von 245 Millionen Euro angehäuft. Wofür Sie die brauchen, weiß kein Mensch.

(Dietrich Wersich CDU: Immer gut, was in der Tasche zu haben!)

Und jetzt kommt das Missverständnis: Unsere 16 Millionen Euro nehmen wir nicht von den 245 Millionen Euro Resten – dann hätten Sie recht, das wäre eine einmalige Finanzierung von laufenden Betriebsausgaben –, sondern wir nehmen die 16 Millionen Euro aus dem Ansatz von 85 Millionen Euro. Es bleiben dann immer noch 59 Millionen Euro Reste, die Sie – wofür auch immer – in Ihrem Haushalt stehen lassen. Aber selbst wenn es so wäre, lieber Kollege, dass wir das aus Resten finanzieren wollten, dann wäre diese SPD-Fraktion die letzte, die sich darüber beschweren dürfte. Sie machen das nämlich ständig. Sie weiten den Haushalt durch Betriebsmittel dauerhaft aus und finanzieren ihn durch globale Minderausgaben und Reste gegen. Das ist total unsolid. Das machen

(Jens Kerstan)

wir GRÜNE nicht, sondern dieser Antrag ist solide finanziert, indem wir das Geld aus dem laufenden Ansatz nehmen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/11295, 20/11450 und 20/11457 an den Verfassungs- und Bezirksausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich nun über die Anträge in der Sache abstimmen. Wir beginnen mit dem Antrag der GRÜNEN Fraktion aus Drucksache 20/11295.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/11457.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist angenommen.

Schließlich zum Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/11450.

Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zum Tagesordnungspunkt 63, Drucksache 20/11300, Antrag der FDP-Fraktion:

Verschlüsselung der Kommunikation in Behörden der FHH sicherstellen.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Verschlüsselung der Kommunikation in Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg sicherstellen
– Drs 20/11300 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/11442 ein Antrag der GRÜNEN Fraktion vor.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Datenverkehr innerhalb der Hamburger Verwaltung und mit den Bürgerinnen und Bürgern durch Verschlüsselung sicherer machen!
– Drs 20/11442 –]**

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Überweisung an den Haushaltsausschuss ist zurückgezogen worden, es bleibt der Antrag der FDP-Fraktion auf Überweisung beider Drucksachen an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung. Die Debatte wurde ebenfalls einvernehmlich gestrichen. Deswegen kommen wir jetzt sofort zum Überweisungsantrag der Drucksachen 20/11300 und 20/11442 an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung.

Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das war einstimmig. Die Überweisung an den Ausschuss ist beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende des ersten Sitzungstages. Kommen Sie gut nach Hause.

Ende: 19.21 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Barbara Duden, David Erkalp, Robert Heinemann und Dr. Roland Heintze